

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Nein zu einem deutschen Militäreinsatz im Kongo

Deutsche Militärinterventionen unter dem Deckmantel von „Demokratie“ und „Menschlichkeit“



Systematisch treibt die herrschende Klasse und die ihr hörige politische Kaste die Militarisierung der deutschen Außenpolitik voran. Sie versuchen mittels ihrer Medien die historisch gewachsenen Bedenken in der Öffentlichkeit weiter zurückzudrängen. Dabei triefen die Scheinargumente vor Moralin, gelte es doch für die Durchsetzung von „Demokratie, Freiheit und Menschlichkeit“ Opfer zu bringen. Anlässlich der Bomben auf Belgrad mussten damals sogar Außenminister Fischers Beschwörung von Auschwitz und andere Lügen herhalten. Auch jetzt im Kongo geht es angeblich um „freie Wahlen“ und um ein Zurückdämmen der Gewalt im fernen Afrika - doch bezeichnenderweise dort nicht überall. (Gerade musste die UNO aus „Kostengründen“ den Flüchtlingen in Darfur die Nahrungsmittelrationen kürzen, was für viele den Hungertod herbeiführen wird.)

Die Regierungen Schröder und Merkel hatten und haben das gleiche Ziel: Durch Gewöhnung den Widerstand im Volk so zu minimieren, dass Militärinterventionen zur Regel werden können. Das ist ein weiterer Schritt dahin, den anderen Westmäch-

ten ebenbürtig zu werden, zur Verbesserung der Position in der Rangordnung der imperialistischen Mächte, zur größeren Weltgeltung Deutschlands (UNO-Sitz im Weltsicherheitsrat). Es soll normal werden, daß auch Deutschland die wirtschaftlichen (Rohstoffe, Öl, Absatzmärkte) und strategischen Interessen überall mit militärischen Mitteln durchsetzen kann. Dafür sind zur Zeit 6480 deutsche Soldaten in aller Welt verstreut, von Usbekistan bis zum Horn von Afrika.

Ex-Kriegsminister Struck (SPD) konnte vor Jahren die blödsinnige Behauptung in die Welt setzen, Deutschlands Freiheit würde auch am Hindukusch verteidigt. Von einem drohenden Angriff der 5000 km von hier entfernten Afghanen konnte natürlich keine Rede sein. Jetzt heißt der neue Kriegsminister Franz Josef (wie sinnig ...) Jung, CDU, und er vertritt die nicht weniger unsinnige Behauptung die Si-

cherheitsinteressen Deutschlands machten es erforderlich deutsche Truppen in die Tropenhitze Afrikas zu entsenden - nach Kinshasa, das ebenfalls viele 1000 km von Deutschland entfernt liegt. Wie es scheint, kann man den in schwarzrotgoldenen Fußballtaumel geratenen Deutschen noch einiges mehr an Dummheiten zumuten. Zwar haben sich 57 % gegen den Kongo-Einsatz ausgesprochen, doch auch 40 % dafür - es trifft doch eh nur die „Freiwilligen“. Ein relevanter Widerstand ist also nicht zu erwarten. Kanzlerin Merkel konnte im Bundestag frohlocken: „Was haben wir früher über Auslandseinsätze der Bundeswehr gestritten, heute ist es selbstverständlich!“ Auf Proteste aus den Reihen der Linksfraktion fügte sie bissig hinzu: „... für jeden vernünftig denkenden Menschen selbstverständlich.“ Als „unvernünftig“ galten die

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

- Nein zu einem deutschen Militäreinsatz im Kongo	Seite 1
- In eigener Sache	Seite 2
- Die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung	Seite 5
- IG Metall-Tarifrunde 2006: Weiter in der Defensive	Seite 8
- Arbeiten für weniger Geld, Ver.di-Abschluß, Länderebene	Seite 11
- Uruguay-Teil einer linken Achse Lateinamerikas?	Seite 16
- Tschechische Wahlen und danach	Seite 23
- Ein Wanderer zwischen den politischen Fronten	Seite 25
- Ein Leben in der Arbeiterbewegung – Wolfgang Abendroth	Seite 27
- Erste kritisch-solidarische Darstellung der Geschichte der PDS	Seite 31
- Wahlsiege der Kommunisten in Indien	Seite 36

In eigener Sache

Auf unserem Seminar in Landshut war ein wichtiges Thema die Niedergangsentwicklung in der Gewerkschaftsbewegung. Konkret ging es um die Einschätzung der Tarifauseinandersetzung bei der IG Metall. Das betreffende Referat veröffentlichen wir in diesem Heft, ebenso wie einen Artikel zu den ver.di Streiks und einem Abschluß, der schwer übersichtlich ist und einer Niederlage gleichkommt. Dazu passt ein DGB-Kongress, zu dem wir zeitlich nicht mehr Stellung nehmen konnten. Er stand ganz im Zeichen des Weiterwurstelns, des falschen Vertrauens auf irgendwelche Regierungskräfte und des von den großen Einzelgewerkschaften betriebenen Bedeutungsverlustes des Gewerkschaftsbundes. Dabei wäre es dringend notwendig gewesen, den DGB als Organisator und Motor branchen- und länderübergreifender Solidarität auszustatten.

Auf den Angriff der CDU/CSU/SPD-Regierung auf den Lebensstandard der Massen mittels Mehrwertsteuererhöhung geht ein weiterer Artikel ein. Bodenlos, dass ein SPD-Finanzminister jetzt erklärt, man könne nicht darauf verzichten, sonst müsse man die Rentner und die Bezieher niedriger Einkommen noch mehr belasten. Im gleichen Atemzug wird von einer saftigen Ermäßigung der Unternehmersteuern gesprochen!

Ein Genosse aus Prag schreibt zu den Wahlen in Tschechien. Auf unserem Seminar haben wir uns auch mit den Veränderungen in Lateiname-

rika befasst, die großes Gewicht haben. Anhand der Entwicklung in Uruguay ging der Referent auch der Frage nach, was die Linksentwicklung dort bedeutet und wo sie vorläufig ihre Grenzen findet.

Die Entsendung deutscher Truppen nach Afrika, getarnt als „hilfreiche“ Kongo-Mission, stellen wir an den Anfang der Nummer, da diese Intervention dringend größerer Proteste bedarf.

Es gilt wieder bedeutende sozialistische Persönlichkeiten zu würdigen. Wolfgang Abendroth wäre 100 geworden. Über sein politisches Leben schreibt dazu Andreas Diers, der bereits mehrere Bücher über ihn verfasst hat. Theodor Bergmann hat anlässlich seines 90. Geburtstages in Stuttgart ein Seminar veranstaltet. Einer seiner Freunde, Mario Kessler, hat zur Feder gegriffen und wir erlauben uns, seinen Artikel nachzudrucken.

Unser im Januar verstorbener Genosse Manfred Behrend konnte kurz vor seinem Tod noch sein Buch über die „Geschichte der PDS“ fertig stellen. In einer ausführlichen Rezension stellen wir es vor.

Ein Schweizer Genosse hat zwei Bücher besprochen, in denen die sozialen Zumutungen in einer globalen Gesellschaft und das Schicksal von Ausgegrenzten zum ernstesten Thema wurden.

Einige kleinere Beiträge, wie ein Nachdruck zur Situation der indischen Kommunisten, schließen sich an.

Genosse Günther Kuhlmann, früherer Bremen, ist Anfang des Jahres verstorben. Er war in den sechziger und siebziger Jahren organisatorischer Mittelpunkt und Redaktionsmitglied der Gruppe und Zeitung „Arbeiterpolitik“. Bei der Auseinandersetzung in der Gruppe, die 1971 zu unserer Abspaltung und zur Gründung der Gruppe Arbeiterstimme führte, war Günther ein Exponent jenes Teils der Gruppe, die weiterhin als Gruppe Arbeiterpolitik arbeitete. Später schloss er sich den Grünen an.

Wir danken für die Überweisungen und freuen uns besonders über die manchmal ansehnlichen Spenden langjähriger Leser, die damit besonders zu unserem Erscheinen einen extra Beitrag leisten. Jene Bezieher, die das **ABO** noch nicht beglichen haben, bitten wir dies bald zu tun. Leider steht dieses Jahr noch mehr aus als sonst.



Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presderechts: Thomas Gradl, Bucherstraße 20, 90408 Nürnberg
Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger Postbank München BLZ 700 100 80 Konto: 665924-808

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Kriegsgegner ja schon immer, bis das dicke Ende kam.

Ein Abenteuer?

Unter dem Namen EUFOR RD Congo stellen 18 Länder der EU eine Kampftruppe zusammen, die in der „Demokratischen Republik Kongo“ angeblich für freie und gesicherte Wahlen sorgen soll. Andere Betrachtungsweisen kommen der Wahrheit näher, die darin das Bestreben sehen, eine Wiederwahl des „Übergangspräsidenten“ Joseph Kabila zu sichern, der den kapitalistischen Regierungen und den Konzernen als Garant für die weitere Rohstoffausplünderung des Landes gilt.

Den Hauptteil der Interventionsstruppen stellen Frankreich mit 850 und Deutschland mit 780 Soldaten. Das Kommando hat der deutsche General Viereck. Der Einsatz wird von dem in Potsdam errichteten Headquarter aus geleitet. Die Kosten der Aktion werden für Deutschland auf vorerst 56 Millionen Dollar veranschlagt, heimzusendende Zinksärge nicht mitgerechnet.

Das Korps hat Order „alle erforderlichen Maßnahmen, einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt“ zu ergreifen. Zum 50-jährigen Bestehen der Bundeswehr hatte der damalige Kriegsminister Struck, SPD, schon einmal vorgewarnt: Es sei realistisch, daß deutsche Soldaten in Zukunft durch militärische Auseinandersetzungen ums Leben kämen. Die 16 toten Soldaten, die es in Afghanistan schon gegeben hat, waren augenscheinlich nicht mal der Rede wert. Auch Bundespräsident Köhler, immer vorne dran und natürlich ein Befürworter der Intervention, wollte ein „Risiko“ nicht ausschließen. Angeblich soll die Intervention in diesem Hexenkessel der Gewalt und der totalen Unübersichtlichkeit vier Monate dauern. Wie lange wirklich daraus wird, bleibt abzuwarten. In Somalia ging vor Jahren der Hinauswurf schneller vonstatten. Gerade erst hat der deutsche Befehlshaber in Afghanistan die Befürchtung geäußert es könnte notwendig sein für weitere zwei Jahrzehnte in dem Wüstenland stationiert zu bleiben.

Das Argument der Regierung, man müsse den Flüchtlingsströmen schon in den Heimatländern entgegenreten, wirkt bei der Größe und Entfernung der Demokratischen Republik Kongo lächerlich. Allein der Kongofluß ist 4.300 km lang. In einem Land mit 60 Mill. Einwohnern, das sieben mal so groß ist wie Deutschland und weite Teile davon ohne Weg und Steg, ist eine Einflussnahme auf Wahlvorgänge in der Provinz nicht mög-



Häuserkampf: Bundeswehr-Soldaten üben „Befreiung der Wahlbeobachter“

lich. Sie wird schon fragwürdig in der Millionenstadt Kinshasa, da zudem der größte Teil der Interventionstruppen nicht im Kongo, sondern hunderte Kilometer entfernt in Gabun stationiert bleibt.

Dieses EUFOR-Corps kann froh sein, wenn es selbst wieder unversehrt aus diesem Schlamassel herauskommt. Man spricht schon davon, sich auf den Flughafen zu beschränken und vielleicht noch den ausländischen Wahlkontrolleuren Beistand zu leisten.

Im jahrzehntelangen Krieg (1992-2005) wurden 3,8 Millionen Menschen getötet, 2,5 Millionen sind auf der Flucht. Die Infrastruktur des Landes wurde nahezu völlig zerstört. Das an Bodenschätzen so reiche, aber bitterarme Land mit rasender Inflation, in dem 30 % arbeitslos sind wurde drei Jahrzehnte lang von Diktator Mobutu und den transnationalen Konzernen ausgeplündert. Eine Tragödie für den Kongo, sind doch schon während der brutalen belgischen Kolonialherrschaft von 1880 – 1920 von 20 Millionen Einwohnern 10 Millionen umgekommen. Ethnische Spannungen gehen heute noch auf willkürliche Grenzziehungen der Kolonialzeit zurück.

In der jetzigen Regierung Kabila sitzen die verschiedenen Bürgerkriegsparteien und Warlords und be-

lauern sich. Durch Gewalt und Kämpfe kommen täglich über 1.000 Menschen ums Leben; viele stehen vor dem Hungertod. Neben einer verroteten Armee, die selbst plündert und immer wieder im Zerfall begriffen ist, gibt es in den Milizen, die oft nichts anderes sind als marodierende Banden, 300.000 Bewaffnete. Die Zahl der Kindersoldaten beträgt ca. 30.000. Kabila kontrolliert nur einen Teil des Landes. 1.000 Buschkämpfer in Nord-

Kivu werden von Ruanda ausgehalten. In den Bergbaugebieten von Kasai und Katanga müssen immer wieder Unruhen gewaltsam niedergeschlagen werden. Auch den kongolesischen Sicherheitskräften werden zahlreiche Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen; oppositionelle Demonstrationen wurden kürzlich blutig niedergeschlagen – sieben Tote. Manche Gruppen treten auch deshalb gar nicht zur Wahl an. Im Osten des Landes droht ständig die Abspaltung. In den von Nachbarländern geschürten Konflikten geht es immer wieder um Edelsteine, Geld und Macht. 17.000 UN-Soldaten stehen im Land und können wenig verhindern. Die Entsendung weiterer Blauhelme hat der UN-Sicherheitsrat kürzlich abgelehnt. Warlords regieren in der Fläche. Die Regierungsarmee, die teils von Blauhelmen versorgt wird, hat sich kürzlich im Distrikt Rutshurenhat gespalten.

Die Herrschaft des „autoritär“ regierenden Kabila in Kinshasa selbst beruht vor allem auf seiner 15.000 Mann starken „Garde Speciale“. Sein ehemaliger (?) Feind Vizepremier Bemba hat dort 5.000 Mann unter Waffen.

„Dieses Land ist arm, weil es so unglaublich reich ist“ schrieben kürzlich die „Nürnberger Nachrichten“. Das sei der Grund für Gewalt und Untaten. Daß unter den geschilderten Umständen Wahlen das Land nicht stabilisieren können, liegt eigentlich auf der Hand. Der Direktor der UN-Friedenskommission, Conze meinte dazu: „Wir sind eine Peace-keeping-army von 6 Uhr in der Früh bis 6 Uhr abends“, denn nachts könne man nicht für Sicherheit sorgen.

Nach alledem kann man darauf warten, daß jene Kräfte, denen der Wahlausgang nicht gefällt wieder versuchen werden die Macht in ihrem Bereich zu behalten. Damit entlarvt

sich die Propaganda der EU-Imperialisten von der angeblichen Wichtigkeit der Wahl.

Da war doch die FAZ, die schon öfter das „Zentralorgan des deutschen Kapitals“ genannt wurde, ehrlicher. Das deutsche Interesse an der Befriedung des Kongo liege darin, daß das Land „über Rohstoffe verfüge, darunter Beryllium, das zum Bau von Kernwaffen geeignet sei und nicht in falsche Hände geraten soll.“ (11.4.06) Die FAZ ist überzeugt, „daß es künftig noch mehr Bedarf in der Welt an unseren Soldaten geben wird“. (1.6.06) Am 2.6. berichtete die FAZ, dem CDU-Außenpolitiker Eckart von Klaeden gehe es darum, „daß die Rohstoffe des Kongos in fairer Weise abgebaut und auch von Deutschland genutzt werden können.“ In „fairer“ Weise – also wie bisher auf Kosten des kongolesischen Volkes! Die Gier nach Kupfer, Gold, Zink, Zinn, Kobalt, Kadmium, Germanium, Mangan und dem raren Coltan ist groß. Die Europäer fürchten vor allem die Konkurrenz der Chinesen und sie alle gehen über Leichen.

Was ist das Völkerrecht, die UN-Charta und das deutsche Grundgesetz noch wert?

Mit der Aggression gegen Jugoslawien, an der sich Deutschland beteiligte, hat sich vollends erwiesen, wie von der herrschenden Klasse und ihren Dienern in den roten Roben mit der Verfassung umgegangen wird. Nachdem im Grundgesetz, die Führung eines Angriffskrieges verboten und mit Strafe belegt wird, wurde es entsprechend anders ausgelegt und gedehnt. Um das Völkerrecht und um die UN-Charta scheren sich vor allem die USA und ihre Komplizen mit ihren Kriegen, den Gefangenemishandlungen, der Missachtung der Genfer Konvention und ihren Geheimdienstverbrechen wenig. Israel hat geradezu einen Rekord in der Missachtung von UN-Resolutionen erreicht. Das Lebensrecht des palästinensischen Volkes wird von der Rechtsregierung in Tel Aviv systematisch zerstört.

Wieder ignoriert die deutsche Regierung die Verfassung der Repub-

lik, denn auch die Kongo-Intervention ist grundgesetzlich nicht gedeckt. Berlin kann sich nicht auf den Verteidigungsfall berufen, auch ist „das System der kollektiven Sicherheit“ nicht durch die Ereignisse im fernen Kongo bedroht. Die EU-Eingreiftruppe erhielt vom Sicherheitsrat auch kein UN-Mandat, was die deutsche Regierung ursprünglich wollte. Bei Licht besehen gibt es nicht einmal eine offizielle Anforderung der kongolesischen Regierung, auch nicht von der Regierung Gabuns. „Präsident“ Kabila hat nur zu verstehen gegeben, daß er gegen den EU-Einsatz nichts einzuwenden hätte. Die mangelnde rechtliche Absicherung war es wohl, die Kriegsminister Jung denn doch beunruhigte, als er forderte: „Wir brauchen eine Anpassung der verfassungsrechtlichen an die tatsächliche Lage.“ Das muß man sich doch auf der Zunge zergehen lassen! Indem er rechtsstaatliche Prinzipien auf den Kopf stellt, gibt Jung indirekt zu, daß auch die Kongo-Intervention nicht verfassungskonform ist. Die Verfassung müsste also demnach an die Verstöße angepasst werden. So sehen die Demokraten aus, die andere Völker mit „Recht und Freiheit“ beglücken wollen“!

Das alles findet seine Parallelen im Abbau der Demokratie im eigenen Lande, wo unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung“ der Überwachungsstaat sich ausbreitet und der „gläserne Mensch“ immer näher rückt. Längst versuchen die Rechtskräfte, an ihrer Spitze Innenminister Schäuble, dem Bundeswehreininsatz im Inneren eine Bresche zu schlagen. Keine Frage, daß die herrschende Klasse im Falle kommender sozialer Unruhen und Streiks auch Soldaten einzusetzen wünscht. Nun ist es durch die Hintertüre bereits gelungen einen Präzedenzfall zu schaffen: Publikum und MdB's erfahren durch „Bild am Sonntag“, daß ohne Zustimmung des Parlamentes, 7.000 Soldaten für einen eventuellen Einsatz bei der Fußballweltmeisterschaft bereit stehen. Ferner wurde verfügt, daß wegen der Übertragungs-Großleinwände der Luftraum durch AWACS-Flugzeuge überwacht wird. Wäre es nicht so ernst, könnte man meinen das Ganze wäre ein schlechter Witz!

Der Kongo-Einsatz wurde von den Regierungen von Anfang an zur vollendeten Tatsache gemacht, ohne

Auslandseinsätze (out of area) der Bundeswehr seit 1990

- Mai 1992 bis November 1993, Kambodscha: 140 Sanitätssoldaten zur Betreuung von UN-Soldaten.
- Juli 1992 bis Januar 1996, Balkan: Transportflüge nach Sarajevo (humanitäre Hilfe), Bundesmarine beteiligt sich an der Überwachung des UN-Embargos gegen Jugoslawien.
- Mai 1993 bis März 1994, Somalia: 1700 Soldaten im ersten „ernsten“ Auslandseinsatz.
- Juni 1995, Jugoslawien: Unterstützung der UN-Truppen durch Transport und Aufklärungsflugzeuge.
- Seit 1996, Bosnien-Herzegowina: Stationierung bewaffneter Einheiten.
- März 1997, Albanien: Gewaltsame Evakuierung von ausländischen Zivilisten mit Hubschraubern.
- März bis Juni 1999, Jugoslawien: Die Bundeswehr beteiligt sich mit Kampfflugzeugen am NATO-Überfall.
- Seit Juni 1999, Kosovo: Bundeswehreinheiten sind Teil der Besatzungstruppen mit einem eigenem Sektor.
- August 2001, Mazedonien: Beteiligung an einem NATO-Einsatz gegen „Bürgerkriegsbanden“.
- Seit November 2001, „Krieg gegen den Terror“: Die Marine kreuzt im Mittelmeer und vor der Küste Afrikas. Bodentruppen sind in Afghanistan stationiert, Spezialkräfte führen gemeinsam mit US-Streitkräften geheimgehaltene Einsätze durch.
- März bis Mai 2003, Irak: Verstärkung der ABC-Einheiten in Kuwait. Hilfe bei Aufklärungsaufgaben an Bord von AWACS-Flugzeugen.
- April 2005: Der Bundestag beschließt die Entsendung von Bundeswehreinheiten, deren Einsatz grundsätzlich auf „das gesamte Territorium Sudans“ mandatiert und „planerisch“ auf eine Dauer von sechseinhalb Jahren angelegt ist.
- Nach Bundeswehrangaben sind gegenwärtig 6480 deutsche Soldaten im Ausland stationiert, vor allem in Kosovo, in Afghanistan und in Bosnien-Herzegowina.

aus: Leipzigs Neue

vorher die Zustimmung der nationalen Parlamente einzuholen. Nachher durften auch die deutschen Abgeordneten die Intervention nur noch abnicken. Die Argumente dagegen hätten sich Linkspartei und FDP für diese Diskussion sparen können. Selbst bürgerliche Zeitungen, wie die „Nürnberger Nachrichten“ sahen in diesem Vorgehen „einen Affront gegen den Bundestag und seine in der Verfassung verbrieften Rechte“. Die Zeitung monierte, daß die Regierung bereits vor Monaten einen Automatismus in Gang setzte, aus dem es jetzt keinen Ausstieg mehr gibt“.

Durch die fortschreitende Militarisierung der EU sind die Entscheidungen der nationalen Parlamente ohnehin eingeschränkt. Geplant wird in der „NATO Responce Force“ (NRF), was seinen Niederschlag in der Aufstellung von 13 EU-battle-groups findet. Sie sollen 15000 Soldaten bis 2007 umfassen und es können sich auch Nicht-EU-Länder beteiligen. Von 13 Mrd. EU-Forschungsgeldern wird einfach eine Mrd. für den Militärbereich abgezackt. (Info MdE Tobias Pflüger). Die Mehrheit des EU-Parlaments, darunter Rechtsnationalisten, hatte auf Betreiben der PSK (der Länder-

Botschafter) für die Kongo-Intervention gestimmt.

Gerade wird bekannt, daß deutsche Unternehmen in Ostafrika ein transnationales Eisenbahnnetz bauen, ausgehend vom Südsudan. Es soll über 3 Mrd. Euro kosten. „Die Bundeswehr übernimmt den Schutz der Baumaßnahmen“ heißt es ganz harmlos in einer Pressemitteilung. Und morgen – Kasachstan, Togo oder Nigeria? Wir können uns noch auf manche böse Überraschung gefasst machen – oder wir wehren uns dagegen.

Die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung

Zu möglichen Auswirkungen der Umsatzsteuererhöhung

Die „Große Koalition“ hat eine 3%-ige Mehrwertsteuer-Erhöhung des Regelsteuersatzes auf den 01.01.2007 angekündigt. Der Regelsteuersatz soll dann von 16% auf 19% erhöht werden. Eine Verpflichtung im Rahmen der EU diese Erhöhung vornehmen zu müssen, besteht deshalb nicht, weil sich der heute gültige 16%-ige Regelsteuersatz im Rahmen der von der EU vorgegebenen Bandbreiten bewegt. An der Öffentlichkeit gänzlich vorbeigegangen ist die geplante Erhöhung der Versicherungssteuer um 3% von 16% auf 19% ebenfalls auf den 01.01.2007. Auch diese Steuererhöhung trifft die Nichtbegünstigten mit voller Härte (Gebäudeversicherungen, Haftpflichtversicherungen, etc.)

Die Arbeitseinkommen, auch ALG, Renten und Pensionen steigen natürlich nicht um 3%.

Die Umsatzsteuer ist eine verbrauchssteuerähnliche Verkehrssteuer. Sie lastet auf den sogenannten Endverbrauchern. Weil die Umsatzsteuer (umgangssprachlich auch „Mehrwertsteuer“ genannt) im Kern untere Einkommensgruppen bezogen auf das verfügbare Einkommen erheblich mehr belastet, wird sie als „indirekte Steuer“ als besonders unsoziale Steuer eingestuft. Als eine „Frühform“ der Umsatzsteuer sind die sog. „Stempelsteuern“ vor allem auf Wertpapiere, Wechsel und Spielkarten zu sehen. 1916 wurde die allgemeine Umsatz-

steuer als sog. Stempelabgabe in Höhe von 1 Promille auf Zahlungen für Warenlieferungen erhoben. Der Zeitpunkt der Steuereinführung macht den Zusammenhang zur Kriegsfinanzierung (I. Weltkrieg!) deutlich.

Im System unserer Steuern hat sich die Umsatzsteuer als „Zentralsteuer“ entwickelt. Für konservative Gesinnungsfreunde sind die indirekten Steuern die Steuern der Zukunft. Die Umsatzsteuer ist als Einzelsteuer und bezogen auf das jeweilige Ge-

planmäßig betriebenen Absenkung des Einkommensteuer-Spitzensatzes von 56% auf 42% der (neo)liberale Umbau des gesamten bundesdeutschen Steuersystems erkennen. Dies bedeutet die Entwicklung weg von den sozialgerechteren „direkten“ (= progressiv ausgestalteten Einkommenstarifen) hin zu den „indirekten“ und sozial ungerechteren Steuern (Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Stromsteuer etc.).

Betrachtet man die Mehrwertsteuer-Erhöherungen der jüngeren Ver-

Umsatzsteueraufkommen im Mehrjahresvergleich

Jahr	Steuereinnahmen Gesamt (in Milliarden Euro)	Umsatzsteuer-Aufkommen nominal (in Milliarden Euro)	Umsatzsteuer Aufkommen prozentual (des Gesamtaufkommens)
1991	338,4	91,5	27 %
1992	374,16	101,1	27%
1993	383,06	110,59	28,87%
1998	425,91	127,92	30,0%
2000	464,65	140,87	30,32%
2004	439	137,4	31,3%

samtsteuerjahresaufkommen außerordentlich ertragreich, was an der Entwicklung von 1991 (I. komplettes Jahr des wiedervereinigten Deutschland) bis incl. 2004 gut ablesbar ist (siehe die Tabelle auf dieser Seite).

An der aufkommensmäßigen Entwicklung der Umsatzsteuer läßt sich mit Blick auch auf die von der liberal-konservativen Regierung und auch der sozialdemokratisch-grünen Regierung

gangenheit, im Zeitraum von 1983 bis einschließlich 1998, so fällt auf, daß die Erhöhungen für den Regelsteuersatz in „moderaten“ 1%-Schritten vollzogen wurden. Die Mehrwertsteuererhöhung auf den 01.01.2007 fällt mit einem 3%-Sprung gewaltig hoch aus.

Mehrwertsteuer-Tarife:

ab 1.7.1983: Normalsteuersatz 14%, ermäßigter Steuersatz 7%

ab 1. 1. 1993: Normalsteuersatz 15%,
ermäßigter Steuersatz 7%
ab 1.4.1998: Normalsteuersatz 16%,
ermäßigter Steuersatz 7%
ab 1.1.2007 (geplant): Normalsteuersatz
19%, ermäßigter Steuersatz 7%

Heuchelei, Populismus, Steuerpolitik als Fiasko

Die FDP geriert sich gerne als Steuersenkungspartei. Das stimmt jedoch nur auf die sozialgerechteren direkten Steuern. Als sie an der Regierung war, hat sie noch jede Mehrwertsteuer-Erhöpfung mitgetragen. Das gilt auch für die Zeit der sozialliberalen Koalition.

Im herbstlichen Bundestagswahlkampf des Jahres 2005 zog die CDU noch populistische „Register“ um ihre 2%(!)-Mehrwertsteuer-Erhöhung absicht familienfreundlich zu garnieren. Sie prangerte an, dass auf Windeln 16% Mehrwertsteuer laste und auf Hundefutter nur 7% Mehrwertsteuer berechnet wird. Fakt ist, dass nach der Mehrwertsteuer-Erhöpfung zum 1.01.2007 die Familien mit Kindern die wirklich Leidtragenden (weil Steuertragenden) sind, weil diese fast ihr gesamtes Haushaltseinkommen für den Lebensunterhalt verausgaben müssen.

Den CDU-Mehrwertsteuer-Erhöpfungswahlkampf geißelte die SPD mit ihrer Kampagne zur „Merkelsteuer“. Plante die CDU eine „nur“ 2%-ige Mehrwertsteuer-Erhöpfung, so ist daraus im Rahmen der „Großen Koalition“ eine 3%-ige Mehrwertsteuer-Erhöpfung geworden. Zur SPD kann man sagen: „Gut gebellt und schlecht gebissen!“

Umsatzsteuersätze in den EU-Mitgliedsstaaten

Die Steuersysteme der einzelnen EU-Staaten lassen sich nur sehr schlecht vergleichen. Sie sind geschichtlich gesehen sehr unterschiedlich gewachsen. Auch die im EU-Maßstab doch sehr erheblich unterschiedlichen Mehrwertsteuersätze lassen sich nicht vergleichen, weil immer auch mit betrachtet werden muss, was mit dem jeweiligen Umsatzsteueraufkommen gemacht wird. Dänemark hat z.B. einen Normalumsatzsteuersatz von 25%. Aus dem Umsatzsteueraufkommen dort wird

das Gesundheitswesen finanziert. Das Umsatzsteueraufkommen in der Bundesrepublik Deutschland wird zu etwa gleich großen Teilen dem Bund und den Ländern zugeteilt; ein ganz kleiner Teil des Aufkommens geht an die Gemeinden. Die Gebietskörperschaften bei uns verausgaben dann ihren jeweiligen Umsatzsteueranteil entsprechend ihren haushaltsmäßigen Vorgaben.

Steuer-Marketing: Wie verkaufe ich Steuer- erhöhungen an meine Wähler?

Steuererhöhungen sind nie populär. Konservative Regierungen erhöhen gerne indirekte Steuern, weil diese leichter zu handhaben und zu verordnen sind. Direkte Steuern sind in der Erhebung komplizierter; dafür auch gerechter, weil hier das auch vom Grundgesetz (GG) kodifizierte sog. „Leistungsfähigkeitsprinzip“ greift. Kurz ausgedrückt: „Breitere Schultern sollen mehr tragen können!“ Insofern sind alle Regierungen der letzten 25 Jahre als konservative Regierungen zu qualifizieren. Um die Erhöhung „indirekter“ Steuern gesellschaftsfähig zu machen, wurde in der Vergangenheit immer behauptet, daß die Erhöhungen als Entlastungen woanders auftauchen. Dabei haben es die Regierenden nie genau genommen. Die SPD-Grüne Regierung behauptete geraume Zeit, dass mit den „Ökosteuern“ die Rente finanziert wird. Die „Große Koalition“ behauptet, um für ihre 3% Mehrwertsteuererhöhung Akzeptanz zu schaffen, dass damit die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Es gibt aber keine Kausalität zwischen Lohnnebenkosten und einer Mehrwertsteuer-Erhöpfung. Ist es dann unsinnig, wenn von linken Kritikern behauptet wird, dass mit den jeweiligen Mehrwertsteuer-Erhöingungen die exorbitant teuren militärischen Auslandseinsätze der deutschen Bundesregierung finanziert werden?

Kurz ausgedrückt: Steuern und Steuererhöhungen landen bei uns in einem Steuersack und werden dann durch die (haushalts-)politischen Vorgaben der jeweiligen Gebietskörperschaften verteilt. Wer was anderes behauptet, ist unehrlich. Gelogen wird, weil so gewisse Steuererhöhungen leichter durchzusetzen sind.

Nur Steuern, die gemäß dem Leistungsfähigkeitsprinzip erhoben und unter sozialstaatlichen Vorgaben verausgabt werden, finden breite Zustimmung. Eine solche Politik trägt dazu bei, dass sich die Steuermoral der Bürger und Bürgerinnen verbessert. Auch das x-te (Steuer)-Missbrauchsbekämpfungsgesetz führt nicht zu einer größeren Steuerakzeptanz, wenn die sozialstaatlichen Vorgaben des Grundgesetzes nicht strikt eingehalten werden.

Konsumschock durch Mehrwertsteuer-Erhöpfung ?

Hier wird gerne auf Japan verwiesen. In Japan ging nach einer noch nicht weit zurückliegenden Mehrwertsteuer-Erhöpfung etwa fünf Jahre nichts mehr richtig. Die Konsumenten ließen trotz einer gewaltigen Ankurbelungspolitik noch lange Zeit nach der Mehrwertsteuer-Erhöpfung die Geldbeutel fest verschlossen. Die „Große Koalition“ verhält sich mit ihrer geplanten Mehrwertsteuer-Erhöpfung trickreich. Sie plant sie auf den 01.01.2007 in der Hoffnung, daß Privatkonsumenten ihre Ausgaben für langlebige, teure Konsumprodukte wie PKWs etc. bis kurz vorher tätigen (Steuersatz 16%), um so der 19%-igen Mehrwertsteuer noch auszuweichen. Das soll einen Konjunkturanstieg verursachen, der bis in das Jahr 2007 und darüber hinaus trägt. Geht diese Rechnung auf?

Auf der Ebene der Unternehmen ist die Mehrwertsteuer ein kostenneutraler Durchgangsposten. Nur wenn Waren und Leistungen den privaten Endverbraucher erreichen, schlägt die Mehrwertsteuer als reale Belastung durch. Der Endverbraucher trägt letztendlich die ihm von Unternehmen und Unternehmern in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer. Große und marktstarke Unternehmen können die Mehrwertsteuer-Erhöpfung voll an die privaten Endverbraucher weiterreichen. Zu denken wäre hier z.B. an die Mineralölindustrie ... Wenn jedoch kleine Handwerker (z.B. Gas-Wasser-Installateure, Frisör, Bäcker- und Metzgermeister) ihre Leistungen dann mit dem Regelsteuersatz von 19% versehen und weiterreichen wollen, stoßen sie auf große Widerstände am Markt, so daß zumindest ein Teil der Mehrwertsteuer-Erhöpfung zu Lasten des Jahres-

gewinnes gehen wird. Viele Handwerker müssen also mehr arbeiten, um den „alten“ Vorjahresgewinn realisieren zu können. Wenn sie schon an ihre Leistungsgrenze geraten sind, wird die Mehrwertsteuer-Erhöhung als realer Einkommensverlust sich auswirken.

Dem „Strohfeuerkonsum“ des Jahres 2006 (um der drohenden Mehrwertsteuer-Erhöhung auszuweichen, werden schon geplante Ausgaben für das Jahr 2007 in das Jahr 2006 vorgezogen) werden die verteuerten Endleistungen für private Endverbraucher den Garaus machen:

1. Es werden die Mietnebenkosten steigen (Strom, Öl, Gas). Die „2. Miete“ wird also noch mehr drücken.
2. Die haushaltsnahen (Dienst-)Leistungen der Handwerker verteuern sich.
3. Die Apotheken müssen ihre Medikamenten-Preise erhöhen.
4. Textilien aller Art werden teurer.
5. Marktstarke Unternehmen können die Umsatzsteuer-Erhöhung zum Anlaß nehmen, noch ein „Schnäpslein“ obendrauf zu legen.
6. Alle 16%-Leistungen werden von einem auf dem anderen Tag teurer ... Die DB muss Fahrpreiserhöhungen durchsetzen (bei Entfernungen über 50 km)
7. Wer kann sich dann noch die verteuerten Steuerberatungsleistungen für den privaten Bereich leisten? usw. usf. Diese Preiserhöhungen fallen in eine Zeit, in der durch großbetriebli-

che Einheiten weitere Massenentlassungen angekündigt und geplant sind bzw. real durchgeführt werden. Die ungesicherte Zukunft verunsichert die Konsumenten (Lohnabhängige, Rentner, die mit defacto-Renten Kürzungen leben müssen etc.) so nachhaltig, dass alle Not-Euros für die erwartbare schlechte nahe Zukunft zusammengehalten (also nicht konjunkturstimulierend verausgabt) werden. Ist das alles zu pessimistisch gedacht?

Auch die Städte, Landkreise und Gemeinden werden durch die Mehrwertsteuer-Erhöhung belastet. Wird der Kindergarten oder die Schule renoviert, ist mit dann 19% Mehrwertsteuer Leistungen der Handwerker zu rechnen. Auch gemeindliche Vorhaben zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur werden verteuert, wenn z.B. eine neue Bibliothek geplant ist. Die Vorhaben der Gemeinden werden überall dort verteuert, wo sie nicht als zum Vorsteuerabzug berechtigte Unternehmer auftreten. Das sind zahlreiche Bereiche in der Gemeinde. So verteuern sich beispielsweise die Kosten für Büromaterial, die das städtische Steueramt verbraucht. Kinder und Jugendhilfeeinrichtungen, die Leistungen zum Mehrwertsteuer-Normalsatz beanspruchen, haben bei gleich hohem Etat in Krisenzeiten (da kriselt es auch häufig in den Familien) einen geringeren Spielraum. Die

Gemeinden müssten an die Landes- und Bundesregierung schon heute ihre berechtigten Forderungen auf vollen Ausgleich der Mehrwertsteuer-Erhöhung stellen. Jedoch ist bei der jetzigen Situation davon auszugehen, dass eher wenig Bewegung vorhanden ist, so daß die Gemeinden als wirksame nachfragende Struktur mehr und mehr wegfallen.

Die Mehrwertsteuer-Erhöhung ist unsozial

Die Mehrwertsteuer-Erhöhung beutelt Renten, HartzIV und Sozialhilfeempfänger; auch (Bafög)Studenten müssen leiden.

Die Bezieher von Transfer-Einkommen müssen in der Regel ihr ganzes Monatseinkommen für ihren Lebensunterhalt aufwenden. Wie wir schon sahen, ist in diesen Leistungen häufig der normale Mehrwertsteuersatz enthalten. Da die erwähnten Transfereinkommensbezieher auch nicht mit Sonderzuschlägen zum Ausgleich der Mehrwertsteuer-Erhöhung rechnen können, fällt in Höhe der in Euro auszudrückenden Mehrwertsteuer-Erhöhung Kaufkraft weg. Real kann also weniger konsumiert werden (da helfen auch keine „Gürtel-engerschnallen-Appelle“ weiter). Das ist als besonders unsozial zu geißeln.

Th. Ewald Wehner

Landshuter Seminar

Am 20./21. Mai 2006 veranstaltete die Gruppe Arbeiterstimme zusammen mit den Gruppen International Dorfen und Landshut ein Seminar, das nun schon zum siebenten Mal in Landshut, im Info-Laden, stattfand. Leider konnten einige Genossinnen und Genossen aus befreundeten Gruppen wegen der immer mehr steigenden Terminflut nicht daran teilnehmen.

Zudem hatten in Dorfen die braunen Horden der NPD erneut eine Heimsuchung der Stadt angekündigt und waren auf Widerstand gestoßen. Auch diesem Umstand war geschuldet, dass die Teilnehmerzahl etwas geringer war als in den Vorjahren.

Das sollte der inhaltlichen Arbeit jedoch keinen Abbruch tun und so wurde am Samstag auf Grundlage eines

Referats eines Genossen der Arsti über die IG-Metall Tarifrunde diskutiert. Die Fortsetzung dieses Themas war der lange Streik von ver.di. Hier war es erst am Vortag zu einer Einigung gekommen, so dass es uns in Landshut nicht möglich war, auf die Einzelheiten des Abschlusses einzugehen.

Den Abschluss des Samstags bildete ein Referat eines Genossen der AGI Dorfen zur gesellschaftlichen und politischen Situation in Uruguay, das sehr ausführlich die Facetten der Entwicklung in diesem südamerikanischen Land beleuchtete. Bei der Erarbeitung des Referats war es schwierig gewesen zu objektiven Erkenntnissen zu gelangen. Das Geschehen in Uruguay wird in verschiedenen Publikationen sowohl der linken als auch bürgerlichen Presse, je nachdem von welchem Blickwinkel aus es betrachtet wurde, sehr unterschiedlich einge-

schätzt. In manchen linken Veröffentlichungen wird sogar von Verrat an der Sache der Widerstandsbewegungen (Tupamaros) gesprochen.

Am Sonntag stand die brennende Frage „Was heißt Solidarität in einer globalisierten Arbeitswelt?“ im Mittelpunkt der Diskussion.

Wir sind diesem Themenkomplex inhaltlich näher gekommen und haben ihn von verschiedenen Seiten aus betrachtet. Bei der Komplexität und Vielschichtigkeit dieses Themas wären höher gesteckte Erwartungen auch nicht realistisch gewesen. Wir müssen und werden an dieser Thematik dranbleiben.

Eine einfache Antwort auf diese Frage gibt es nicht.

Die Referate zur IG-Metall Tarifrunde und zu Uruguay und eine Einschätzung des Verdi-Tarifkampfes haben wir nachfolgend abgedruckt.

IG Metall-Tarifrunde 2006

Weiter in der Defensive

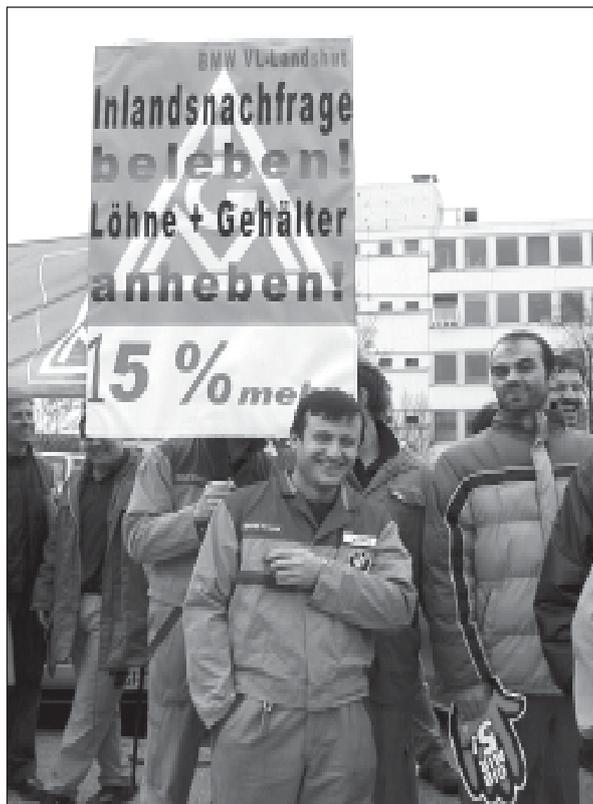
Ausgangssituation

Die Reallöhne in der Metall- und Elektroindustrie waren seit ca. 4 bis 6 Jahren kontinuierlich, wenn auch nur leicht gesunken. Die Lohnquote (Anteil der Lohnkosten am Umsatz) betrug 2005 durchschnittlich ca. 15-16% – allerdings mit starken Unterschieden. Im Maschinenbau liegt sie nach Schätzungen um die 30%; in der Automobilindustrie unter 15%.

Schwerwiegender waren die Tarifunterschreitungen entsprechend den Öffnungsklauseln der Pforzheimer Vereinbarungen. Etwa 500 Abweichungen vom Tarif, vor allem bei der tariflichen Arbeitszeit, wurden von der IG Metall „abgesegnet“. Nicht nur wirtschaftlich schwache Kleinunternehmen sondern auch große Konzerne wie Daimler/Chrysler, Opel und Siemens erzwangen trotz teilweise erheblichem Widerstand der Belegschaften Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich.

Seit etwa 2 Jahren verbesserte sich die Ertragslage der meisten Großkonzerne vor allem durch die Exportsteigerungen, verlängerte Arbeitszeiten, Personalabbau und Lohnkürzungen erheblich. Die Börsenkurse stiegen. Längere Streiks hätten das Kapital dieser Branche empfindlich getroffen. Auch die Arbeiter/innen bekamen das mit. Zumindest in großen Teilen der Belegschaften scheint die Meinung vorgeherrscht zu haben, nach allen Opfern und nach weiteren Belastungen durch Sozialabbau wieder einmal ein „Stück vom Kuchen“ bekommen zu müssen. Die Widerstandsbereitschaft gegen das Kapital scheint beträchtlich gewachsen zu sein. Die allgemeine Resignation geht zurück; eine diffuse, (noch?) perspektivlose Wut gegen die Raffkes nimmt zu. Darauf deuten auch die langen und erbitterten Streiks für

„Sozialtarifverträge“ vor allem bei AEG, Nürnberg – aber auch bei schwach organisierten Betrieben wie Infineon, München hin. Natürlich ist Widerstand gegen Arbeitsplatzvernichtung etwas anderes als Streik um mehr Lohn. Doch beides richtet sich aktiv gegen das Kapital und gegen



die herrschende Ideologie des Neoliberalismus.

Natürlich gibt es auch Betriebe, die von der stagnierenden bzw. leicht sinkenden Inlandsnachfrage überdurchschnittlich betroffen sind. Doch das ist das Wesen des Flächentarifvertrags, daß auch ertragschwächere Unternehmen einbezogen sind. Natürlich bestand und besteht die Drohung mit Betriebsverlagerungen in Billiglohnländer fort. Aber auch durch noch größere Lohnzurückhaltung läßt sich die Lohnkostendifferenz zu Osteuropa oder Asien nicht kompensieren. Die Kalkulationen der Unternehmer sind für die Belegschaften ohnehin nicht durchschaubar. Daran ändert auch die überbetriebli-

che „Mitbestimmung“ in den Aufsichtsräten der Konzerne nichts. Damit bleibt undurchsichtig, wieviel an der Drohung mit Verlagerungen ernst gemeint ist, und was nur als Druckmittel eingesetzt wird.

An ein weiteres Handicap der IGM, das weitgehend in Vergessenheit geraten ist, muß erinnert werden: Unternehmen, die nicht bestreikt werden, aber in einem Bezirk ansässig sind, der in Arbeitskämpfen einbezogen ist, können ihre Belegschaften ganz oder teilweise aussperren, wenn sie behaupten durch Streiks beeinträchtigt zu sein. Die Ausgesperrten erhalten kein Kurzarbeitergeld. Das würde die IG Metall zwingen, den organisierten Kolleginnen und Kollegen solcher Betriebe Streikgeld zu zahlen. Die Unorganisierten stünden ohne Einkommen da, was 1984 von den Medien gehörig gegen die IGM ausgeschlachtet wurde. Die gesetzliche Grundlage für diese „kalten Aussperrungen“ wurde nach den Streiks um die 35-Stunden-Woche von der Regierung Kohl erlassen. Die SPD versprach damals, dieses Gesetz sofort zurückzunehmen,

falls sie an die Regierung komme. Sie hielt auch dieses Wahlversprechen nicht. Die Gewerkschaften machten keinen nennenswerten Druck in dieser Sache. Die Drohung mit „kalten Aussperrungen“ bleibt bestehen und engt die taktischen Möglichkeiten der Gewerkschaften, besonders der IGM, beträchtlich ein.

Verlauf der Auseinandersetzung

Die offizielle Forderung nach 5% mehr Lohn drückt schon die gedämpfte Erwartung der Gewerkschaft aus. Es gab – wie vor jeder Tarifrunde – aus gut organisierten Betrieben weit höhere Vorschläge, bis zu

zweistelligen Prozentzahlen. Die 5% gingen aber m. W. durch alle bezirklichen Tarifkommissionen ohne nennenswerte Kritik durch.

Natürlich war jedem Gewerkschaftsmitglied klar, daß die Forderung nicht in voller Höhe abgeschlossen werden würde. Das ist bei jeder Tarifrunde seit Menschengedenken so. In Baden-Württemberg spielte die Erhaltung längerer Erholzeiten bei Akkordarbeitern (Steinkühler-Pause) eine wichtige Rolle.

Nach Ablauf der Friedenspflicht am 28. 3. 2006 begannen Warnstreiks in großem Umfang. Nach Angaben der IG Metall streikten „fast eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus rund 4.000 Betrieben quer durch die ganze Republik...“ (Metall 5/2006, S. 9). Warnstreiks und Demonstrationen in dieser Größenordnung gab es seit den Streiks um die 35-Stunden-Woche im Jahr 1984 nicht mehr.

Auch Belegschaften von Großbetrieben, die früher eher symbolisch Warnstreiks absolvierten – etwa die berühmte Viertelstunde vor der Frühstück- oder Mittagspause bei BMW München, gingen diesmal zu großen Teilen auf die Demonstration am 19. April in München.

Die Taktik der Unternehmer, die offenbar glaubten mit Mini-Angeboten von 1,1-1,2%, also weit unter der offiziellen Inflationsrate, Zeichen für eine weitere „moderate“ Lohnerhöhung setzen zu können, ging nicht auf. Möglicherweise erhöhte sie die Streikbereitschaft noch.

Trotzdem wollten sowohl Unternehmer wie auch IG Metall-Vorstand einen Flächenstreik und auch größere Schwerpunktstreiks vermeiden. Für das Kapital standen die Fortsetzung der Ertragsverbesserungen und die weitere Steigerung der Kapitalisierung der Unternehmen an den Börsen auf dem Spiel. Ob gemeinsame Demonstrationen mit den Kolleginnen und Kollegen von ver.di etwas bewirkt hätten, ist schwer zu beurteilen.

In einer Arbeitsanweisung zur Erläuterung des Tarifergebnisses durch den IGM-Vorstand steht: „Der Verteilungsspielraum wird auch 2006 weitgehend ausgeschöpft.“ Darüber kann man streiten. Die Gewerkschaften



verstehen unter Verteilungsspielraum die Summe aus Inflationsrate und Produktivitätsfortschritt. Früher kam noch ein Umverteilungsfaktor hinzu. Bei einer offiziellen Inflationsrate von z. Zt. 2% und weiteren Produktivitätsfortschritten, die über 1% liegen dürften, bewegt sich das Ergebnis eher am unteren Rand dessen, was Verteilungsspielraum genannt wird. Dabei ist auch zu bedenken, daß bei der offiziellen Inflationsrate nicht unterschieden wird, welche Konsumgüter welche Einkommenschichten überdurchschnittlich belasten. Für Lohnarbeiter dürfte die Preissteigerungsrate höher als 2% liegen, da die Güter des täglichen Bedarfs (Energie, Mieten usw.) bei ihnen eine größere Rolle spielen als bei Spitzenverdienern. Außerdem sollten Tarifabschlüsse die Spielräume ausschöpfen, die das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen Lohnarbeitern und Kapital wiedergeben. Der Verweis auf Verteilungsspielräume entspricht auch hier der staatstragenden Funktion, in der sich die Gewerkschaften sehen: Nicht Interessenvertretung, schon gar nicht „Kriegsschule des Proletariats“ (Marx) sondern Sozialpartnerschaft ist nach wie vor herrschende Ideologie auch in der IGM.

Nach mehreren Verhandlungsrunden folgte eine Einigung im Bezirk NRW, die von den anderen Bezirken übernommen wurde. Auch ein geringfügig schlechterer Abschluß in der Textilverarbeitung und ein fast gleicher für die Post zeigen, daß die Gewerkschaften im Bereich der Pri-

vatwirtschaft das IGM-Ergebnis als Pilotabschluß sehen.

Ergebnisse

a) Einmalzahlung

Für 3 Monate (März, April, Mai 2006) wird ein Einmalbetrag von 310

Anzeige

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

express

In akt. Ausgabe (5/06) u.a.:

- ◆ Jürgen Karasch: »Auf dem Weg zu Hartz V«, Zwischenbilanz und aktuelle Entwicklungen im Arbeitsförderungsrecht
- ◆ Kirsten Huckenbeck: »Mehr Fläche – mehr Löcher?«, Tarifabschluss der Länder
- ◆ Nadja Rakowitz: »Schwach zu werden – ein Zeichen von Stärke?«, Vorschalt-Tarifvertrag an der Charité
- ◆ Leonhard Regneri: »Grals Hüter ohne Gral«, Umbrüche in der Bankenbranche
- ◆ »Das wichtigste ist, jetzt am Ball zu bleiben«, ein Gespräch über Erfahrungen aus dem ver.di-Streik
- ◆ »Scharfe Waffe«, Grundeinkommen und Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde
- ◆ »Bittere Brause«, Coca Cola profitiert von Repression, Raubbau u. Personalabbau

- Ich möchte ein Probeexemplar
- Ich möchte die nächsten 4 akt. Ausgaben für 10 Euro (gg. Vk.)

PF 10 20 62- 63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06 - Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

Euro als Richtgröße bezahlt. Diese Richtgröße kann zwischen einem Unternehmer und dem Betriebsrat zwischen 0 und 620,- Euro durch Betriebsvereinbarung festgelegt werden. Maßgeblich soll die wirtschaftliche Lage des einzelnen Betriebs sein. Jede Seite hat ein Initiativrecht. Stimmt eine Seite nicht zu, dann bleibt es bei den 310,- Euro. Das ist jedenfalls die Rechtsauffassung der IG Metall. Ob dieses „Vetorecht“ des Betriebsrats vor den Arbeitsgerichten Bestand haben wird, bleibt abzuwarten. Meines Erachtens haben die Unternehmen eine Reihe von rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten, den Betriebsrat zumindest unter Druck zu setzen.

Diese Tarifvereinbarung verlagert Teile des Flächentarifs dorthin, wo sie nicht hingehören: Auf die betriebliche Ebene.

Auf dieser Ebene steht es dem Unternehmer frei, Betriebsräte, wenn das überhaupt nötig werden sollte, mit Drohungen (Entlassungen, Betriebsverlagerung u. a.) unter Druck zu setzen. In vielen Fällen wird das noch nicht einmal nötig werden, weil sich Betriebsräte als Co-Manager verstehen, die von sich aus Kostensenkung zur „Rettung“ des Betriebs und „seiner“ Arbeitsplätze anstreben oder sich zumindest entsprechenden Argumenten beugen. Die – berechnete – Angst um den Arbeitsplatz macht es Unternehmern leicht, Belegschaften in Sorge vor Entlassungen zu treiben und damit gegen „halsstarrige“ Betriebsräte, die nicht einsehen wollen, daß weniger als 310,- Euro bezahlt werden, aufzuwiegen.

Wahlweise können sich Unternehmer auch ihrer rechtlichen Möglichkeiten bedienen. Das Betriebsverfassungsgesetz verpflichtet Betriebsräte zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit dem Unternehmer bzw. dessen Beauftragten zum Wohl des Unternehmens und seiner Beschäftigten. Ein weites Feld interessanter Prozesse und BAG-Entscheidungen tut sich da auf.

Das Volumen dieser Flexibilisierung mag für diesen Tarifabschluß noch nicht besonders groß sein. Es

wird aber ein Präzedenzfall geschaffen, den das Kapital zweifellos in künftigen Tarifrunden ausweiten will.

Die Gewerkschaft ist von Entscheidungen über die Höhe der Einmalzahlung ausgeschlossen: „Eine freiwillige Betriebsvereinbarung ist nicht vor der Einigungsstelle ersetzbar.“ (Umsetzungshilfe der IGM für ihre Funktionäre) Eine Einigungsstelle ist von Arbeitgeberverband und Gewerkschaft paritätisch besetzt. Sie entscheidet normalerweise bei Auslegungsunterschieden. „Nicht gelungen ist es, den Abschluß einer solchen Vereinbarung der IG Metall im Betrieb



zu übertragen.“ (Umsetzungshilfe) Das heißt, die Vertrauenskörper und IG Metallmitglieder im Betrieb sind von der Entscheidung ausgeschlossen. Die Umsetzungshilfe will zwar darauf orientieren, daß sich die betriebliche IG Metall trotzdem einschaltet und „... daß sich die IG Metall im Betrieb vor einer Abstimmung im BR öffentlich äußert.“ (Umsetzungshilfe) Das mutet ziemlich hilflos an.

Flexibilisierung des Flächentarifvertrags, Verlagerung von Entscheidungen auf Betriebsräte, die dafür nicht die Machtmittel haben (Friedenspflicht), wirtschaftliche Lage von Einzelunternehmen als Maßgabe für Teile der Entlohnung, sind neue aber – so ist zu befürchten – dauerhaft negative Faktoren für künftige Tarifrunden über die Öffnungsklauseln des Pforzheimer Abkommens hinaus.

b) Lohnerhöhung um 3%

Ab dem 1. Juni 2006 werden die Tariflöhne um 3% erhöht. Die Erhöhung ist also tabellenwirksam. Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich entsprechend. Aus heutiger Sicht

wird damit zumindest die nominelle Inflationsrate von z. Zt. 2% und ein Teil des Produktivitätsfortschritts ausgeglichen. Zumindest findet voraussichtlich keine weitere Reallohnsenkung statt. Allerdings kann niemand wissen, wie die Preissteigerungen vor allem bei Energie weitergehen. Ein Durchbruch zu stärkerer Beteiligung der Lohnarbeit am gesellschaftlichen Produkt ist es allerdings auch nicht; ebensowenig findet ein nennenswerter Ausgleich für Reallohnverluste in der Vergangenheit statt.

c) Altersvorsorge

Die bisherige tarifliche vermögenswirksame Leistung wird in alter Höhe (319,08 Euro/Jahr) weiter bezahlt. Auch das ist ein Defensivverfolg, denn die Unternehmer wollten sie abschaffen oder zumindest kürzen. Als Anlageform sollen künftig nicht mehr private Anlageformen sondern „altersvorsorgewirksame Leistungen“ in verschiedensten Formen gewählt werden.

d) Qualifizierung

Die Möglichkeiten zur Qualifizierung von Beschäftigten sollen erweitert und systematisiert werden. Selbstverständlich heißt das nicht, daß die Menschen nach ihrer Lebensplanung zusätzliche Fähigkeiten entwickeln könnten. Im Kapitalismus kann das nicht sein: „Die Qualifizierungsplanung wird abgeleitet aus der Unternehmensplanung, dabei ist der künftige Personalbedarf zu berücksichtigen.“ (Umsetzungshilfe) Ein „jährliches individuelles Qualifizierungsgespräch mit allen Beschäftigten“ soll sicherstellen, daß auch die Bedürfnisse der Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt werden.

Eine m. E. sehr zweischneidige Vereinbarung. Einerseits wird niemand die Notwendigkeit ständiger Weiterentwicklung der Fähigkeiten und des Wissensstandes von Lohnarbeitern leugnen können. Die Entwicklung der Technik macht dies unumgänglich. Andererseits bindet es die Betriebsräte noch ein Stückchen mehr in das Co-Management mit den Unternehmern ein. Aber vielleicht

kommt es darauf schon nicht mehr an.

e) "Steinkühler-Pause"

Seit rd. 30 Jahren besteht im Lohnrahmentarifvertrag II im Tarifgebiet Baden-Württemberg für Akkordarbeiter der Anspruch auf 5 Minuten Erholzeit/Stunde zusätzlich zur „persönlichen Verteilzeit“. Diese sogenannte „Steinkühler-Pause“, nach dem damaligen Bezirksvorstand Franz Steinkühler benannt, sollte der Einstieg für eine bundesweite Regelung zur Erleichterung bei Akkordarbeit sein. Damit wurden zusätzliche Belastungen durch immer kürzere Taktzeiten mehr oder weniger ausgeglichen. Aus dem Einstieg wurde ein Sonderfall. Nach Unternehmermeinung die „schwäbische Krankheit“.

Der entsprechende Tarifvertrag wurde im Oktober 2005 gekündigt. Die Unternehmer hätten damit die Arbeitszeit um bis zu 40 Minuten/Tag ausgeweitet. Nicht allein deshalb stieß die Kündigung auf scharfe Ablehnung bei den Kolleginnen und Kollegen am Band. Die „Steinkühler-Pause“ ist auch zur Ehrensache geworden. Das mag irrational sein – aber nicht alles im Klassenkampf ist rational. Eine Beibehaltung der Kün-

digung hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit Streik bedeutet.

Der gekündigte Tarifvertrag wird wieder in Kraft gesetzt. Es soll zwar überprüft werden, ob bei den Begünstigten wirklich kurze Taktzeiten bestehen, doch dies wurde schon bisher getan und dürfte kaum Auswirkungen haben.

Die Kapitalisten in Baden-Württemberg werden weiter mit der „schwäbischen Krankheit“ leben müssen.

Was wurde erreicht - was wurde verloren?

Weiterer Reallohnverlust wurde wahrscheinlich verhindert. Für Flexibilisierungen des Lohns entsprechend den Profiten wurde ein Präzedenzfall geschaffen. Die Unternehmer werden in künftigen Tarifrunden versuchen, diesen weiter auszubauen. Vorläufig bleibt der Vorstoß Episode, weil ab 1. 6. d. J. die prozentuale Erhöhung tabellenwirksam wird.

Positiv ist die weitgehende Normalisierung der Laufzeit. Nach 2 Tarifverträgen über jeweils 2 Jahre beträgt sie jetzt 13 Monate. Ebenso positiv ist die Erhaltung der Pausenregelung beim Akkord in Baden-Württemberg.

Trotzdem bleibt der Eindruck, daß die IG Metall auch in diesem Jahr in der Defensive blieb. Verschlechterungen konnten vermieden werden. Es fehlte offensichtlich der Wille, in die Offensive zu gehen, auch um die Niederlage im Arbeitskampf in Ostdeutschland auszugleichen. Der Geist der Sozialpartnerschaft, die Unterwerfung unter die neoliberale Ideologie scheint schwächer geworden aber immer noch beherrschend zu sein.

Zumindest bei Teilen der Belegschaften scheint die Bereitschaft zur Auseinandersetzung größer gewesen zu sein als in den letzten Jahren. Ob die Kampfkraft ausgereicht hätte, größere Erfolge bei Lohn und/oder Arbeitszeit zu erreichen, kann wie immer bei Arbeitskämpfen nicht beantwortet werden. Doch ohne Mut – auch zum Risiko – werden die Gewerkschaften aus ihrer Abwärtstendenz, den Mitgliederverlusten und der allgemeinen Lethargie nicht herauskommen.

In diesem Sinne war die IG Metall Tarifrunde m. E. ein seltsames Mittelding zwischen Aufbegehren gegen die Arroganz der Unternehmer und Angst vor der eigenen Courage.

Stand: 20. 5. 2006

Ver.di-Abschluß auf Länderebene Länger arbeiten für (real) weniger Geld

Zum Kräfteverhältnis

Die Arbeit“geber“ im öffentlichen Dienst müssen (aus ihrer Sicht) Einsparungen bei den Beschäftigten durchsetzen. Bund, Länder und Gemeinden haben z. T. seit Jahren erhebliche Defizite in ihren Etats. Die Gründe sind vielfältig. Am wichtigsten: Für den Anschluß der ostdeutschen Länder sind Transferzahlungen (Solidarpakt Aufbau Ost) auf allen 3 Ebenen fällig. Vor allem aber hat die Steuerreform des Jahres 2000 die Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften und damit die Einnahmen für Bund und Länder aus der Körperschaftsteuer bzw. für die Gemeinden aus der Gewerbesteuer erheblich verrin-

gert. Diese Entwicklung dürfte sich fortsetzen. Die für das Jahr 2008 angekündigte Unternehmenssteuerreform wird erneut zu Steuerentlastungen für das Kapital und zu Einnahmeausfällen für den Staat, auch für die Länder, führen. Angeblich soll dies Arbeitsplätze schaffen, weil der Standort Deutschland konkurrenzfähiger würde. Dabei liegt Deutschland schon jetzt unter den Industrieländern auf einem der untersten Plätze was Steuern auf Gewinne und Kapitaleinkommen betrifft (siehe Grafik 1). Mit den Niedrigsteuereändern Osteuropas und Asiens, die sich soziale Sicherungssysteme sparen, kann und will Deutschland (noch?) nicht konkurrieren.

Die Leistungen des Staates – auch der Bundesländer – befinden sich in einem weitreichenden Umbau. Privatisierungen vor allem bei Krankenhäusern und im Bildungswesen sollen zu Verbesserungen und Einsparungen für die Länder führen. Tatsächlich geben sie zwar Kompetenzen und Rechte aus der Hand; sie bleiben aber weitgehend auf den Kosten sitzen. So werden z. B. die privaten Universitäten überwiegend vom Staat (Länder und bisher teilweise der Bund) finanziert. Die „Reform“ der Universitäten gibt der Industrie weit höheren Einfluß als bisher, die Ausgaben für diesen Bereich gehen aber zu Lasten der Studierenden (Studiengebühren) und weiterhin der Länder.

Selbst Kosten von Programmen, die unter dem Namen der Industrie laufen, werden dem Staat aufgebürdet. Ein Beispiel für viele: „Die rund tausend Stipendien, welche die Stiftung der Deutschen Wirtschaft jedes Jahr vergibt, finanziert – zu 100 Prozent – ausgerechnet das Bundesbildungsministerium.“ (Die Zeit v. 15. 12. 2005, S. 43)

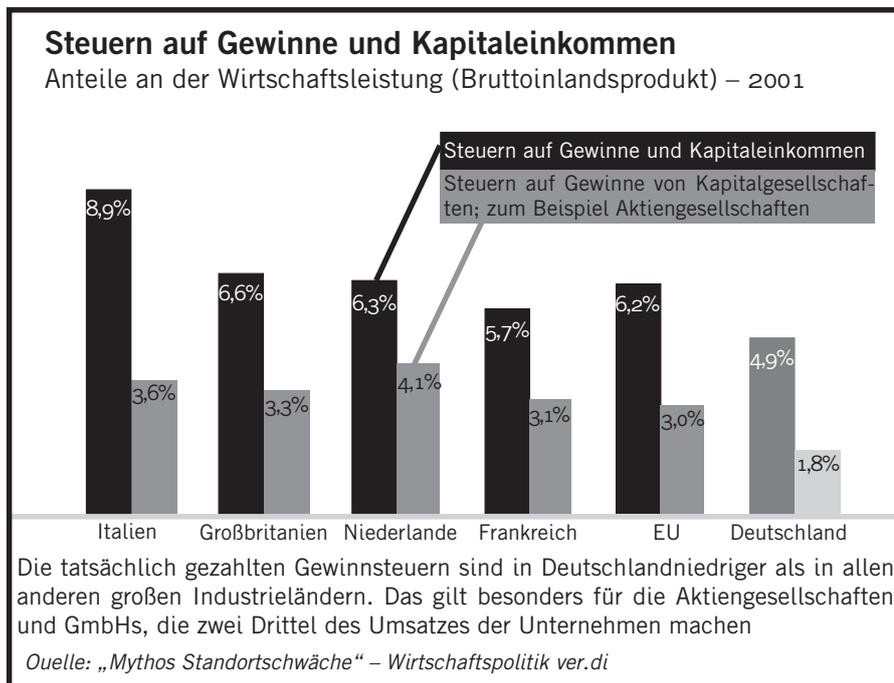
Mehrausgaben, die durch den Ausbau des Unterdrückungs- und Überwachungsapparats entstehen, (z.B. Digitalisierter Polizeifunk u. a.) betreffen zum großen Teil die Länder, die ja überwiegend für die Polizei

schaftskrise in der Endzeit der Weimarer Republik.

Die Gewerkschaft hat in dieser Auseinandersetzung schlechte Karten. Die Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst sinken (siehe Grafik 2) u. a. auch durch die Privatisierungen. Auch hier wächst die Angst vor Arbeitsplatzverlust. Die „sicheren Arbeitsplätze beim Staat“ sind eine Legende aus längst vergangenen Zeiten. Das hindert die Medien nicht, diese Legende gegen die Beschäftigten auszuspielen. Was in großen Teilen der Privatwirtschaft die Drohung mit Verlagerung ins Ausland, ist im

waren und nicht mehr zum öffentlichen Dienst gehörten. Trotzdem bleibt unverständlich, warum ausgerechnet der schlecht organisierte Bereich der Länder beim Abschluß mit den Gemeinden ausgespart wurde. Die Initiative dazu ging allerdings von der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) aus. Es wäre zweifellos sehr schwierig gewesen, die Abschlüsse bei Bund und Gemeinden zu verweigern, weil die Länder blockierten. Ver.di scheint die Problematik der Vertagung von Tarifabschlüssen für die Bundesländer unterschätzt zu haben. Dafür spricht u. a. der Abschluß einer Meistbegünstigungsklausel mit den kommunalen Arbeit- „gebern“, die diesen zugestand, günstigere Vereinbarungen bei den Ländern, d. h. schlechtere für die Beschäftigten, zu übernehmen.

Große Teile des öffentlichen Dienstes auf Länderebene sind nicht unmittelbar mit Arbeiten beschäftigt, die von den Staatsbürgern direkt wahrgenommen werden. Wenn z. B. ein Statistisches Landesamt streikt, ist das sicher lobenswerte Solidarität, doch dauert es lange, bis es jemandem auffällt. Auch Streiks des technischen Personals der Theater und Opern üben keinen merklichen Druck aus. Lediglich die nichtärztlichen Beschäftigten in den Krankenhäusern der Länder (Unikliniken u. a.) können Druck machen. Doch dies trifft immer auch Patienten, macht umfangreiche Notdienste unvermeidlich, kann also nur mäßig praktiziert werden. Polizei und andere Beamte dürfen eh nicht streiken. Streiks im öffentlichen Dienst treffen nicht unmittelbar das Kapital. Sie



Grafik 1

zuständig sind. Hier denkt niemand an Sparmaßnahmen.

Privatisierung führt zu betrieblichen Einsparungen vor allem beim Personal, häufig auch bei Patienten bzw. anderen „Kunden“, sie spaltet die Beschäftigten, weil die Privatunternehmer keine oder nur (schlechtere) Haustarifverträge abschließen und entlastet die Etats der Länder kaum.

Ein Teil dieser Defizite sollte den Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufgebürdet werden. Das ist gelungen.

Bei den Tarifeinsetzungen im öffentlichen Dienst handelt es sich von Seiten der Gewerkschaft um einen Abwehrkampf, teilweise vergleichbar mit Arbeitskämpfen zur Zeit der Weltwirt-

öffentlichen Dienst die Drohung mit Auslagerung und Privatisierung.

In der laufenden Tarifrunde hat ver.di außerdem eine Strategie verfolgt, die man nur als selbstzerstörerisch bezeichnen kann. Bisher wurden einheitliche Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst angestrebt und weitgehend auch realisiert (Ausnahmegelungen für einzelne Bereiche gab es zunehmend allerdings auch). Dabei konnten die stärksten und am besten organisierten Teile des öffentlichen Dienstes, vor allem die kommunale Müllabfuhr, Stadtwerke und die Verkehrsbetriebe mehr oder auch weniger gute Ergebnisse durchsetzen, die dann von den schwach organisierten Bereichen der Länder und des Bundes übernommen wurden.

Das war bei dem Abschluß 2004 nicht mehr leicht, weil Teile dieser ver.di-Hochburgen schon privatisiert



Grafik 2

können nicht wie in der Privatwirtschaft die Mehrwertproduktion unterbrechen. Sie treffen ganz oder überwiegend die Menschen, die öffentliche Dienste in Anspruch nehmen (müssen). Letzteres zwang die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst schon immer dazu, eine Gratwanderung zwischen möglichst starker Ausübung von Druck auf den Staat und Rücksichtnahme auf die „Schmerzgrenze“ in der Bevölkerung zu unternehmen. Zu diesen grundsätzlichen Schwierigkeiten kam in der jetzigen Tarifrunde hinzu, daß eine einheitliche Tariffrent schon weitgehend in verschiedene Sonderregelungen (privatisierte oder Eigenbetriebe der Länder) aufgefasert war.

Verlauf der Tarifrunde

Im folgenden konzentriere ich mich auf die Auseinandersetzung zwischen ver.di und den in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Bundesländern. Der Arbeitskampf in kommunalen Betrieben Baden-Württembergs, die Ärztestreiks der im Marburger Bund organisierten Klinikärzte und in den Verkehrsbetrieben Münchens werden weitgehend ausgeklammert – nicht deshalb weil deren Abwehrkämpfe bzw. der Lohnkampf der angestellten Ärzte unwichtig wären, sondern weil Ausgangslage und Kräfteverhältnis sehr unterschiedlich sind und eine angemessene Darstellung den Rahmen dieses Artikels sprengen würde.

In der öffentlichen Wahrnehmung sieht das weitgehend anders aus. Da werden die unterschiedlichen Tarife und die sehr unterschiedlichen Möglichkeiten der Tarifparteien ignoriert. Auch das ist Ausdruck der Zersplitterung der Tariflandschaft und ihrer Unübersichtlichkeit.

Die TdL ist nicht mehr die einzige Tarifpartei für die Bundesländer. Berlin und Hessen sind aus ihr ausgestiegen. Inwieweit Hessen den Tarif, den die TdL jetzt abgeschlossen hat, übernehmen wird, war beim Abschluß dieses Artikels noch nicht bekannt. Berlin hat bereits in der Vergangenheit eigene, für die Beschäftigten sehr ungünstige, Vereinbarungen mit ver.di getroffen.

Der Verhandlungsführer der TdL, Niedersachsens Finanzminister

Möllring (CDU), trat unnachgiebig auf. Er war in einer starken Position. Der Tarifvertrag für Arbeitszeiten war von der TdL fristgerecht gekündigt worden. Die Nachwirkung des gekündigten Tarifvertrags verhinderte zwar die Erhöhung der Arbeitszeit, wie sie in unterschiedlicher Höhe von den Ländern gefordert und auch teilweise praktisch durchgeführt wurde – doch nur für organisierte Beschäftigte, also für die Minderheit fast aller Belegschaften im Bereich der Länder. Unorganisierte haben keinen Anspruch auf den Tarifvertrag, für sie entfällt die Nachwirkung. Neu eingestellte erhielten Arbeitsverträge vorgelegt, die höhere Arbeitszeiten je nach Bundesland enthielten. Die hohe Arbeitslosigkeit sorgt dafür, daß die Länder damit durchkommen.

Die TdL konnte also in Ruhe abwarten, bis sich die höheren Arbeitszeiten als (nicht tarifliche aber tatsächliche) Regelarbeitszeit durchsetzen würden.

Wenn diese Taktik trotzdem nicht voll durchgesetzt werden konnte, dann ist das dem unerwartet zähen Widerstand einiger gut organisierter Betriebe des öffentlichen Dienstes der Länder zu verdanken. In erster Linie sind hier das nichtärztliche Personal der Universitäts- und sonstigen Landeskrankenhäuser zu nennen. M. W. gab es noch nie so breite und hartnäckig durchgehaltene Arbeitskämpfe von diesen Beschäftigten. Die „Dienstleister“ entdecken offenbar die Kampfformen des Industrieproletariats. Die Streiks konnten zwar nicht offiziell oder in nennenswertem Umfang mit dem Marburger Bund und damit den Ärztestreiks koordiniert werden, doch sie fielen beabsichtigt oder auch nicht mit diesen teilweise zusammen. Der „Geburtsfehler“ der Landesorganisation Marburger Bund ist eben das Fehlen jeder Solidarität mit dem nicht-ärztlichen Personal. Doch trotzdem führte der tatsächliche zeitliche Zusammenhang bei-

der Streiks zu erheblichen Einnahmeausfällen bei den Krankenhäusern.

Die anfängliche Einigkeit der TdL ließ sich nicht lange durchhalten. Länder in denen die SPD an der Regierung beteiligt ist, distanzieren sich von der „Betontaktik“ Möllrings. Das geschah aus durchsichtigen Gründen. So ganz konnte sich die SPD doch nicht von den CDU/CSU-Hardlinern vereinnahmen lassen, die mit einem Tarifdiktat ver.di demütigen, als für die Beschäftigten nutzlose Organisation disqualifizieren und für künftige Auseinandersetzungen ausschalten wollte.

Am 19. Mai legte die TdL ein Angebot vor, das ver.di akzeptieren mußte.

Das Ergebnis

Ver.di mußte sich auf fast (Ausnahmen siehe unten) allen Gebieten auf Verschlechterungen für die Beschäftigten einlassen.

Arbeitszeit:

Ähnlich wie das Wort „Reform“ ist auch „Flexibilität“ und „Modern“ zum Synonym für Verschlechterung geworden. Die westdeutschen Länder haben nun jeweils unterschiedliche tarifliche Arbeitszeiten (siehe Grafik 3). Die ostdeutschen Länder bleiben bei der bisherigen 40 Std.-Woche.

Die Errechnungsformel für die westdeutschen Länder ist so kompliziert, daß sie wohl nur wenigen der Beschäftigten einsichtig sein wird: Aus der Anzahl der zu 38,5 Std./Woche und den zu höheren Arbeitszeiten Beschäftigten wird eine „tatsäch-

Wöchentliche Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst		
	Alte durchschnittliche Arbeitszeit	Neue durchschnittliche Arbeitszeit
Baden-Württemberg	39,05	39,45
Bayern	39,33	39,73
Bremen	38,90	39,30
Hamburg	38,76	39,02
Niedersachsen	38,98	39,38
Nordrhein-Westfalen	39,32	39,72
Rheinland-Pfalz	38,80	39,10
Saarland	38,90	39,30
Schleswig-Holstein	38,60	38,70
neue Bundesländer	unverändert bei 40 Stunden	
Hessen, Berlin	nicht in der Tarifgemeinschaft	

Grafik 3

lich festgestellte durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit“ (gewichtet) errechnet. Die Differenz zu 38,5 wird mit 2 multipliziert – aber auf 0,4 Stunden/Woche gekappt und der bisherigen durchschnittlichen Arbeitszeit/Woche zugeschlagen. Daraus ergeben sich dann die unterschiedlichen neuen Tarifarbeitszeiten je Bundesland. Sie sind durchweg – wenn auch unterschiedlich – höher als die bisherigen tariflichen Wochenarbeitszeiten und zwar um so mehr, je höher die angestrebte tatsächliche Arbeitszeit (z. B. in Bayern 42 Stunden) und die Zahl der zu diesen Arbeitszeiten Beschäftigten war. Wer mehr verlangte und bei „seinen“ Arbeitern und Angestellten durchdrückte, bekommt auch mehr an zusätzlicher Arbeitszeit (ohne Lohnausgleich). Zumindest das wird Herr Stoiber verstehen und für die Zukunft berücksichtigen.

Doch damit nicht genug der Differenzierung: Für einige Beschäftigtengruppen soll es bei der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 38,5 Std. bleiben. Wie der Zufall so spielt, handelt es sich dabei vorwiegend um die Bereiche, in denen der Widerstand am größten war. Diese wohlverdiente, d. h. erstreikte, Besserstellung geht zu Lasten der anderen Landesbediensteten. Diesen wird das Volumen der nicht erhöhten Arbeitszeit der Bereiche lt. Tabelle 1 auf die nach dem oben dargestellten Rechenverfahren ermittelten neuen durchschnittlichen Wochenarbeitszeit noch draufgeschlagen. Man fühlt sich an die „Verteilung innerhalb der Klasse“ des Wirtschaftstheoretikers Fritz Scharpf (SPD) erinnert.

Das Volumen der Arbeitszeiterhöhung je Bundesland der TdL wird also um die gewichtete Differenz der Bereiche, die bei der 38,5-Stunden-Woche bleiben, erhöht.

Tabelle 1:

Beschäftigte die bei der 38,5-Std.-Woche bleiben

1. In ständiger Wechselschicht oder Schichtdienst
2. An Unikliniken, sonstigen Landeskliniken und -krankenhäusern, psychiatrischen Einrichtungen
3. In Straßenmeistereien, Kfz-Werkstätten, an Theatern und Bühnen, Häfen, Schleusen, Küstenschutz
4. Behinderteneinrichtungen, heilpädagogischen Einrichtungen

Man könnte dies Gerechtigkeit nennen: Wer kämpfte, hat etwas erreicht (wenn auch nur in der Verteidigung). Wer nicht kämpfte, wird bestraft. Ich halte eine solche Einstellung für sehr problematisch. Nicht überall waren gemeinsame subjektive Gründe für eine Beteiligung an Abwehrkämpfen ausschlaggebend. Auch objektive Faktoren spielten vor allem in den Verwaltungen eine Rolle. Die Belegschaften, die tatsächlichen und potentiellen ver.di Kolleginnen und Kollegen werden aufgespalten. Für eine bessere Organisation in der Zukunft sind das keine guten Voraussetzungen. Die Gewerkschaften sahen sich bisher als die Interessenvertretung aller Arbeit“nehmer“. Wollen sie sich davon wirklich verabschieden?

Beamte werden nach den Bestimmungen des jeweiligen Bundeslandes arbeiten müssen. In Bayern z. B. 42 Std./Woche.

Lohn:

Es wird **3 Einmalzahlungen** geben: Im Juli 2006 zwischen 50,- und 150,- Euro je nach der Eingruppierung in die 15 Entgeltgruppen. Die in

den unteren Gruppen Beschäftigten erhalten mehr, die in den oberen weniger.

Nach dem gleichen Prinzip werden im Januar 2007 zwischen 60,- und 310,- Euro und im September 2007 zwischen 100,- und 450,- Euro bezahlt.

Auszubildende, Praktikanten, Pflegeschülerinnen und -schüler bekommen zu den gleichen Terminen je 100,- Euro. Die Einmalzahlungen sind nicht tabellenwirksam.

Der bisherige Bundesangestelltentarif entfällt. Es gelten einheitliche Entgeltgruppen für Arbeiter und Angestellte (siehe Tabelle 2).

Ab 1.1.2008 erfolgt eine **tabellenwirksame Lohnerhöhung** um 2,9%.

Es gibt 2 Gruppen für die **Jahressonderzahlung** (statt des bisherigen Urlaubs- und Weihnachtsgeldes). In der ersten bestimmt der neue Tarifvertrag für Beschäftigte, die vor dem 30. 6. 2003 eingestellt wurden und die tarifliche Nachwirkung beanspruchen können (also Organisierte) folgendes: Sie erhalten zwischen 35 % und 95 % des durchschnittlichen monatlichen

Tabelle.com TV-Länder
Tabelle 2

Tabelle TV-Länder (Tarifbereich Ost entsprechend jeweiliger Anpassungssatz, nur Zeit 92,5 v.H.)						
Entgeltgruppe	Grundentgelt		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
		nach 1 Jahr	nach 3 Jahren	nach 6 Jahren	nach 10 Jahren	nach 15 Jahren
15	3.354	3.750	3.900	4.400	4.700	
14	3.060	3.400	3.600	3.900	4.300	
13	2.817	3.130	3.300	3.670	4.000	
12	2.520	2.800	3.000	3.350	3.600	
11	2.430	2.700	2.900	3.200	3.430	
10	2.340	2.600	2.800	3.000	3.300	
9	2.081	2.300	2.410	2.750 ¹⁾	2.900	
8	1.920	2.140	2.240	2.500	2.630	2.800
7	1.800	2.000	2.130	2.330	2.500	2.570
6	1.704	1.880	2.000	2.150	2.320	2.380
5	1.600	1.770	1.970	2.080	2.150	2.180
4	1.500	1.700	1.800	1.970	2.040	2.080
3	1.370	1.700	1.800	1.800	1.940 ²⁾	1.990
2	1.440	1.610	1.660	1.710	1.820 ³⁾	1.830
1	Ja 6 Jahre	1.280	1.310	1.340	1.360	1.440

1) Endstufe für Arbeiter der LGr 9; Stufe 4 nach 7 Jahren in der Stufe 3
 2) Endstufe Ang./b BAT ohne Aufstieg und Aufsteiger Vb aus Vb BAT; Stufe 3 nach 6 Jahren in der Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in der Stufe 3
 3) Endstufe für Arbeiter der LGr 2 mit Aufsteigen nach LGr 2a und LGr 3 und Angestellte VGr VII BAT mit und ohne Anwartschaft auf Aufstieg nach VGr, VII BAT
 4) Endstufe für Angestellte VGr, X BAT mit Aufsteigen nach VGr, IOb BAT, sowie Arbeiter LGr 1 mit Aufstieg nach LGr 1a

Entgelts ohne Zuschläge und Überstundenentgelt des 2. Halbjahrs. Für Ostdeutschland gelten zwischen 30% bis zu 71,5%, wobei in West und Ost die unteren Entgeltgruppen prozentual höhere Sonderzahlungen bekommen als die oberen Gruppen.

Für das Jahr 2006 wird das bisherige tarifliche Urlaubsgeld letztmalig bezahlt.

Die 2. Gruppe sind diejenigen, die vom Tarif abweichende Arbeitsverträge bis zum Inkrafttreten des neuen Tarifvertrags unterschrieben haben. Sie erhalten deutlich weniger. Für 2006 richtet sich die Sonderzahlung ggf. nach den jeweiligen Landesregelungen. Für 2007 werden diese um 50% des Differenzbetrags zu den Sonderzahlungen der 1. Gruppe aufgestockt. Ab 2008 erst erhalten sie die gleiche Jahressonderzahlung wie die 1. Gruppe.

Künftig neu Eingestellte werden mit der Gruppe 2 gleich behandelt.

Neu eingeführt wird ein Leistungsentgelt. Die Zielgröße (das meint wohl den höchstmöglichen Betrag) soll 8% des Monatsentgelts des Vorjahres betragen und monatlich ausbezahlt werden. Das Gesamtvolumen soll insgesamt 1% der Vorjahresentgelte betragen.

Es gibt Öffnungsklauseln für Universitätskliniken, für Lehrer, Ärzte in der unmittelbaren Patientenversorgung und wissenschaftlich Tätige in Hochschule und Forschung. Sie regeln im allgemeinen spezifische Arbeitsbedingungen (z. B. Bereitschaftsdienste) in diesen Bereichen.

Auszubildende müssen nach erfolgreicher Abschlußprüfung für mindestens 12 Monate übernommen werden, wenn nicht personenbedingte Gründe dagegen sprechen oder ein Betrieb oder eine Verwaltung über Bedarf ausgebildet hat.

Die Laufzeit des Tarifvertrags gilt bis zum 31. 12. 2009.

Die bisherige Meistbegünstigungsklausel soll zum frühest mög-

lichen Zeitpunkt gekündigt werden. Eine Maßregelungsklausel ist vereinbart.

Zusammenfassung

Die Gewerkschaft mußte deutlichen Verschlechterungen bei Arbeitszeit und Entlohnung zustimmen. Ob die Einmalzahlungen plus tabellewirksame Erhöhung um 2,9% auch nur die offizielle Inflationsrate ausgleichen werden, erscheint sehr unwahrscheinlich. Die durchschnittliche Teuerung die sich für gering verdienende Lohnabhängige stärker



als der Durchschnitt auswirkt, beträgt z. Zt. 2%. Eine Verringerung ist kaum zu erwarten.

Die Arbeitszeitverlängerung wird weiterem Arbeitsplatzabbau Vorschub leisten.

Das Ergebnis ist nicht allein auf die Kräfteverhältnisse zurückzuführen sondern auch auf eine falsche Strategie, die sich offenbar darauf verließ, daß die Bundesländer mehr oder weniger auf Grundlage des Tarifvertrags für Bund und Gemeinden abschließen würden und die das auch noch durch die Meistbegünstigungsklausel festschrieb. Das war naiv.

Ob diese Klausel tatsächlich durch die Indexregelung ausgeschlossen ist, halte ich für fragwürdig. Was will ver.di tun, wenn eine oder mehrere Kommunen die für ihr Bundesland gültigen längeren Arbeitszeiten übernehmen will?

Daß die Bundesländer in der TdL ihre Ziele nur

teilweise durchsetzen konnten, ist vor allem auf die Standhaftigkeit der Streikenden und die wohl nicht erwartete Ausdehnung und Dauer der Streiks zurückzuführen. Daneben dürfte auch eine Rolle spielen, daß bei den von Streiks Betroffenen viel Verständnis und Sympathie bestand. Auch die Medien, die anfangs erwartungsgemäß feindlich reagierten („nur“ 18 Minuten pro Woche und so eine Aufregung) kamen nicht umhin auch zustimmende Meinungen, z. B. von Patienten in Krankenhäusern zu Wort kommen zu lassen.

Die Aufsplitterung der Tariflandschaft im öffentlichen Dienst, die Unübersichtlichkeit der Bestimmungen haben deutlich zugenommen. Das wird künftige Tarifaufinandersetzungen erschweren.

Proteste größeren Ausmaßes von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen gegen den Abschluß sind mir bisher nicht bekannt geworden. In der Tarifkommission von Nordrhein-Westfalen gab es gerade mal 4 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen. Das mag für ver.di viel sein, aber es dürfte kaum reichen, eine Änderung der Gewerkschaftspolitik zu erzwingen. Die Lohnabhängigen finden sich z. Zt. damit ab, bestenfalls Abwehrerfolge zu erreichen. Von einem aktiven Kampf, von der Einsicht in die Notwendigkeit der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital entgegenzutreten, ist die Masse der Arbeiterklasse – auch im öffentlichen Dienst – weit entfernt.

Der Lernprozeß muß noch lange anhalten.

Stand: 30. 5. 2006



Uruguay Teil einer linken Achse Lateinamerikas?

Anlässlich eines Treffens der 25 Regierungschefs der EU mit ihren 33 Kollegen aus Lateinamerika Mitte Mai dieses Jahres in Wien (EU-Lateinamerika-Gipfel) registrierten die Medien ein gewachsenes Selbstbewusstsein der Repräsentanten aus dem Süden. Die Süddeutsche Zeitung titelte: „Lateinamerikas Linksruck weckt Interesse und Argwohn“. Und Peter Burghardt, Südamerikakorrespondent eben dieser Zeitung meinte, Europa schaue „interessiert, fasziniert oder irritiert“ auf bestimmte Regierungschefs. (SZ v. 11.5.06).

Als kürzlich der deutsche Außenminister Steinmeier in Süd-



amerika weilte, stattete er den Regierungen von Chile, Argentinien und Brasilien seinen Antrittsbesuch ab. Das sind genau die Länder Südamerikas mit den größten Absatzmärkten für deutsche Waren. Den Abstecher nach Uruguay – Umstände hätte es kaum verursacht – ersparte er sich, schließlich hat er eines der bedeutendsten Metropolenländer zu vertreten. Es geht bei Besuchen dieser Art vorwiegend um Außenhandelsbeziehungen. Große Länder bieten große Märkte. Kleine Länder können gelegentlich mit wichtigen Rohstoffen aufwarten oder mit einer strategisch günstigen Lage.

Uruguay mit etwa der Hälfte der Fläche des heutigen Deutschlands und einer Einwohnerzahl, die mit 3,4 Millionen nicht einmal der Oberbayerns entspricht, hat so gut

wie nichts davon. In den Tagesnachrichten unserer Medien, der staatlichen wie der privaten, kommt das Land nicht vor. Einfach zu wenig spektakulär, was sich dort ereignet.

Auch in der deutschen Linken werden die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Uruguay kaum zur Kenntnis genommen. Und wenn, sind es nur wenige Journalisten, die zwischen dem südlichen Amerika und Berlin pendeln und Informationen, oft aber schon komplette Einschätzungen liefern.

Von den Einschätzungen soll hier einiges hinterfragt werden. Es geht mir darum, auf Widersprüche hinzuweisen und insgesamt mehr solidarische Ernsthaftigkeit einzufordern.

Damit ist ausdrücklich nicht der in den dreißiger Jahren aus Deutschland geflüchtete jüdische Antifaschist und Kommunist Ernst bzw. Ernesto Kroch gemeint, der trotz fortgeschrittenen Alters (89) regelmäßig, ausführlich, unaufgeregt und sehr hintergründig über Uruguay berichtet: Und zwar aus der Sicht eines Aktivisten dieser Linken, an deren Entstehung und Entwicklung er unter Einsatz seines Lebens (während der Militärdiktatur) tatkräftig mitgearbeitet hat. Dass er bereits 1932, also kurz vor der Machtübergabe an die deutschen Faschisten Mitglied der Kommunistischen Jugend Opposition (KJO), der Jugendorganisation der KPO, geworden war, soll nicht unerwähnt bleiben. (Exil, S.40,41)

Manche Linke unter uns, die sich in den Sechzigern und zu Beginn der Siebziger politisierten, blickten damals mit besonderem Interesse auf das südamerikanische Land, weil dort eine lange recht erfolgreiche Stadtguerilla, die MLN-Tupamaros, mit spektakulären Aktionen auf sich aufmerksam machte.

Manche waren im Gefolge der sich fraktionierenden bundesdeutschen Studentenbewegung so vom Stadtguerillakzept der Tupamaros angetan, dass sie es unhinterfragt auch in hiesigen Gefilden meinten umsetzen zu können. So tauchten

Ende der 60er Jahre die „Tupamaros West-Berlin“ auf und machten durch einige Bombenanschläge auf sich aufmerksam. Bekannter wurden aber Gruppierungen wie die RAF und die „Bewegung 2. Juni“, die in Verkennerung der realen Kräfteverhältnisse u.a. auch auf Taktiken der Tupamaros zurückgriffen. Im Unterschied zu diesen bundesrepublikanischen Nachahmern gelang es den Tupamaros nach den bitteren Erfahrungen der Militärdiktatur, sich neu in die Linke des Landes einzubringen und auch heute wieder eine bemerkenswerte Rolle zu spielen.

Aktuell ist der bewaffnete Kampf für die uruguayische Linke kein Thema, denn mit dem Oktober 2004 erlebte diese Linke einen parlamentarischen Durchbruch, der sie im Bündnis mit fortschrittlichen Teilen der Bourgeoisie zur stärksten politischen Kraft werden ließ.

Das Ergebnis der Wahl fasste der Historiker Dieter Schonebohm in einer Einschätzung für das „Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg“ wie folgt zusammen:

„Wende in Uruguay: historischer Wahlsieg der Linken

Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Uruguays vor 174 Jahren haben die beiden traditionell dominierenden Parteien, Partido Colorado und Partido Nacional oder Blanco, die Macht verloren. Das siegreiche Linksbündnis Encuentro Progresista-Frente Amplio-Nueva Mayoría konnte am 31. Oktober 2004 die absolute Mehrheit der Sitze in beiden Kammern des Parlaments erringen, während sein Kandidat, Tabaré Vázquez, bereits im ersten Durchgang zum Präsidenten gewählt wurde.“ (S.225)

Auch die Zeitschrift *ila* verwendet in der Überschrift eines Artikels von Ernesto Kroch den Begriff „Der historische Wahlsieg“. (*ila* 280)

Stefan Thimmel dagegen hängt in der *Jungle World* den Vorgang etwas tiefer, indem er schreibt: „In Uruguay hat das linke Wahlbündnis einen Sieg errungen.“ (47/2004)

War es nun ein historischer Sieg oder nur ein Sieg, ein Wahlsieg eben, eher ein singuläres Ereignis? Für die

Beantwortung dieser Frage ist ein Blick auf die Geschichte Uruguays unerlässlich.

Ausrottungspolitik und Großgrundbesitz

Das Land verbindet mit den anderen Ländern des Kontinents der Großgrundbesitz und die Abhängigkeit von imperialistischen Großmächten. Es unterscheidet sich durch das Fehlen einer indianischen Urbevölkerung, die wenige Jahre nach der Unabhängigkeit aus ökonomischen Gründen ausgerottet worden war. Da die Charrua-Indios keinen Begriff von Privateigentum hatten, waren sie nicht in die halb-feudale Viehzüchtergesellschaft zu integrieren.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde das gesamte Land den Interessen des britischen Imperialismus untergeordnet. Riesige Viehherden bevölkerten das Hinterland, wurden via Eisenbahn in den Hafen von Montevideo verbracht, dort auf britische Schiffe verladen und in die Schlachthöfe Englands verschifft. So profitierten von Anfang an die Großgrundbesitzer und die städtische Bourgeoisie, die vor allem in der Hauptstadt Montevideo die Geschäfte der britischen Gesellschaften verwaltete. Vor allem das Landproletariat ging leer aus. Gelegentliche Armutsrevolten wurden mit größter Brutalität niedergeschlagen. Ein ländlicher Mittelstand hatte in dieser Aufteilung in den meisten Gegenden keine Entwicklungsmöglichkeit.

Die Interessensgegensätze zwischen den Großgrundbesitzern und der städtischen Bourgeoisie führten über Jahrzehnte zu Bürgerkriegen (*guerra grande*), die allmählich in ein zwei-Parteien-System einmündeten: Die Colorado-Partei, die das städtische Bürgertum und die aufstrebende Industriebourgeoisie (mit Schwerpunkt Montevideo) vertrat. Und die Blanco-Partei, Interessenvertretung der ländlichen Oligarchie. Die politische Machtverteilung, die bis in die Strukturen der staatlichen Bürokratie genauestens geregelt war, führte schließlich zu einem stabilen System, aus dem zu Beginn des 20. Jahrhunderts „Unter der Führung sukzessiver, mit Ausnahme der Jahre 1933-38 weitgehend dem weltanschaulichen

Liberalismus verpflichteter Colorado-Regierungen ..eine stabile Demokratie“ entwickelt wurde, „deren Basis durch einen zunehmenden wirtschaftlichen Protektionismus, eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung und eine starke Systemloyalität der Bevölkerung abgesichert wurde.“ (Schonebohm,S.228)

Kroch präzisiert: „In allen staatlichen und kommunalen Institutionen und Unternehmen wurde deren Leitung zwischen Wahlsiegern und Wahlverlierern im Verhältnis 3 zu 2 aufgeteilt. Dieses System der Macht und Beamtenaufteilung vom untersten Hilfsarbeiter bei der Müllabfuhr bis zum Generaldirektor der Staatsbank führte zu einem korrupten Klientelismus – eine Anstellung gegen eine Wahlstimme – und einer Hypertrophie der Staatsbürokratie, aber auch zur Stabilität der Demokratie.“ (Kroch,2006, S.62)

Erster und zweiter Weltkrieg beförderten die Nachfrage nach Fleisch, Wolle und Leder. Für Uruguay eine lange Atempause, die mit dazu beitrug, dass extensive Viehzucht der Latifundien und unrentable Kleinstbetriebe keine wesentlichen Strukturveränderungen erfuhren und eine Stagnation der Produktivität im Agrarbereich zur Folge hatten. Parallel zur Stabilisierung des vorher beschriebenen politischen Systems fand in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine Ablösung des britischen durch den US-Imperialismus statt. In Montevideo breiteten sich große Gefrierfleischfabriken in US-amerikanischem Besitz aus. Importsubstituierende Industrien trugen zur Entwicklung einer zahlenmäßig immer bedeutenderen Arbeiterklasse mit Schwerpunkt Montevideo bei. Noch konnte das System die Lohnabhängigen durch weitgehende Zugeständnisse ruhigstellen.(z.B. 8-Stundentag, Altersrente ab 60 etc.) Das alles änderte sich erst, als Westeuropa die Folgen der Weltkriege überwunden, eine hoch rationalisierte Landwirtschaft entwickelt hatte und zusammen mit den beiden anderen bestimmenden Wirtschaftsmächten USA und Japan begann, international eine immer offensivere Handelspolitik zu betreiben. Der neuen Situation waren Länder wie Uruguay nicht gewachsen. Aus einer aktiven Handelsbilanz wurde eine pas-

sive. Anleihen bei ausländischen Banken mussten mit Dollars bedient werden, die nur über eine stärkere Exportorientierung zu beschaffen waren. Der Binnenmarkt wurde vernachlässigt. Seit 1960 diktierte der Internationale Währungsfonds zunehmend und immer rigider die Spielregeln. „Die einsetzende Schulden Spirale führte zu einer Inflationsrate, die in manchen Jahren mehr als 150 Prozent betrug“ und eine „brutale Entwertung der Löhne und Gehälter“ zur Folge hatte. (Kroch S.61)

Die Linke

In der Situation kam der Linken, die bis zu diesem Zeitpunkt bei Wahlen nie eine bedeutende Rolle gespielt hatte, zugute, dass sie schon frühzeitig ihre Energie mehr zum Aufbau von Gewerkschaften und schließlich 1966 zur Gründung des Dachverbandes *Convention Nacional de Trabajadores (CNT)* verwendet hatte. Die Erfahrung, dass ein rein ökonomischer Kampf bei einer entsprechend hohen Inflationsrate nicht mehr ausreichend war, führte dazu, dass „Strategie und Programm der neuen Zentrale auf eine radikale Veränderung der Gesellschaft“ zielten. (Kroch,S.64)

Die Orientierung auf eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung war für die KP Uruguays erst möglich, nachdem im Gefolge einer Entstalinisierung 1954 der Vorsitzende abgesetzt und programmatisch ein Neuanfang gemacht worden war, der auf die Einheit „der Gewerkschaftsbewegung und aller linken Parteien“ in den Mittelpunkt stellte..

Ein weiterer Faktor, der zum Aufschwung der Linken in Uruguay beigetragen hatte, war die kubanische Revolution 1959. Das Jahr 1968 – Che Guevara war 1967 in Bolivien erschossen worden – sollte für die uruguayische Politik einen Wendepunkt markieren. Der „liberale“ Colorado Präsident verfügte kurz bevor eine Lohnangleichung an die Inflation fällig war, das Einfrieren von Löhnen und Preisen und rief in Erwartung härterer gewerkschaftlicher Kampfmaßnahmen den Ausnahmezustand aus. Diese Selbstdemaskierung bürgerlicher Herrschaft führte zum Rücktritt eines Teils des Kabinetts, das anschließend mit Bankiers aufge-

füllt wurde. In den Jahren bis 1973 verschärften sich die Angriffe der Bourgeoisie auf die Lebensbedingungen der Lohnabhängigen und Teilen der Mittelschicht in dramatischer Weise, was aber nicht dazu führte, dass dadurch die Volkswirtschaft stabilisiert werden konnte. Klassenbewussten Gewerkschaften unter linker Führung gelang es punktuell erfolgreich, den Angriffen des Kapitals Widerstand entgegenzusetzen. Es soll aber bereits zu Beginn der 70er Jahre 20 000 politische Gefangene gegeben haben (vgl. Rosencof, Hundeleben, 1990 S.45).

Die Landarmut und die bewaffneten Gruppen

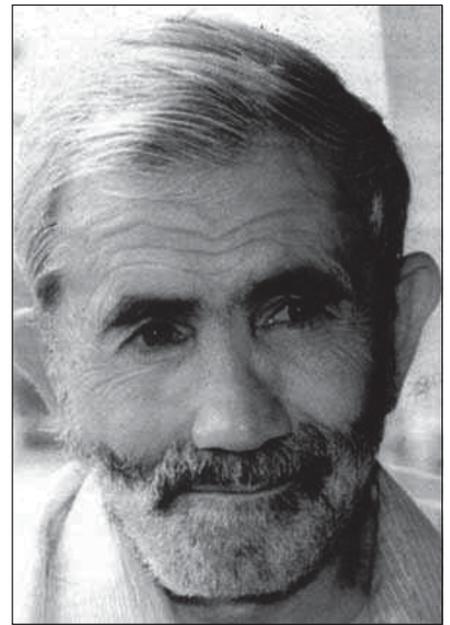
War bisher die Rede von der Linken, war damit vor allem die Traditionslinie der Sozialistischen und Kommunistischen Partei gemeint. Es gab natürlich auch andere linke Gruppierungen („dieser ganze Zoo...“, Huidobro, Tupamaros, 1992, S.84) Dieter Schonebohm schreibt: „Eine Konsequenz der zunehmenden Armut auf dem Land war die Entstehung der Guerillabewegung der Tupamaros...“ (S.229) Ganz anders hatte E. Kroch noch 1990 die Entstehung der bewaffneten Gruppen erklärt: „Ein Ausdruck der Radikalisierung des Mittelstandes – eine Mischung aus revolutionärer Ungeduld und Elitedenken – war die Stadtguerilla der Tupamaros, die allerdings, ohne Rückhalt im Volk, in eine Sackgasse führte und führen musste.“ (S.132) Offensichtlich kommt er heute zu einer deutlich anderen Einschätzung, wenn er in der aktuellen PROKLA - Ausgabe schreibt: „Aber die Wirtschaftskrise und der Zerfall der uruguayischen Demokratie hatte noch eine andere radikalere Reaktion hervorgerufen: diejenigen, die den Ausweg im bewaffneten Kampf sahen....Die bedeutendste, der MLN..., die als Tupamaros bekannt wurden, fand Mitte der 60er Jahre mit ihren Robin-Hood-Aktionen die Sympathie weiter Bevölkerungskreise.“ Vielleicht ist es der Altersweisheit geschuldet, dass Kroch sein Vorurteil revidierte. Es gibt inzwischen eine recht umfangreiche Literatur, verfasst von führenden Aktivisten der MLN - Tupamaros, in der bewundernswert selbstkri-

tisch die Entwicklung der Guerillabewegung reflektiert wird. Diese Etappe ist ein wichtiger Teil der Geschichte der uruguayischen Linken, einer Geschichte, die aus bitteren Niederlagen und bedeutenden Erfolgen besteht. Und die Erfolge waren nicht zuletzt das Ergebnis von Lernprozessen aus den Niederlagen.

Die Antwort des Staates auf die „Gefahr“ von links

Zu Beginn der 70er Jahre geriet die bürgerliche Herrschaft in mehrfacher Hinsicht in Bedrängnis: Die ökonomischen Daten verschlechterten sich weiterhin, viele KämpferInnen der bewaffneten Linken waren zwar in Haft, ihre Organisation aber noch nicht besiegt und die Linke war als Teil einer klassenbewussten Arbeiterschaft insgesamt im Wachsen begriffen.. 1971 vereinigten sich linke Gruppen, Parteien und Basiskomitees zur Frente Amplio (FA). Noch im gleichen Jahr erhielt die FA bei den Parlamentswahlen 18% der Stimmen, in Montevideo gar 30%. Daraufhin beseitigten im Juni 73 Generäle in einem Staatsstreich alle Möglichkeiten demokratischer Einflussnahme. Parteien und Gewerkschaften wurden verboten, das Parlament aufgelöst. Alle Linken wurden verfolgt, was dazu führte, dass 400 000 UruguayerInnen das Land fluchtartig verließen und jede 54. UruguayerIn inhaftiert war. Uruguay hatte zu dieser Zeit weltweit die höchste Zahl politischer Häftlinge. Die neun gefangenen Commandantes der Tupamaros, darunter der schwerverletzte Raul Sendic, wurden zu Geiseln erklärt und für beinahe 12 Jahre in totaler Isolationshaft gehalten.

Zu den Geiseln gehörte auch der heutige Landwirtschaftsminister Jose Mujica. Wenn ein gewisser Thadeus Paton im RSB - Organ Avanti 2004 schrieb „Mujica sitzt seit fünf Jahren im Parlament auf einem Senatorensessel und ist der zweitbeliebteste Politiker des Landes. Joschka Fischers gibt es auch in Uruguay“ ist das im Hinblick auf die Biographie Mujicas eine Unverschämtheit und unter Linken nicht mehr als politische Meinung zu tolerieren. Während die Generäle vollauf mit flächendeckender Repression beschäftigt waren, bestimmte ein Wirtschaftsrat aus Ban-



Raul Sendic, legendärer Führer der MLN Tupamaros, gestorben 1989 an den Folgen der Haftbedingungen

kiers und Vertretern von Großunternehmen die Richtlinien für eine neue Wirtschaftspolitik, die heute gemeinhin als neoliberal bezeichnet wird. Ähnlich verlief die Entwicklung in den benachbarten Andenstaaten Chile (Militärputsch im September 1973) und Argentinien (Militärputsch im März 1976). Auch dort wurden die organisierte Arbeiterbewegung und die linken Aktivisten durch Intervention von Militärs ausgeschaltet und zum Teil physisch liquidiert, damit das Kapital optimale Akkumulationsbedingungen erreichen konnte. In Uruguay kam es in den ersten Jahren der Diktatur zu einer leichten wirtschaftlichen Entspannung. „Eine keine 5 Jahre währende Konjunktur erhöhte das Bruttoinlandprodukt, den Export, die Gewinne, aber auch die Inflation, während die Löhne fielen, die Handelsbilanz passiv blieb und somit die Auslandsschulden weiter anstiegen (in drei Jahren um 58%).“ (Kroch, S.68) Das war's aber dann auch schon. Die Vorgaben des IWF konnten nicht eingehalten werden, eine Verschärfung des neoliberalen Kurses brachte letztlich „die Industrie zum Erliegen, ausländische Waren überschwemmten den Binnenmarkt und die Arbeitslosenquote stieg de facto auf 25% (ebenda). Im November 1980 fiel der Peso in wenigen Tagen ins Bodenlose, was „der erste offizielle Bankrott des neoliberalen Modells“ war. Trotz fortgesetz-

ter Repression gelang es zu Beginn der 80er Jahre den Widerstand in verschiedenen Sektoren der Gesellschaft zu entwickeln. Letztlich konnte den Militärs 1984 die Wiederzulassung der bürgerlichen Politikformen – einschließlich Wahlen – abgerungen werden. Weitgehend unverändert fortgesetzt wurde unter den folgenden bürgerlich-demokratischen Regierungen die bisherige Wirtschaftspolitik. Zu Beginn der 90er Jahre sollten auf Empfehlung des IWF die rentabelsten Staatsunternehmen privatisiert werden, was jedoch durch ein Plebiszit verhindert werden konnte. Noch heute beklagt sich das Berliner Auswärtige Amt im aktuellen „Länderbericht Uruguay“: „Die Forderung nach umfassender Privatisierung von Staatsunternehmen wird angesichts der ausgeprägten „Angst“ vor dem Ausverkauf des Staates teilweise mit Unverständnis aufgenommen und als Beweis dafür gesehen, dass der IWF noch immer nicht gelernt habe, auf die Besonderheiten der Partnerländer einzugehen. Laut Umfragen sind 34% der Bevölkerung der Meinung, alle Staatsunternehmen sollten in staatlicher Hand bleiben, 1995 waren es 22%. 63% der Bevölkerung sind der Ansicht, die staatlichen Unternehmen sollten ganz oder überwiegend in Staatseigentum bleiben, nur 5% sind für eine vollständige Privatisierung.“

Hätte sich damals die Bevölkerung nicht massiv gegen diese Privatisierungsabsichten zur Wehr gesetzt, wären die Handlungsmöglichkeiten für die gegenwärtige FA-Regierung noch eingeschränkter als sie es eh schon sind.

Finanzparadies als Ausweg?

Was fiel den uruguayischen Finanzexperten noch ein? Uruguay sollte ein Finanzparadies werden. Mittels einer Hochzinspolitik wurde ab 1985 spekulatives Kapital ins Land geholt. Verbunden damit war ein deutlicher Anstieg des Imports von Waren, die vorher im Lande selbst erzeugt worden waren. Das Ende der Geschichte war ein Bankrott des anvisierten Finanzparadieses. Die Auslandsschulden, die 1985 etwa 5 Milliarden Dollar betragen hatten, waren um 280% gestiegen. 20 Jahre nach dem Desaster vom Anfang der 80er

Jahre folgte das nächste Fiasko, mit dem Unterschied, dass sich die Verluste verdreifacht hatten. „Ohne die Unterstützung des US-Schatzamt und des IWF hätte das Land wie zuvor Argentinien seine Zahlungsunfähigkeit erklären müssen.“ (Schonebohm, S.232) Kroch beschreibt die Folgen: „Eine Verelendung setzte ein, wie sie das Land vorher nicht gekannt hatte, Kinder verhungerten. Wären nicht an die 500 Volksküchen gewesen, von der Solidarität der noch etwas besitzenden Mitbürger beliefert und von freiwilligen Helfern organisiert, Zehntausende wären verhungert. Damals nahmen Kinos, Theater, Sportveranstaltungen als Eintrittsgeld 1 kg Reis, Nudeln oder andere Lebensmittel.“ (S.73) Und das in einem Land, als einmal als die Schweiz Südamerikas gegolten hatte. Eine wachsende Schicht der ökonomisch Ausgegrenzten war entstanden, GelegenheitsarbeiterInnen, MüllsammelerInnen, StraßenhändlerInnen. Alle in prekären Verhältnissen ohne soziale Absicherung lebend. Die Situation wies große Ähnlichkeiten mit der Lage der Bevölkerung im benachbarten Argentinien auf, wo es in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts tatsächlich zu einem ökonomischen Kollaps gekommen war. Auf der politischen Ebene gab's aber wesentliche Unterschiede. Während sich in Argentinien keine parlamentarisch relevante Linke entwickelte (die Diktatur hatte hier ganze Arbeit geleistet), konnten in Uruguay die linken Organisationen in der Nachdiktaturzeit ihren Einfluss kontinuierlich ausbauen. Erkennbar ist das an den Wahlergebnissen der Frente Amplio: 1985: 18%, 1989: 21%. 1994: 30%, 1999: 40%.

Montevideo: Experimentierfeld der Linken

Noch aufschlussreicher ist der Blick auf die Hauptstadt Montevideo, wo es der FA 1989 gelungen war, die Provinzregierung zu übernehmen und seither ihre Wahlergebnisse konstant steigern konnte. Der Wahlsieg von 2004 mit landesweit 50,45% bei einer wegen gesetzlicher Wahlpflicht extrem hohen Wahlbeteiligung wäre ohne das Beispiel Montevideo nicht möglich gewesen. 15 Jahre Regierung der Linken in der Provinz Montevideo brachte den Bürgern sichtbare

Ergebnisse in Verbindung mit einem partizipativen Ansatz: Prioritäten des Haushaltsplans wurden in Bürgerversammlungen gesetzt und erst anschließend wurde er ausgearbeitet, ein Vorgang, der von der Opposition anfänglich als Sowjetisierung bezeichnet wurde.

Neben der Partizipation war es der Griff nach der Sozialpolitik, die es der Provinzregierung ermöglichte, die Lage vor allem der marginalisierten Bevölkerungsschichten zu verbessern. Die Bilanz von 15 Jahren Regierungstätigkeit in der Provinz Montevideo hatte einen wesentlichen Anteil am Wahlergebnis von 2004

Das breite Bündnis (Frente Amplio) oder Encuentro Progresista-Frente Amplio-Nueva Mayoría (EP-FA-NM)

Die Parlamentswahlen in Uruguay gewann nicht DIE LINKE, vielmehr war es ein Bündnis oder wie es Kroch ausdrückt, eine „Koalition von Koalitionen“. Es lassen sich (nach Schonebohm) drei große Blöcke unterscheiden:

- die von ihrer Programmatik eher revolutionär ausgerichteten Organisationen, vor allem Movimiento de Participación Popular, 26 de Marzo und Corriente de Izquierda (rund 33% der Stimmen); ihr wichtigster Vertreter ist der Senator und Tupamaro-Mitbegründer José Mujica,

- die traditionelle Linke um Sozialisten und Kommunisten (21%); der designierte Präsident Tabaré Vázquez gehört der Sozialistischen Partei an,

- und die tendenziell sozialdemokratisch orientierten Gruppierungen, besonders Asamblea Uruguay, Vertiente Artiguista, Alianza Progresista und Nuevo Espacio (rund 44%); neben dem Wirtschafts- und Finanzminister Danilo Astori zählt der Vorsitzende des Landwirtschaftsverbandes zu diesem Block.

Von Interesse ist auch ein Blick auf die Wahlergebnisse einzelner Listen innerhalb der EP-FA-NM: Die meisten Stimmen bekam mit 29,41% die von den Tupamaros geführte Allianz MPP. Die früher in der FA dominierende KP erreichte mit 6,15% eher ein bescheidenes Ergebnis.

und ermöglichte der neuen Regierung unter dem ehemaligen Intendente (Bürgermeister) und jetzigem Präsidenten Tabare Vasquez eine realistische Einschätzung dessen, was unter gegebenen Bedingungen umsetzbar ist.

Linke Regierungspolitik auf einem ökonomischen Scherbenhaufen

Die letzte bürgerliche Regierung hatte also einen Scherbenhaufen hinterlassen. Oder wie es Schonebohm eher vorsichtig ausdrückte: „Die Bilanz der Regierung ist (...) generell negativ.“ Zusätzlich bestand die reale Gefahr, dass zwischen dem Wahlsieg im Oktober und der Regierungsübernahme eine politisch inszenierte Kapitalflucht die Bedingungen für die neue Regierung noch weiter verschlechterte. Die Kapitalflucht konnte nicht zuletzt dadurch verhindert werden, dass der bis in konservative Kreise hinein respektierte Wirtschaftswissenschaftler Danilo Astori schon frühzeitig für das zentrale Amt des Wirtschafts- und Finanzministers nominiert worden war. Diese Benennung war andererseits nicht unproblematisch, schließlich fungiert Astori von Anfang an als Bremser innerhalb der Regierung. Positiv zu Buche schlägt für die neue Regierung ein staatlicher Unternehmenssektor, der 20 % des Bruttosozialprodukts erwirtschaftet und Interventionsmöglichkeiten für eine linke Regierung bietet (u.a. Ausbildungsplätze etc).

Herausforderung IWF

Eine der ersten und härtesten Herausforderungen für die Regierung der FA war die Verhandlung mit dem IWF. Dabei galt es vor allem, für die Umsetzung eines sozialen Notprogrammes, das mit jährlich 100 Mio Dollar berechnet war, Handlungsspielraum zu bekommen. Aber warum forderte die neue Regierung nicht ein Schuldenmoratorium, eine Forderung, die bereits im FA-Programm von 1971 stand? Kroch bezeichnet diese Forderung als „heutzutage nicht realisierbar. Erstens liegen die Währungsreserven des Landes in den Kellern nordamerikanischer Banken und auch die Exporte könnten bei der

Ankunft in ausländischen Häfen gepfändet werden.“ Erreicht werden konnte lediglich der „Aufschub der Tilgungen um zwei Jahre und die Reduzierung des Etatanteils für Zinszahlungen von 4,2% auf 3,5% im ersten Haushaltsjahr. Für Kroch „eine Atempause, die Situation“ sei „aber immer noch beklemmend“. (S.64) Die Regierung konnte also mit der Umsetzung des Notprogrammes mit folgenden sechs Schwerpunkten beginnen: Sicherstellung einer angemessenen Ernährung von gefährdeten Gruppen, Gewährleistung der primären Gesundheitsversorgung durch verbesserte Nutzung bestehender Ressourcen, Ausweitung des Kindergeldes auf arbeitslose Mitglieder der staatlichen Sozialversicherung, Stärkung der Vor-, Grund- und weiterführenden Schulen in sozialen Spannungsgebieten, Gewährung von Geldleistungen an Familien mit Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, die durch Arbeitsleistungen abzugelten sind, und schrittweise Einführung einer sogenannten Integrationshilfe an besonders bedürftige Personen, die im Gegenzug z.B. Alphabetisierungskurse belegen oder den Schulbesuch ihrer Kinder sicherstellen müssen. (Schonebohm 233) Mit der Umsetzung des *Nationalen Notstandsplans zur Bekämpfung der Armut* wurde das neu geschaffene Ministerium für Politik und soziale Beteiligung betraut. Geleitet wird es von den beiden KP-Frauen Marina Arismendi und Ana Maria Olivera. Verzögerungen in der Ausführung sind auf fehlende Unterlagen zurückzuführen. Bewohner der Elendsviertel bewegen sich in den Ländern der sog. 3. Welt zumeist außerhalb staatlicher Verwaltung.

Weitere Schwerpunkte der neuen Regierung sind:

- Senkung der Arbeitslosigkeit und Schaffung von regulären Arbeitsplätzen für die über 40% Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen;
- die Lenkung von spekulativem Kapital in die Produktion mit Schwerpunkt bei kleinen und mittleren Unternehmen;
- die Senkung der extrem hohen Mehrwertsteuer von 23% und die Einführung einer gestaffelten Einkommenssteuer;
- die Einführung einer solidarischen Gesundheitsversicherung;

Wichtig ist auch durch die Einführung des Partizipationsprinzips die Beteiligung der Bevölkerung und der sozialen Bewegungen an den Entscheidungen der verschiedenen Ebenen.

Bilanz nach einem Jahr FA-Regierung?

Die sozialdemokratische Friedrich Ebert Stiftung attestierte bereits im August der „progressiven“ Regierung einen „Einstieg nach Maß“ und eine positive Gesamtbilanz, wobei einschränkend zu berücksichtigen ist, dass Präsident Vasquez eine Nähe zur Stiftung nachgesagt wird (lt. Willy Hüter, uz 19.8.05) Ernesto Kroch verwies etwa zur selben Zeit auf Meinungsumfragen, die von einer Zustimmung der Bevölkerung von 70% ausgingen. Tatsächlich erzielte die FA bei den Regionalwahlen zwei Monate nach der Regierungsübernahme ein „traumhaftes Ergebnis“ (FES, Wachendorfer, S.3)). Folgt man aber Stefan Thimmel, der die uruguayische Entwicklung für linke Publikationen wie *Jungle World*, *iz3w* (Freiburg), *ak* u.a. beobachtet, weist die Regierungspolitik eine zunehmend negative Tendenz auf: „Dass die Bilanz nach neun Monaten Amtszeit (...) so zwiespältig ausfallen würde (...), damit hatte außer den wenigen KritikerInnen von links niemand gerechnet. Aber der Unmut wächst.“ Andererseits erkennt er Erfolge an, wenn er zugesteht, dass „schon einiges erreicht“ wurde.

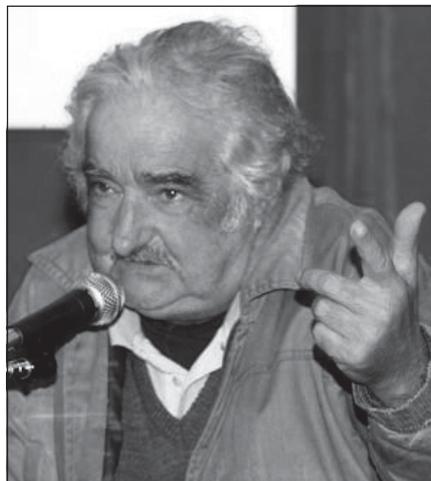
Dabei verweist er auf das Anlaufen des nationalen Notstandsplans, die deutliche Stärkung der Rechte der Gewerkschaften, die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Kuba, die Ablehnung des Freihandelsabkommens ALCA. Und manches mehr. Zum Jahrestag der Regierungsübernahme brachte Thimmel in der *iz3w* und im *ak* eine durchaus aufschlussreiche Bilanz. Beide Artikel sind streckenweise identisch, wobei Thimmel im *ak* stärker differenziert und die bisherigen Erfolge der FA-Regierung ausführlicher (somit fundierter) darstellt, um dann doch wieder zu einem deutlich negativen Resümee zu kommen. Grundlegende positive Veränderungen sieht Thimmel nach einem Jahr im Bereich der Arbeitsmarktpolitik

(leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit, Anstieg der Reallöhne um ca. 5%), in der Stärkung der Rechte der Lohnabhängigen (neues Gewerkschaftsgesetz mit weitreichendem Schutz der Gewerkschaftsmitglieder, Gründung von über 300 neuen Gewerkschaften) und in der Sozialpolitik (Auszahlung von monatl. ca. 80 USD als Bürgereinkommen an fast 10% der Bevölkerung, die Anhebung der Ausgaben für Bildung, die Entlastung der unteren Einkommen durch eine Steuerreform beginnend 2006). Er erwähnt auch Fortschritte in der Menschenrechtspolitik, die wegen der Verbrechen während der Militärdiktatur eine wichtige Rolle spielt. Der letzte Punkt ist für die Regierung besonders kompliziert, da sie letztlich vom Stillhalten der bewaffneten Macht abhängig ist. Schließlich haben führende Generäle vor Jahren schon auf die Bereitschaft zur erneuten Machtübernahme hingewiesen. Journalisten erwähnen diesen Sachverhalt in der Regel nicht. Wenn heute nicht wenige der ehemaligen politischen Gefangenen aus dem bewaffneten Widerstand in Regierung und Parlamenten sitzen (z.B. Mujica, Topolanski, Huidobro...) und politischen Einfluss ausüben, wird das vom Militär mit Argwohn verfolgt und (bis jetzt) noch geduldet – aber wie lange?

Thimmel und andere verweisen stattdessen auf die Zustimmung der Regierung zu einem gemeinsamen Militärmanöver mit den USA und zur Entsendung uruguayischer Truppen zu einem UN-mandatierten Einsatz nach Haiti. Dass aus den beiden Entscheidungen der uruguayischen Regierung nicht unbedingt ein prinzipienloses Verhalten abzuleiten ist, zeigt folgende aktuelle Meldung: „Uruguay und Argentinien wollen zukünftig keine Truppen mehr in der Militärakademie »Escuela de las Américas« ausbilden lassen. Als Grund nannten sie, dass diese US-amerikanische Militäreinrichtung eine lange Historie aufweise, die mit Episoden von Folter und sozialer Repression gespickt ist. Beide südamerikanischen Staaten beschlossen deshalb fortan keine Soldaten mehr zur Ausbildung in die Militärschule zu schicken.“ (Montevideo, 4. April 2006, ecupress, zit. Aus poonal vom 11.4.06)

Zankapfel Zellulosefabriken

In fast allen Artikeln wird der noch unter der Vorgängerregierung vertraglich vereinbarte Bau zweier Zellulosefabriken auf der uruguayischen Seite des Rio de la Plata/Rio Uruguay und die damit zusammenhängende Umweltproblematik ausführlich erörtert. Es würde hier zu weit führen, die Auseinandersetzung um dieses Projekt in ihrer ganzen Komplexität zu erläutern). Die FA hatte die Orientierung der früheren Regierungen auf großflächige Aufforstung mit Eukalyptusbäumen im Interesse der internationalen Papier- und Zellulosekonzerne immer vehement kritisiert. Der Ausstieg wäre jetzt politisch möglich. Welche finanziellen Folgen ein Vertragsausstieg für die Regierung hätte (ein Investitionsschutzabkommen besteht), wird von den journalistischen Kritikern i.d.R. nicht thematisiert. Immerhin handelt es sich um die größte Investition in der Geschichte Uruguays mit einem Volumen von 1,8 Milliarden Dollar. Dass extrem abhängigen Drittweltländern industrielle Dreckschleudern aufs Auge gedrückt werden, die in den Metropolen der Bevölkerung nicht mehr vermittelbar sind, darf inzwischen als bekannt vorausgesetzt werden. Thimmel und andere lassen sich aber von solchen Überlegungen nicht beeinflussen, schließlich – und da ist man sich ganz sicher – „geht die an den Interessen von Großgrundbesitzern und ausländischen Konzernen ausgerichtete Agrarpolitik auch unter Mujica nahtlos weiter.“ (iz3w/292/ S.29) Für die inzwischen immerhin 7000 Quadratkilometer Eukalyptusplantagen ist



Jose „Pepe“ Mujica

Mujica ja zuständig. Er wird von den journalistischen Kritikern als die große Enttäuschung hingestellt.

So war bei Gerhard Dilger, der aus Montevideo neben der taz ein breites Spektrum an Zeitungen bedient, zu lesen: „Als Gegengewicht zu Vázquez (66) und Finanzminister Danilo Astori (65), die schon vor dem Wahlsieg sehr »gemäßigt« auftraten, galt der frühere Tupamaro-Stadtguerillero José »Pepe« Mujica (71), der Landwirtschaftsminister wurde. Mittlerweile repräsentieren alle drei die »moderne« Linke, die ähnlich wie Brasiliens Präsident Lula da Silva einen monetaristischen Sparkurs durchsetzt(...)“. (Neues Deutschland, 1.3.06)

Dem kann man nur entgegenzusetzen, was das Kollektiv p.i.s.o. 16 in iz3w Ausg. April/Mai 2006, S.20 zu einer ähnlichen Herangehensweise geäußert hat: „Es gehört zu den törrichsten Mechanismen in der politischen Auseinandersetzung, komplexe gesellschaftliche Sachverhalte als persönliche Eigenschaften einzelner ProtagonistInnen zu banalisieren.“

Etikettierungen und Begriffswirrwarr

Für die weitere Debatte in der Linken in Deutschland wäre es sehr von Nutzen, wenn die politische Diskussion, die in den marxistischen Gruppierungen der FA stattfindet, für eine sachliche Meinungsbildung zur Verfügung stünde. Was ebenso fehlt, ist eine einigermaßen solide Kenntnis der Datenlage, die die Grundlage für das Handeln der FA-Regierung bildet. Etikettierungen bringen ohne sachlichen Hintergrund wenig. Günther Pohl setzt in der UZ z.B. „Die Innenpolitik der reformistischen Parteien oder Bündnisse (Chile, Uruguay)“ gleich und qualifiziert sie als „kaum weniger neoliberal als bei ihren konservativen Vorgängern.“ Das mag für Chile gelten, bei Uruguay sprechen die die wesentlichen bekannten Fakten dagegen. Nicht jede Maßnahme, die pragmatisch ist, ist gleich neoliberal. Für einen Stephan Günther, Mitarbeiter im iz3w, ist die Regierung in Uruguay „sozialdemokratisch“. Für den Verwender der Bezeichnung scheint das eine moralische Kategorie zu sein, die zu erläutern er nicht für notwendig erachtet.

Und die Redaktion der iz3w, für die „der Staatssozialismus eines Fidel Castro (...) ohnehin als Auslaufmodell.“ gilt, fasst in ihrer Lateinamerika-Schwerpunktausgabe pauschal zusammen: „Positive Einschätzungen linker Ansätze in Bolivien, Mexiko oder Venezuela treffen auf desillusionierende Bilanzen aus Argentinien, Uruguay und – Venezuela.“ Was denn nun? Eine Desillusionierung setzt das Vorhandensein von Illusionen voraus. Die Linke in Deutschland täte gut daran, die politische Entwicklung auf dem lateinamerikanischen Kontinent aufmerksam und solidarisch zu begleiten. Schnellschüsse in der Sympathiezuewendung sollten dabei vermieden werden. Vielleicht ist „der Staatssozialismus des Fidel Castro“ noch für manche Überraschung gut. Schon aktuell spricht vieles dafür. Und für die Einschätzung einzelner Maßnahmen und Entscheidungen der Regierung von Uruguay sollten wir berücksichtigen: Die Regierung eines kleinen Landes der Peripherie, nicht mit sprudelnden Ölquellen wie Venezuela oder relevanten Gas- und Ölvorkommen wie Bolivien gesegnet, im Würgegriff internationaler Finanzinstitutionen und multinationaler Konzerne, hat bei den gegenwärtigen globalen Machtverhältnissen wenig Handlungsspielraum. Das kann und darf man nicht ignorieren. Die Marxisten in der wohl mehrheitlich linksbürgerlichen uruguayischen Regierung sind in keiner beneidenswerten Situation.

„wird sie nicht die Revolution machen können...“

Schon vor 15 Jahren hatte sich E.F. Huidobro, seit einem Jahr Senator der FA, eine der ehemaligen neun Geiseln des Staates, Verfasser einer dreibändigen Geschichte der Tupamaros, während einer Rundreise durch Deutschland, weitsichtig geäußert:

„Wenn die Frente Amplio die Regierungsmacht gewinnt, oder wenn die Linke die Wahlen unter den gegenwärtigen Bedingungen gewinnt, wird sie nicht die Revolution machen können. Und wir denken außerdem nicht, dass man die Revolution machen kann, indem man Wahlen gewinnt. (...) Aber wir neh-

men trotzdem an diesem Kampf teil, so wie wir auch an Streiks für Lohn erhöhungen teilnehmen, obwohl wir nicht glauben, dass das Problem der Ausbeutung der Arbeiterklasse dadurch gelöst werden kann. (...) Wir glauben auch nicht, dass die Probleme des Elends der Bevölkerung in meinem Land, die in Elendsvierteln lebt, durch eine Gemeinschaftsküche, einen Kindergarten oder durch eine Poliklinik gelöst werden, wenn wir diese aufbauen. All dies gehört aber zu dem Kampf für unmittelbare Forderungen, und man muss diesen Kampf führen, denn ich kann gegenüber dem Hunger meines Volkes nicht gleichgültig bleiben. Es sind auch Formen, mit denen wir lernen können, uns zu organisieren und solidarisch zu sein, und es sind Kampf- formen, die uns einander näher bringen und mit denen wir Kräfte sammeln, um eines Tages die Revolution zu machen. Für uns sind die Wahlen für die Regierung in einer Stadt oder im Land eine neue Kampf- form wie jede andere auch, und wir belügen die Leute nicht, sondern wir sagen den Leuten, was wir denken. Was man damit erreichen kann, und was man nicht erreichen kann.“ (Huidobro S. 106) (Huidobro zählt auch – wie könnte es anders sein – zu den großen Enttäuschungen kritischer Beobachter.)

Wenn seit einigen Jahren das Pendel in Lateinamerika wieder nach links ausschlägt (so wird es etwa in der Süddeutschen Zeitung salopp formuliert), eine mehr oder weniger linke Achse erkennbar wird, die Klassenkämpfe härter werden und die Isolierung Kubas aufgebrochen wird, sind das erfreuliche Entwicklungen, die auch uns Mut machen dürfen. Sie sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich dadurch im internationalen Kräfteverhältnis noch wenig ändert. In den kapitalistischen Metropolen ist trotz verschärfter Angriffe auf die Existenzbedingungen der vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängigen keine erkennbare Tendenz hin zu einer klassenbewussten internationalistischen Arbeiterbewegung festzustellen. Hier haben wir unseren Beitrag zu leisten.

Stand Mai 06
hd.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 151 Frühjahr 2006, 40 S.

- Die soziale Kluft wächst
- Neue Regierung – Neue Politik?
- Zum Tod des Genossen Manfred Behrend
- Damit Menschen in Würde leben können
- Wir sind O&K, wir bleiben hier, dafür streiken wir!
- Kann Ver.di die 38,5-Stundenwoche verteidigen?
- Die Wahlen in Chile
- Eine unmoralische Kriegskoalition

Nr. 150 Winter 2005, 40 S.

- Große Koalition: „Heulen und Zähneklappern“
- Streik bei Infineon
- Die Jahreskonferenz der Gruppe
- Nach der Wahl
- Linkspartei.PDS und WASG nach der Bundestagswahl
- Das Anwachsen des Faschismus – Wiederholt sich Weimar?
- Wichtige Ereignisse in Großbritannien
- Die erste Gysi-Biographie

Nr. 149 Herbst 2005, 40 S.

- Keine „Schicksalswahl“
- Vorzüge und doppeltes Gesicht der neuen Linkspartei
- Wahlprogramm CDU/CSU
- Die Tschechische Linke heute
- Unruhe an den Finanzmärkten

Nr. 148 Sommer 2005, 44 S.

- Die Artisten unter der Reichstagskuppel
 - Drohen „Weimarer Verhältnisse“?
 - Bildungspolitische Konzepte von Arbeitgeberverbänden
 - NPD-Aufmarsch in Nürnberg zum 1. Mai
- #### Nr. 147 Frühjahr 2005, 40 S.
- Vorherrschaft heißt nicht Allmacht
 - Neoliberaler Kurs und neofaschistische Gefahr
 - Dorfen: NPD-Wegschauen oder widerstehen
 - Öffentlicher Dienst: Anstatt einer Tarifrunde
 - Diskussion zur WASG
 - Venezuela, ein Land im Aufbruch

Nr. 146 Winter 2004, 44 S.

- Der große Raubzug
- Wetzels Innovation der Tarifpolitik
- Unsere Jahreskonferenz 2004
- Generalangriff des Kapitals
- Die PDS im Jahre 2004 und ihr Potsdamer Parteitag
- Der Ruf nach dem archaischen Kämpfer

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Tschechische Wahlen und danach

Die Wahlen ins tschechische Unterhaus, die Abgeordneten-kammer, fanden am 2. und 3. Juni statt. Die Kammer hat 200 Mitglieder. In der bisherigen Zusammensetzung hatte die Regierungskoalition, bestehend aus Sozial-, Christ- und Unionsdemokraten, eine knappe Mehrheit von nur einer Stimme, da die heterogene Opposition – die ODS (Abkürzung der Bürgerlich-Demokratischen Partei, Ehrenvorsitzender der Staatspräsident Klaus) mit 58 und die Kommunisten mit 41 Abgeordneten – zusammen über 99 Sitze verfügte.

Die Tschechische Republik befindet sich z. Zt. wirtschaftlich in einer guten Lage: die Gesamtwirtschaft weist ein Wachstum von 6%, die Ausfuhren einen Überschuss aus, Löhne steigen zwar langsam, aber scheinbar stetig, nach und nach sinkt auch die Arbeitslosigkeit (im Mai 7,9 %) – all dies, wie die von den Sozialdemokraten geführte Regierung nicht müde war zu betonen, dank ihrer Politik. Nur die politische Szene – denkt man an politische Parteien und ihre Spiele – war besonders in den letzten zwei Jahren ziemlich turbulent. Einige Skandale – an sich nichts Überraschendes in der bürgerlichen „Demokratie“ – trugen u. a. dazu bei, dass vor 13 Monaten der sozialdemokratische Ministerpräsident (gleichzeitig Vorsitzender seiner Partei) Stanislav Gross zurücktreten musste. Zum Glück der Partei wählte man jedoch als seinen Nachfolger einen politisch viel robusteren und geschickteren Politiker, nämlich Jiří Paroubek, der bis dahin als Minister für lokale Entwicklung amtierte. Es war größtenteils diesem Mann zu verdanken, dass die Partei aus einer mehrere Monate dauernden Misere herauskam. Während die Meinungsumfragen bei seinem Eintritt den Sozialdemokraten nicht mehr als 8% zuschrieben, kletterten ihre Sympathien im April dieses Jahres, also fünf Wochen vor den Wahlen, auf 23% und blieben so nur 3% hinter dem Vorsprung der rechten Bürgerlichen Demokraten zurück. Der Gefahr die anstehenden Wahlen nicht zu gewinnen war sich diese Partei bewusst. Auch deshalb,

und auch aus dem Grund, dass nach 8 Jahren Opposition ihre Machtgier unermesslich wurde, entfaltete sie in den letzten Tagen vor der Wahl eine unvergleichliche Schmutz- und Verleumdungskampagne, gerichtet besonders gegen die Person des Ministerpräsidenten. Vier Tage vor dem Termin legte ein hoher Polizeioffizier – unter Umgehung seiner Vorgesetzten – dem Parlamentsausschuss für Verteidigung und Sicherheit einen Bericht vor, der angeblich Eingriffe von Regierungspolitikern besonders in Korruptionsuntersuchungen beweisen sollte. Dieser Bericht bestand zwar mehr aus Annahmen und Indizien als aus handgreiflichen Beweisen, bezichtigte aber – ebenfalls ohne tatsächliche Beweise – den Ministerpräsidenten der Pädophilie.

Wenn auch dieser die Beschuldigung als Lüge brandmarkte und Anklage gegen den Polizeioffizier erhob, hatten diese Verleumdungen zur Folge, dass – wie sich drei Tage nach der Wahl auf Grund einer Meinungsumfrage herausstellte – rd. 26% der Wähler dadurch beeinflusst wurden. Der Ministerpräsident ist der Meinung, diese Schmutzkampagne hätte ihn um den Sieg gebracht.

Der Wahlausgang

Die Wahlergebnisse brachten viele Überraschungen. Die erste war – für die meisten Beobachter und Kommentatoren – die hohe Beteiligung: 64,47% der Wähler (5.348.976 in absoluten Ziffern) kamen zu den Urnen, um einer der 25 konkurrierenden Partei ihr Vertrauen zu geben. Doch nur 5 waren erfolgreich und gelangten über die 5%-Hürde ins Parlament: an erster Stelle landeten die Bürgerlichen Demokraten (ODS), die mit 35,38% 81 Sitze gewannen, gefolgt von den Sozialdemokraten mit 32,32% und 74 Sitzen. Auf den dritten Platz kamen die Kommunisten (KSĚM) mit 12,81% und 26 Mandaten, es folgen die Christlich-Demokraten (KDU-ĚSL) mit 7,22% und 13 Abgeordneten, den letzten Platz nehmen die Grünen ein mit 6,29% und 6 Sitzen. (Mit einer Ausnahme – einer

Partei, die sich „Vereinigung unabhängiger Kandidaten-Europäische Demokraten“ nannte und welche 2,1% erzielte – sind alle anderen kleinen Parteien nicht über einige Zehntel Prozent hinausgekommen.)

Die zweite Überraschung der Wahl – obwohl dies die Meinungsforscher immer wieder signalisierten – war der Erfolg der Grünen. Es ist das erste Mal, dass sie im Parlament vertreten sein werden (und, wie ihr Vorsitzender Martin Bursík immer wieder betont, es ist auch das erste Mal, dass dies in einem postkommunistischen Land geschieht). Wenn auch zahlenmäßig klein, sind sie in der gegebenen Situation zum sprichwörtlichen Zünglein an der Waage geworden.

Bemerkenswert sind einige soziologische Angaben. Für die ODS stimmten 63,7% der Unternehmer (im weitesten Sinne des Wortes) und 31,7% der Arbeitnehmer, wogegen die Sozialdemokraten von 29,3% der Unternehmer und 36,4% der Arbeitnehmer gewählt wurden. Unter den kommunistischen Wählern überwiegen die Arbeitnehmer (12%) gegenüber den Unternehmern (5,8%). Unter der Wählerschaft der Rechten überwiegen die Angehörigen der jüngeren Generation: 41,4% der Studenten stimmten für die ODS, nur 29,3% für die Sozialdemokraten, 16,3% für die Grünen. Dagegen wählten 29,5% der Senioren die ODS und 37,7% die Sozialdemokraten und nur 2,5% die Grünen. Unterschiede zeigen sich auch in Bezug auf die Bildung sowie das Verhältnis Stadt – Land. Bürger mit Mittel- und Hochschulbildung haben zu 40,8% die Bürgerlichen Demokraten und nur zu 29,3% die Sozialdemokraten gewählt (sowie zu 9,6% die Kommunisten, zu 7,1% je die Christdemokraten und die Grünen). Dagegen haben Männer und Frauen mit niedriger Bildung zu 24,9% für die ODS, zu 38% für die Sozialdemokraten und zu 18,9% für die Kommunisten gestimmt.

Die Unterschiede zwischen Stadt und Land zeigen folgende Zahlen: 38,6% der Stadtbewohner wählten die ODS, 31,9% die Sozialdemo-

kraten, 11,7% die KP, 7,3% die Grünen und 5,4% die Christdemokraten. Dagegen stimmten 29,8% der Menschen auf dem Lande für die ODS, aber 32,5% für die Sozialdemokraten, 15,1% für die Kommunisten, 4,7% für die Grünen und 10,4% für die Christdemokraten.

Wie man diesen Angaben entnehmen kann, sind die viel zitierten Worte über die Polarisierung der tschechischen Gesellschaft wahr.

Wie weiter?

Der Sieger der Wahlen ist also die ODS – für sie stimmten 1.892.475 Wähler, für die zweitstärkste Partei, die Sozialdemokraten, 1.728.827.

Da jedoch beim bestehenden Wahlsystem bei der Umrechnung der Stimmen auf Mandate die sog. d'Hondtsche Methode angewendet wird (und die ER in relativ kleine Wahlbezirke aufgeteilt ist), sind beide „Lager“ – die Rechte wie die Linke – in der Abgeordnetenversammlung gleich stark: die ODS und die Christdemokraten, zu denen sich die Grünen gesellten, haben 100 Sitze, ebenso wie die Linke, also die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Dadurch entstand eine Patt-Situation, die einen „normalen“ Ausgang, d. h. die Regierungsbildung, wenn vielleicht nicht unmöglich, doch außerordentlich schwierig macht.

Präsident Klaus, sichtlich erfreut, dass „seine“ Partei gesiegt hat, beauftragte den ODS-Vorsitzenden Mirek Topolánek, Gespräche über eine Regierungsbildung zu führen. Eine Woche nach den Wahlen, als dieser Bericht geschrieben wird, ist aber die Lage immer noch unklar. Die Sozialdemokraten erklärten eben (am 10. Juni) nach der Sitzung ihres Zentralen Exekutivkomitees, sie beharrten auf ihrem Standpunkt eine Regierung der Rechten nicht zu unterstützen – diese könnte daher die erforderliche Mehrheit nicht erreichen. Die Christlichen Demokraten – die, wie ihnen immer wieder vorgehalten wird, bisher an jeder Regierung partizipierten – haben kein Problem an den Verhandlungen teilzunehmen. Die Grünen sind mehrheitlich für den Eintritt, doch gibt es Stimmen in ihrer Partei, sie könnten in der Opposition mehr von ihrem Programm verwirklichen als in der Regierung, in

der sie notwendigerweise Kompromisse eingehen müssten. Ein bekannter Kommentator beschrieb in Kürze die Grundpositionen der Parteien – vor den Wahlen, aber immer noch gültig – mit folgenden m. E. sehr treffenden Worten: „Die ODS will einen Kapitalismus amerikanischen Zuschnitts. Die ESSD /Sozialdemokraten wollen den Kapitalismus mit menschlichem Gesicht. Die Kommunisten wollen nicht den Kapitalismus und gewinnen daran Punkte für den Eintritt in die kapitalistische Elite. Die Christlichen Demokraten wollen ihren bescheidenen Anteil an dem Staatskuchen. Und die Grünen wollen ins Parlament.“

Im Moment können nur die Grünen zufrieden sein – sie haben es geschafft und ihre 6 Abgeordneten haben den wichtigen Schlüssel zur Regierungsbildung: diejenige der zwei großen Parteien zu der sie sich hinwenden, wird die Regierung bilden.

Es gibt natürlich hypothetisch mehrere Möglichkeiten. Eine ziemlich reale und viel diskutierte (öffentlich und auch offiziell) besteht darin, dass die Bürgerlichen einen Abgeordneten der Sozialdemokraten „kaufen“, also mit Geld und dem Versprechen eines „entsprechenden“ Postens korrumpieren. (Dafür gibt es in der jüngsten Geschichte bereits zwei Beispiele. Und in der Woche nach den Wahlen gab ein neu gewählter Sozialdemokrat bekannt, man hätte ihm 5 Millionen Kronen versprochen für den Fall, dass er Ende des Monats beim Vertrauensvotum gegen die Mehrheit seiner Partei, für die neue Regierung stimmen würde. Der Fall wird polizeilich untersucht.) In der bürgerlichen „Demokratie“ wäre dies eigentlich keine Überraschung.

Bisher führten die Gespräche über die mögliche und von allen drei Parteien gewünschte Regierung zwar zu keinen greifbaren Resultaten, doch gibt es bereits wichtige Punkte, in denen die Koalitionspartner übereinstimmen. Dazu zählen z. B. die Pensionsreform (statt wie heute mit 60 würden die Arbeitnehmer erst mit 65 Jahren in den Ruhestand gehen und außerdem müssten sie für ihr Ruhegeld sparen), sowie eine Reform des Gesundheitssystems – Patienten sollen für ein Krankenhausbett und für ihre Arzneimittel zuzahlen. Auch bei einer „Deregulierung“ der Mieten

sowie der Senkung der direkten Steuern könnten sie schnell zu einer Übereinkunft gelangen. Die ODS ist im Stande die von ihr propagierte einheitliche 15%-Steuer aufzugeben, um mit den Christdemokraten, die nur für eine Senkung der Steuern eintreten, eine Vereinbarung abzuschließen. Auch die Grünen favorisieren eher indirekte Steuern. Ein Reibungspunkt zwischen der ODS und den Grünen könnte die Frage der Schulfinanzierung sein.

Es hat nicht viel Sinn all die anderen Möglichkeiten anzuführen. Wenn es um Macht geht, haben politische Parteien natürlich wenig Skrupel. Ende Juni wird man jedenfalls in der Tschechischen Republik klüger sein – am 27. Juni tritt die neu gewählte Abgeordnetenversammlung zusammen und in der Zwischenzeit wird klar, wie weit die Bürgerlichen Demokraten Erfolg hatten – oder ihre Rivalen, die Sozialdemokraten.

Es fand auch ein Gespräch zwischen den Vorsitzenden der ODS und der Sozialdemokratischen Partei statt. Obwohl die Sozialdemokraten ihren Standpunkt (noch) nicht geändert haben, ist es nicht ohne Bedeutung, dass die zwei Männer immerhin darin übereinstimmten, dass die wichtigsten Probleme „des Landes“, die jede künftige Regierung zu lösen hätte, die folgenden sind: Arbeitslosigkeit, Verschuldung der öffentlichen Hand, Senkung der Steuerlast, Bekämpfung der Korruption, Reform des Pensionssystems, Eintritt in die Eurozone, „Stabilisierung“ des Gesundheitssystems. All dies sind offensichtlich Probleme, für die es – im Rahmen des kapitalistischen Systems – nur mehr oder weniger neoliberale „Lösungen“ gibt. In diesem Sinne kann man behaupten, dass wie immer die neue Regierung gebildet wird, nichts allzu Gutes für die arbeitende Bevölkerung herauskommen kann. Dennoch spielt es für das tägliche Leben der Arbeiter, der Armen, der Arbeitslosen in den nächsten vier Jahren eine Rolle, ob es den rechten politischen Parteien (oder, wie die Grünen, um ihre „Besonderheit“ zu betonen, gerne sagen, „den Rechten und den Grünen“) gelingt, vier Jahre lang das Land zu verwalten. Dann wären noch schwierigere Zeiten zu erwarten.

Šti pán Steiger

Zur Dokumentation:

Erich Wollenberg ein Wanderer zwischen den politischen Fronten

Ein Rotarmist in der Bremer „Lila Eule“

Ende der sechziger Jahre berichtete der 1892 in Königsberg geborene einstige Leutnant der kaiserlichen Armee über seine abenteuerliche Lebensgeschichte in der Lila Eule. Erich Wollenbergs politische Karriere begann am 9. November 1918 als Mitglied der USPD und des Soldatenrates in Ostpreußen. Als Student in München verteidigte er im April 1919 an der Seite von Erich Mühsam, Ernst Toller und Gustav Landauer die Münchener Räterepublik, die ebenso blutig von den Freikorps zerschlagen wurde wie zuvor die Bremer. „Als Rotarmist in München“ – so der Titel seines Buches von 1929 – zu zwei Jahren Festungshaft in Landsberg und Niederschönefeld verurteilt, übernahm er ab 1921 wichtige Funktionen in der KPD, zunächst als

Mitglied des illegalen Parteiapparates mit dem Decknamen Walter, später als militärpolitischer Leiter des RFB. Nach dem Scheitern des „deutschen Oktober“ floh er Anfang 1924 mit der KPD-Führung um Brandler und Thalheimer nach Moskau, wo er im Marx-Engels-Institut arbeitete und zum Professor für Revolutionsgeschichte an der internationalen Leninschule aufstieg. In der Endphase der Weimarer Republik kehrte er nach Deutschland zurück und wurde mit Abusch und Norden politischer Redakteur der ROTEN FAHNE und Chefredakteur der Volkszeitung in Saarbrücken. Nach Meinungsverschiedenheiten mit der Parteiführung wurde er Ende 1932 nach Moskau strafversetzt und im April 1933 aus der Partei ausgeschlossen.

Erich Wollenberg entging der Verhaftung durch Stalin, später durch Hitler, indem er von Moskau über Prag nach Paris floh und in Casablanca als Zivilinternierter die Auslieferung an die Gestapo verhindern konnte – eine spannende Lebensgeschichte als Grundlage für den Kino-Klassiker „Casablanca“. Nach der Befreiung vom Faschismus wirkte Wollenberg als freier Journalist und Autor in Frankreich und Deutschland. Zurückgekehrt zur SPD, arbeitete er für deren Ostbüro. Publizistisch bezweifelte er Wehners Wende und Thälmanns Größe und beriet im algerischen Bürgerkrieg Ben Bella und „Ben Wisch“. Am 6. November 1973 verschied er friedlich in Hamburg.

Jörg Wollenberg

Erich Wollenberg, 1.3.1972

Nachtrag zu seiner Thälmann-Biographie im „Monat“, 1954

Heinrich Brandler, Maurer aus dem Sudetenland, war ein absolut integrierender Arbeiterführer; man mag zu ihm und seiner Politik noch so kritisch und ablehnend stehen, seine unbedingte Ergebenheit in die Sache des Sozialismus muß jeder, der nur einen Funken Ehre in sich hat, rückhaltlos anerkennen. Die Diffamierung Brandlers - während der Hitlerdiktatur in französischem dann kubanischem Exil, September 1967 in bescheidenen Verhältnissen in Hamburg gestorben - zeugt von der abgrundtiefen Verlüderung der Ulbricht und Konsorten.

Erich Wollenberg in seinen unveröffentlichten Lebenserinnerungen über Flucht aus Deutschland* (1924)

Unter den Passagieren der 1. Klasse hatten zwei meine Aufmerksamkeit erregt: den einen hielt ich für einen Kriminalbeamten, ich hatte ihn beobachtet, wie er mit den Beamten der Pass- und Zollkontrolle vertraulich tuschelte, ganz abgesehen von seinem ganzen Habitus, der 20 Meter gegen den Wind nach Polizeistank, ich hatte damals einen fast unfehlbaren Riecher dafür. In der Folge wurde mein Verdacht bestätigt. Der andere irritierte mich durch eine gewisse Ähnlichkeit mit August Thalheimer, dem führenden Mitglied der Brandler-Zentrale, mit ihm aus der Leitung der KPD entfernt. Im Gegensatz zu meinem früheren Chef während meiner Volontärzeit in der Roten Fahne war er bartlos und mit äußerster Eleganz gekleidet. Seinen Angaben nach war er Großkaufmann mit Orientbeziehungen, der geschäftlich in der Sowjetunion zu tun hatte. Erst in der Vorhalle des Kominternhotels Lux in Moskau haben wir uns gegenseitig erkannt. Ihm war von vornherein mein Gesicht bekannt vorgekommen, er wusste nur nicht wo und in welcher Situation ich ihm

begegnet war. Infolge meiner deutsch-nationalistischen Aufmerksamkeit hatte er in mir einen Gegner aus dem extremen Rechtslager vermutet. Er amüsierte sich sehr, als ich ihm erzählte, daß ich seine Kajüte während seiner Abwesenheit erfolglos visitiert hatte.

Das war so gekommen. Am zweiten Reisetag bat mich der lange hagere Bursch aus Reval um eine vertrauliche Unterredung. Der Passagier der 1. Klasse, den ich für einen Kriminalbeamten hielt, hatte sich an ihn gewandt und ihn gebeten, gegen Entgelt übrigens, die Kajüte des „Orientkaufmanns“ nach kommunistischem Material zu durchsuchen, während er mit ihm an Deck Schach spielte. Der Revaler traute sich nicht genügend Kenntnis für die Durchführung einer solchen Aufgabe zu, er erbat meinen Rat. Ich postierte ihn im Gang, d.h. ließ ihn sozusagen Schmiere stehen, um mich zu warnen, falls der als Kommunist verdächtige wider Erwarten vorzeitig in seine Kajüte zurückkehren sollte. Ich habe alles gründlich durchsucht, fand aber nur

kaufmännische und schöngeistige Literatur, nirgends die Initialen ATH, weder in Büchern noch in der Wäsche. So verließ ich die Kajüte, ohne in bezug auf ihren Passagier klüger geworden zu sein. Das Ergebnis der Durchsuchung: der Kaufmann ist echt. Natürlich wäre mein Bericht auch nicht anders ausgefallen, wenn ich in einem der Bücher oder in Wäschestücken die Initialen ATH entdeckt hätte.

Am 30. April 1924 kam ich in Leningrad an, am 1. Mai in Moskau, im selben Zug wie Thalheimer.

Etwa um dieselbe Zeit war auch Heinrich Brandler nach Moskau gekommen. Die damals ausgezeichnete moskauer satirische Zeitschrift „Krokodil“ begrüßte die geschlagenen rechten Führer der KPD, die im Rahmen der Weimarer Verfassung die Macht in Deutschland hatten erschleichen wollen, mit einer ganzseitigen Karikatur: Der Dresdner Hauptbahnhof, tausend schwerbewaffnete Arbeiter unter wehenden roten Fahnen, geführt von Paul Böttcher, dem kommunistischen Finanzminister der sächsischen Regierung. Böttcher, in der einen Hand ein Gewehr, in der anderen die rote Fahne mit Hammer und Sichel dreht sich zu den Massen: Genossen, habt ihr auch alle Bahnsteigkarten!“ Überschrift: Revolution auf weimarsche Art.

Ich war überzeugt, daß in wenigen Monaten oder höchstens in ein paar Jahren der Sozialismus in Deutschland und in der Welt auf revolutionäre Art siegen wird. Als ich zusammen mit Brandler und Thalheimer am selben 1. Mai 1924 auf der Ehrentribüne neben dem Leninmausoleum am Roten Platz die Parade der Roten Armee, abgenommen von Leo Trotzki, und den stundenlangen be rauschenden Vorbeimarsch von hundertausenden feiernden und jubelnden Moskauern erlebte, konnte ich nicht ahnen, daß ich fast auf den Tag zehn Jahre später bei Nacht und Nebel aus der stalinistischen Sowjetunion fliehen musste.

* Die Redaktion kann nicht in allen Punkten die politischen Aussagen in diesem Text teilen. Wir sind aber trotzdem der Auffassung, daß ein

solches Dokument veröffentlicht werden sollte.

Jung geblieben

Theo Bergmann ist 90 geworden

Ein übrig gebliebener Neunziger? So etwas gibt es. Auf dem Papier ist der marxistische Agrarwissenschaftler Theodor Bergmann am 7. März 90 Jahre alt geworden. Glauben kann man es kaum, so agil und geistig anregend ist er. Theo Bergmann, der auch wichtige Arbeiten zur Geschichte des Sozialismus und einem kritischen Kommunismus verfasste, hat das Leben nicht nur am Schreibtisch studiert. Dazu gaben ihm die Umstände *im Jahrhundert der Katastrophen*, so der Titel seiner im VSAVerlag erschienenen Autobiografie, keine Gelegenheit.

1916 in Berlin geboren, fand der Dreizehnjährige den Weg zur Jugendorganisation der KPDOpposition. Diese widersetzte sich der Unterordnung der KPDFührung unter das Diktat Stalins wie auch der politisch selbstmörderischen Sozialfaschismus-Theorie, die in der SPD den Hauptfeind und faktischen Komplizen Hitlers sah. Als er 1933 zur Macht gekommen war, musste Theo Bergmann aus Deutschland fliehen. Es folgten harte Jahre des Exils in Palästina, der Tschechoslowakei und Schweden. Bergmann war zumeist Landarbeiter, zeitweilig auch Student der Agrarwissenschaften, doch konnte er das Studium erst 1949 in Bonn abschließen.

Die Nachkriegsjahre waren nicht viel leichter für ihn. Er war un-

bezahlter Redakteur der marxistischen Zeitschrift *Arbeiterpolitik*, die jedoch die Politik der Sowjetunion unnachsichtig kritisierte. Ohne die Unterstützung seiner Frau Gretel wären ihm Promotion und Habilitation nicht möglich gewesen. Es dauerte bis 1973, ehe Theo Bergmann Professor für International vergleichbare Agrarpolitik an der Universität StuttgartHohenheim wurde.

International bekannt wurde er vor allem durch seine Untersuchungen über die Genossenschaften in Indien und Israel. Er schrieb über zwanzig Monografien. Für eine noch größere Zahl von Büchern zeichnete er als Herausgeber oder Übersetzer verantwortlich. Seit einem Vierteljahrhundert ist die Geschichte, Theorie und mögliche Zukunft der Arbeiterbewegung sein wichtigstes Forschungsthema. Sein Buch *Gegen den Strom die Geschichte der KPDO* wurde zum Standardwerk. Theo Bergmann regte zahlreiche internationale Konferenzen an, unter anderem zu den Perspektiven des Sozialismus. Hinzu kommt sein langjähriges Engagement in der PDS BadenWürttembergs. Noch immer geht es ihm um eine Politik, die den arbeitenden Menschen Perspektiven ermöglicht. Zum Ruhestand fühle er sich, wie er sagt, noch nicht alt genug.

Mario Keßler

Vom Rätegedanken zur Formel des „demokratischen und sozialen Rechtsstaats“

Ein Leben in der Arbeiterbewegung – Wolfgang Abendroth (1906-1985)

Der Jurist und Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth wurde vor 100 Jahren in Elberfeld als Sohn eines überzeugten sozialdemokratischen Lehrerehepaars geboren. Seine Großeltern mütterlicherseits haben schon zur Zeit des „Sozialistengesetzes“ (1878-1890) in der illegalen Sozialdemokratie mitgearbeitet. Seine Mutter und sein Vater gehörten dem linken Flügel an und haben sich nach der Parteispaltung 1918 der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD)* angeschlossen.

Abendroth besucht in Frankfurt/Main das Realgymnasium und studiert anschließend Rechtswissenschaften in Frankfurt/Main, Tübingen und Münster. Durch das Erlebnis des Ersten Weltkrieges, der Novemberrevolution und der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – die beide in der Familie Abendroth immer sehr geachtet worden sind – wird Abendroth schon früh in der Arbeiterjugendbewegung tätig. 1920 wird er Mitglied des *Kommunistischen Jugendverbandes (KJVD)*, später auch der *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)*, außerdem schließt er sich der *Roten Hilfe* an. Zugleich ist Abendroth in Frankfurt am Main im *Deutschen Freidenkerverband* aktiv. Ab Mitte der 1920er Jahre arbeitet Abendroth in der parteiunabhängigen *Freien Sozialistischen Jugend (FSJ)* mit und veröffentlicht zahlreiche Artikel zu politischen und wirtschaftlichen Fragen in deren gleichnamiger Zeitschrift. In der Bundesleitung der *FSJ* ist er zuständig für die politische Bildung und organisiert die Zusammenarbeit mit bündischen und nationalrevolutionären Jugendorganisationen.¹

Nachdem Abendroth 1928 aus der *KPD* ausgeschlossen wird, weil er, beeinflusst durch die Faschismustheorie Clara Zetkins und vor allem August Thalheimers, den „ultralinken“ Kurs der *KPD* und die damit verbundene *Sozialfaschismusthese* kritisiert, schließt er sich der *KPD-Op-*

position (KPO) an. 1932 tritt er im Zusammenhang mit seinem Wirken in der Organisation „*Neu Beginnen*“ – die angesichts des immer stärker werdenden Faschismus eine Zusammenarbeit von *SPD* und *KPD* erreichen wollte – wieder in die *KPD* ein. In Hechingen (Baden) wirkt er Anfang der 1930er Jahre an einem lokal sehr erfolgreichen *Arbeiterkartell* als Einheitsfront gegen das Erstarken der Nazis mit.

Im Jahr 1930 besteht Abendroth die erste juristische Staatsprüfung. Von 1930 bis 1933 arbeitet er als Gerichtsreferendar in Frankfurt am Main und Hechingen.

Nach der Machtübernahme der Nazis am 30. Januar 1933 in Deutschland wird Abendroth die weitere juristische Ausbildung und Arbeit verboten. Deshalb kann er seine arbeitsrechtliche Promotion bei Hugo Sinzheimer über das Betriebsrätegesetz nicht mehr vollenden. Politisch ist Abendroth nach 1933 in verschiedenen illegalen Organisationen (*KPD-Opposition*, *Neu Beginnen*, usw.) aktiv. 1935 promoviert er *summa cum laude* mit einer Dissertation über das Völkerrecht an der juristischen Fakultät Bern. Seine Dissertation, „Die völkerrechtliche Stellung der B- und C-Mandate“, wird Ende 1936 veröffentlicht. Sie wird jedoch schon kurz darauf von der *Gestapo* beschlagnahmt.

Im Oktober 1936 gelingt es ihm über Beziehungen, eine Anstellung in einem Berliner Bankhaus zu erhalten.

Am 22. Februar 1937 wird Wolfgang Abendroth in der Bank von der *Gestapo* verhaftet.

Gleichzeitig werden zwölf weitere *KPO*-Funktionäre in Berlin festgenommen. Am 14. Oktober 1937 wird Abendroth vom Generalstaatsanwalts beim Oberlandesgericht Kassel vom des Hochverrats angeklagt.

Im Prozess versucht der zuständige Strafsenat, Abendroth diesen Vorwurf nachzuweisen. Das gelingt dem Gericht letztlich jedoch nur zu einem geringen Teil. Die *Gestapo* konnte bei weitem nicht alle illegalen

Aktivitäten Abendroths herausfinden.

Am 30. November 1937 wird er zu einer Zuchthausstrafe von vier Jahren verurteilt. Nach seiner Verurteilung folgt die Überstellung in das Zuchthaus Luckau (Brandenburg).

In der Haft führt Abendroth marxistische Zirkel durch und wirbt in politischen Diskussionen für die Aktionseinheit von Sozialdemokraten, SozialistInnen und KommunistInnen. Er organisiert auch die Solidarität, bleibt offen gegenüber seinen Mitgefangenen und lernt von ihnen, auch von den Häftlingen, die nicht aus politischen Gründen inhaftiert sind.

Ein wichtiger Diskussions- und Streitpunkt unter den politischen Gefangenen im Zuchthaus Luckau ist ihre Einschätzung der Entwicklungen in der UdSSR.

Abendroth hat vor seiner Verhaftung nicht nur vom Beginn der *Moskauer Prozesse*² erfahren, sondern auch deren katastrophalen Folgen für den antifaschistischen Kampf miterlebt. Eine von ihm befürwortete Wendung zur *Volksfrontpolitik* wurde in der Emigration durch die inneren Auseinandersetzungen in der *KPdSU* und den stalinistischen Terror enorm erschwert.³

Abendroth wird am 30. Mai 1941 aus dem Zuchthaus Luckau entlassen. Nur durch das Engagement seiner Mutter bleibt ihm die Deportation in ein KZ erspart.

Nach seiner Entlassung im Juni 1941 zieht Abendroth zu seinen Eltern nach Potsdam-Babelsberg. Dort arbeitet er zunächst als Revisionsassistent bei einem Wirtschaftstreuhänder und Steuerberater, dann als Wirtschaftsjurist einer Außenhandelsfirma in Berlin. Seine Heirat mit der aus Bremen stammenden Lisa Hörmeyer, die Abendroth unmittelbar nach seiner Entlassung in Studentenkreisen in Marburg kennen gelernt hat, kann vorerst nicht stattfinden, weil Abendroth Anfang 1943 als „Bewährungssoldat“ zur Strafdivision 999

eingezogen wird. Nach einer kurzen militärischen Ausbildung wird Abendroth in Griechenland auf der Insel Lemnós eingesetzt.

Er desertiert dort 1944 zur griechischen Widerstandsorganisation ELAS. Im Oktober 1944 wird Abendroth von Lesbos aus als britischer Kriegsgefangener nach Ägypten überführt. In Gefangenenlagern in der ägyptischen Wüste beginnt er mit politischer Schulungsarbeit, in der Absicht, demokratische Kader auszubilden und sie auf eine Verwaltungsarbeit vorzubereiten, die nach der Niederlage des Faschismus in Deutschland bevorstehen würde. Später wird Abendroth in das Umerziehungslager *Wilton Park Training Centre* nahe London gebracht, wo geeignet erscheinende Kriegsgefangene auf ihre Rückkehr nach Deutschland und die Mitarbeit am Aufbau der Demokratie vorbereitet wurden. Bereits die Art und Weise der dort stattfindenden „Erziehung zur Demokratie“ erzeugen bei Abendroth erste ernsthafte Zweifel, ob dieses Methode der richtige Weg für eine konsequenten Entnazifizierung des deutschen Volkes ist.

Ende November 1946 wird Wolfgang Abendroth aus der britischen Kriegsgefangenschaft entlassen und er kehrt zu seiner Verlobten Lisa Hörmeyer nach Marburg zurück. Noch im gleichem Jahr heiraten beide. Kurze Zeit später wird Abendroth zum ersten Mal Vater.

In der damaligen *Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands* (SBZ) ist Abendroth (geheimes) Mitglied der SPD, in die er 1946 in London eingetreten ist.

Im Januar 1947 wird Abendroth zum Richter beim Landgericht in Potsdam bestellt. Gleichzeitig tritt er in den Dienst des Justizministeriums des Landes Mark Brandenburg, am 1. April wird er Regierungsrat. Nach seiner Assessorprüfung wird Abendroth im Sommer 1947 von der *Deutschen Justizverwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland* als Oberjustizrat angestellt. Im September 1947 erfolgt dann die Ernennung zum Dozenten an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ende 1947 wird er an die Universität Leipzig berufen und mit Wirkung vom 1. April 1948 zum Profes-

sor für Völkerrecht ernannt. Im Oktober erfolgt die Ernennung zum Professor für öffentliches Recht an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seine Professur dort dauert jedoch nur wenige Monate. Da er immer weniger mit den politischen Entwicklungen in der *Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands* einverstanden ist und zudem seine Verhaftung durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD fürchtet, verlässt er im Dezember 1948, zusammen mit Frau und Tochter, fluchtartig Jena.

Zunächst zieht die Familie zu den Eltern von Lisa Abendroth nach Bremen. Von dort schickt er der Thüringer Ministerin für Volksbildung eine Rücktrittserklärung und eine umfangreiche politische Begründung für seine Flucht.

Im Dezember 1948 wird Abendroth zum ordentlichen Professor für öffentliches Recht und Politik an der *Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft* – einer gerade neu gegründeten Reformuniversität mit gewerkschaftlicher Orientierung in Wilhelmshaven – ernannt.

Kaum zwei Jahre nach der Ernennung in Wilhelmshaven erfolgt am 15. November 1950 die Ernennung Abendroths zum Professor für wissenschaftliche Politik an der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität in Marburg. Dort ist er bis zu seiner Emeritierung 1972 wissenschaftlich und politisch tätig.

Gleichzeitig ist Abendroth mehrere Jahre lang Vorstandsmitglied der „Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer“ und der „Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft“.

In den 50er und 60er Jahren ist Abendroth neben seiner Professur in Wilhelmshaven und Marburg auch lange Zeit Verfassungsrichter. Im Jahr 1951 kandidiert er – allerdings erfolglos – zum Richter am Bundesverfassungsgericht.

Von 1959 bis 1963 ist Abendroth Mitglied des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen.

Am längsten ist Abendroth in Bremen als Verfassungsrichter tätig. Im Jahr 1949 wird er zum ersten mal auf Vorschlag der Bremer SPD zum ordentlichen Mitglied des Staatsgerichtshofs des Landes Bremen gewählt.

Die Bremischen Landesverfassung und des Bremische Gesetzes über den Staatsgerichtshof (StGHG) berücksichtigen in besonderer Weise, dass die Verfassungsgerichte ihre Tätigkeit an den Schnittstellen von Recht und Politik ausüben. Deshalb bedürfen sie besonders der demokratischen Legitimation bedürfen. In Bremen ist nicht nur die Amtsdauer der Mitglieder des Staatsgerichtshofes an die Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft gekoppelt, sondern darüber hinaus hat die Zusammensetzung die politische Stärkeverhältnissen der Parteien zu berücksichtigen.

Diesem System verdankt der Bremische Staatsgerichtshof in der Vergangenheit so unterschiedliche Richter wie Rudolph Laun, Hermann v. Mangoldt, Werner Weber, Gustav Heinemann – und eben auch Wolfgang Abendroth.

Wolfgang Abendroth ist von dem ersten Zusammentreffen des Staatsgerichtshofes am 22.9.1949 bis zum Ablauf der Amtszeit der 5. Wahl-

Anzeige

BRD DRITE WELT **67**

Kinderdolmetscher

KINDERARBEIT in Deutschland

Zehntausende von Kindern müssen in Deutschland für ihre Eltern dolmetschen, weil 50 Jahre lang die Einwanderung geäußert und Integration verhindert wurde.

Reinhard Pohl: **Kinderdolmetscher**
 Reihe „BRD + Dritte Welt“, Band 67, Mai 2006, 48 Seiten, 3,- €
 (für Wiederverkäuferinnen/Büchlerische: 11 Heft 14 €)

Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24116 Kiel,
 Fax 0431/870 98 82 = Online-Shop
www.brd-dritte-welt.de

periode Mitglied des Staatsgerichtshof. Mit ihm ist vom 18.1.1956 an Werner Weber – einer seiner schärfsten wissenschaftlichen und politischen Gegner aus der Vereinigung der deutschen Staatslehrer – Mitglied des Staatsgerichtshof.

Es ehrt die Bremer SPD einerseits, dass sie Wolfgang Abendroth auf ihre Quote für mehrere Wahlperioden als ordentliches Mitglied in den Staatsgerichtshof sendet. Andererseits spiegelt die seit 1964 nicht mehr erfolgte Nominierung wider, was die SPD dem Genossen Abendroth inzwischen angetan hat: den Ausschluss wegen seiner fortwährenden Unterstützung des SDS. Immerhin wurde Gustav Heinemann Nachfolger Abendroths im Staatsgerichtshof.

Die Richter des Bremischen Staatsgerichtshofes haben schon frühzeitig Abweichende Ansichten – dissenting opinions – veröffentlicht. Mit seiner Abweichenden Ansicht in einer vom Staatsgerichtshof entschiedenen Sache (Entscheidung vom 5.1.1957; in: *Entscheidungen des Staatsgerichtshofes der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1* (1950 bis 1969), S. 73 ff.) hat sich Wolfgang Abendroth ein Denkmal gesetzt, das seine Identität als Richter, Wissenschaftler und politischer Mensch zeigt.

Der Staatsgerichtshof hatte sich in Gutachtenverfahren gem. § 13 Abs. 3 Satz 3 StGHG mit einer Frage zu befassen, durch die sich Wolfgang Abendroth besonders herausgefordert fühlen muss. Nach dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschland (KPD) durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. August 1956 hat die Bremische Bürgerschaft dem Gericht die Frage gestellt, ob diejenigen Mitglieder der Bürgerschaft, welche vor dem Verbot und der Auflösung der KPD durch das Bundesverfassungsgericht angehört, ihren Sitz in der Bürgerschaft verloren haben. Die Frage ist getrennt gestellt einerseits für die Abgeordneten der Bürgerschaft (Landtag) und andererseits der Stadtbürgerschaft. Der Staatsgerichtshof entscheidet mit wechselnden Mehrheiten. Der Verlust der Mandate wird für die Bürgerschaft bejaht, nicht jedoch für die Stadtbürgerschaft.

Während drei Mitglieder in einer schriftlich niedergelegten Abwei-

chenden Ansicht die Auffassung vertraten, dass auch die Mandate in der Stadtbürgerschaft erloschen seien (Werner Weber, der LSG-Präsident und spätere Präsident des Staatsgerichtshofes, Rohwer-Kahlmann, sowie der OLG-Präsident Arndt), sprach sich Wolfgang Abendroth (zusammen mit dem Senator a.D. und Rechtsanwalt Lifschütz sowie dem Verwaltungsrichter Springstube) dafür aus, dass die KPD-Abgeordneten auch die Landtagsmandate nicht verloren haben.

Diese Abweichende Ansicht (*Entscheidungen des Staatsgerichtshofes der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 1* (1950 bis 1969), S. 82 ff) trägt sehr die Handschrift Wolfgang Abendroths. Sie ist ein Beispiel für seine an Grundrechts- und Minderheitenschutz, am Demokratieprinzip, an der Gewaltenteilung und an gesellschaftlicher Pluralität orientierte Verfassungsinterpretation.

In der Zeitschrift *Sozialistische Politik* (SoPo) veröffentlicht Wolfgang Abendroth regelmäßig Artikel zu grundlegenden Problemen der Strategie und Taktik der Linken.

Abendroth ist nach dem KPD-Verbot 1956 außerdem eng in den Versuch einer linkssozialistischen Plattform in der SPD rund um die Zeitschrift „Funken“ eingebunden. Ebenso wie ein Alternativentwurf Abendroths zum *Godesberger Programm* der SPD (1959) erreicht dieser Versuch jedoch nur einen kleinen Personenkreis.⁴

Abendroth gehört dem Förderverein des *Sozialistischen Deutschen Studentenbundes* (SDS) an, der StudentInnenorganisation der SPD. Diese guten Beziehungen bestehen auch dann noch fort, werden sogar noch intensiver, als sich der SDS immer stärker am Marxismus orientiert und die SPD deshalb jede Verbindung mit der Organisation abbricht. Daraufhin werden Abendroth und andere Professoren vom Parteivorstand der SPD aufgefordert, seine Unterstützung für den SDS aufzugeben. Abendroths Ablehnung dieser Forderung führt 1961 zum Ausschluss aus der SPD.

Abendroth gehört in den 1960er Jahren zu den Gründern des *Sozialistischen Bundes*. In dessen geschäftsführenden Vorstand ist er der erste Vorsitzende. Zusammen mit Ernst Bloch, Ossip Flechtheim und Erich

Kästner ist Abendroth Ende der 1960er Jahre Mitglied des Kuratoriums der *Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch*. Abendroth gilt als ein wichtiger Befürworter der studentischen Protestbewegung in den 1960er Jahren, er ist allerdings nie mit revolutionären Bestrebungen einer intellektuellen Minderheit – ohne die Einbindung in die Arbeiterbewegung – einverstanden.

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 1969 bildet sich – ausgehend vom „Gießener Kreis“ um Abendroth und Werner Hofmann – als Reaktion auf die Brandtschen Notstandsgesetze die *Aktion Demokratischer Fortschritt*, die allerdings nur 0.6% der Stimmen erhält.

1976 ruft Abendroth öffentlich zur Wahl der *Deutschen Kommunistischen Partei* (DKP) auf – allerdings weniger wegen deren inhaltlicher Ausrichtung, sondern aus Gründen einer „notwendigen Wahrung des verfassungspolitischen Klassengleichgewichts“.

Abendroth hält wegen seiner persönlichen Erfahrungen stets starke und kampfbereite Gewerkschaften, sowie auch eine Partei links von der SPD für die Abwehr reaktionärer Entwicklungen – und erst recht für den politischen und sozialen Fortschritt in der BRD für notwendig und sinnvoll.⁵ Dem in der SPD weit verbreiteten „integrationistischen Reformismus“ sollte durch Kräfte wie der DKP ein „sozialistischer Reformismus“ entgegengesetzt werden.⁶

Als Anfang der achtziger einige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete aus Protest gegen die Politik der SPD aus der Partei austreten und die neue Partei *Demokratische Sozialisten* gründen, unterstützt Abendroth deren Bundestagswahlkampf für die Bundestagswahl im März 1983. Deshalb begrüßt er etwas später auch die Gründung der Partei *Die Friedensliste* und unterstützt sie bei ihrem Europawahlkampf im Jahr 1984.

Auch in den *Grünen* sieht Abendroth Anfang der 1980er Jahre einen potentiellen Druckpartner von links auf die SPD – und beginnt seinerseits ökologische Fragestellungen sehr ernst zu nehmen.

1985 stirbt Wolfgang Abendroth im Alter von 79 Jahren in Frankfurt/Main – wenige Jahre vor dem

Ende des von Abendroth stets kritisch betrachteten „sozialistischen Staats“ DDR und damit verbunden der weitgehenden Bedeutungslosigkeit der bestehenden sozialistischen und kommunistischen Kräfte links von der SPD.

Wolfgang Abendroth war als politischer Wissenschaftler und wegen seiner Stellungnahmen zu den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik und im internationalen Rahmen (z.B. seine Stellungnahmen gegen die Wiederbewaffnung, gegen das KPD-Verbot, gegen den „Abtreibungsparagraphen“ § 218 StGB, gegen den Vietnam-Krieg, gegen den faschistischen Putsch in Chile 1973) immer umstritten, da der von ihm vertretene Marxismus in den Jahren des kalten Krieges als unvereinbar mit dem Grundgesetz und der parlamentarischen Demokratie galt. Für Abendroth war jedoch das Grundgesetz der BRD eine zum Sozialismus hin offene Verfassung. Er hat sich stets gegen konservative und reaktionäre politische und juristische Interpretationen des Grundgesetzes gewandt, die diese Möglichkeit generell verneinten. Dabei sind für Abendroth die rechtsstaatlichen Grundrechte immer Voraussetzung für die Realisierung einer sozialistischen Gesellschaft gewesen.

Nach Abendroth wird die Verfassungsordnung der BRD wegen der antagonistischen Gesellschaftsstruktur, auf der sie basiert, durch einen fundamentalen Widerspruch geprägt: Sie ist einerseits eines der wichtigsten Mittel zur Stabilisierung der diese Gesellschaft bestimmenden Machtverhältnisse, andererseits ist sie jedoch auch ein Instrument zu ihrer Transformation. Das bedeutet:

„Die Verfassungsordnung ist weder mit dem kapitalistischen Gesellschaftssystem noch mit dem Staatsapparat *unmittelbar* identisch. Diese Differenz macht die Substanz einer funktionierenden politischen Demokratie aus.“⁷

Dieser Einschätzung folgend wird von Abendroth nach 1949 in der BRD die rechtstaatlich verfasste politische Demokratie als diejenige Herrschaftsform verteidigt, die das Transformationsfeld zum Sozialismus offen hält.

Dieser durch die neue globale Gleichgewichtslage bedingte voll-

ständig neuartige und hinsichtlich des gesellschaftlichen Systems der BRD potentiell transformatorische Charakter der Rechtswissenschaft und des Rechtssystems ist von grundlegender Bedeutung für Abendroth als Verfassungs- und Völkerrechtler sowie als Politikwissenschaftler der ArbeiterInnenbewegung:

„Im Jahre 1919 ist aus der Sicht der Arbeiterbewegung die Verwertung von Möglichkeiten, die die bürgerliche Rechtsordnung gewährt, von Fall zu Fall sehr wichtig, aber der Gesamtprozeß einer Transformation in eine spätere sozialistische Gesellschaft ist noch nicht innerhalb dieses Gefüges definierbar. Das ist nach 1945 bei Veränderungen auch der internationalen Gleichgewichtslage schlicht anders. Die rechtsinterpretative und die rechtswissenschaftliche Betrachtungsweise erhält für die Arbeiterbewegung nun eine neue Dimension. Es geht für die Juristen der Arbeiterbewegung vor 1914, grob formuliert, im wesentlichen nur darum, die Rechtsnormen der bürgerlichen Gesellschaft zu stärken und auszunutzen, die für die Arbeiterbewegung als gewährte Konzessionen brauchbar sind, ohne freilich der Illusion zu erliegen, daß von hier aus eine Transformation der gesamten bürgerlichen Gesellschaft überhaupt erreichbar sein könnte; rechtswissenschaftliches Auftreten von Marxisten war hier im wesentlichen praktische Aufgabe des Tages, nicht strategische. In der Gleichgewichtslage nach Ende des Zweiten Weltkriegs ist die Situation eine vollständig andere. Man kann jetzt an ein systematisch in sich geschlossenes System rechtswissenschaftlichen Denkens herangehen als strategisches Anleitungsmittel, und das heißt natürlich auf der Basis und in Anerkennung der inzwischen geschaffenen verfassungsrechtlichen Normen. Typisch dafür ist: Der beste marxistische Rechtswissenschaftstheoretiker der Weimarer Republik, der frühe Karl Korsch, schreibt ein System des Arbeitsrechts und gibt Anleitungen für arbeitsrechtlich richtiges Auftreten von Vertretern der Gewerkschaftsbewegung und auch der politischen Arbeiterbewegung. Aber er kann gar nicht daran denken, etwa ein generelles strategisches Konzept rechtswissenschaftlichen Denkens bis in das verfassungsrechtliche Denken

hinein zu liefern, weil die realen Voraussetzungen dafür fehlen. Das ändert sich ab 1945, denn jetzt sind die Rechtswissenschaft und das Rechtssystem potentiell transformatorischen Charakters. Es ist vor allem das relative Gleichgewicht zwischen einer (bei allen Mängeln) sozialistischen Weltmacht und den kapitalistischen Staaten, das die Basis dafür bietet.“⁸

Andreas Diers

Zu den wichtigsten Veröffentlichungen von Wolfgang Abendroth gehören folgende Werke:

- *Die deutsche Gewerkschaften* (1954);
- *Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie* (1955);
- *Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie* (1964);
- *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung* (1965);
- *Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik* (1965);
- *Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme* (1966);
- *Ein Leben in der Arbeiterbewegung* (1976);
- *Geschichte der Arbeiterbewegung* (1985).

Im Mai wird der erste Band der Gesammelten Schriften Wolfgang Abendroths erscheinen: Wolfgang Abendroth: Gesammelte Schriften. Band 1: 1926-1948. (Herausgegeben von Michael Buckmiller, Joachim Perels und Uli Schöler). Offizin-Verlag Hannover, ISBN 3-930345-41-1.

Die wichtigsten Veröffentlichungen über Wolfgang Abendroth sind: Friedrich-Martin Balzer, Hans Manfred Bock, Uli Schöler (Hrsg.): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge, Leske + Budrich, Opladen 2001.

Andreas Diers: Arbeiterbewegung – Demokratie – Staat, Wolfgang Abendroth – Leben und Werk 1906-1948, VSA-Verlag Hamburg 2006. Peter Römer: Recht und Demokratie bei Wolfgang Abendroth; VAG, Marburg 1986.

Demnächst wird eine aktuelle Dissertation über Abendroth und dessen Bedeutung für die Neue Linke bis 1968 veröffentlicht: Richard Heigl: Oppositionspolitik; Wolfgang

Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968); philosophische Dissertation an der Universität Augsburg 2006.

Anmerkungen

¹ Werner Kindt: *Dokumentation der Jugendbewegung. Band III: Die deutsche Jugendbewegung 1920 bis 1933. Die Bündische Zeit. Diederichs, Düsseldorf 1974*

² Zu den Moskauer Prozessen siehe: Wladislaw Hedeler: *Moskauer Schauprozesse 1936-1937-1938. Planung, Inszenierung und Wirkung. Chronik; Berlin 1996.*

³ Wolfgang Abendroth: *Historische Funktion und Umfang des Wider-*

standes der Arbeiterbewegung gegen das Dritte Reich; in: Peter von Oertzen (Hrsg.), Festschrift für Otto Brenner zum 60. Geburtstag, (Europäische Verlagsanstalt), Frankfurt am Main 1967, S. 303-321, S. 316

⁴ Karljo Kreter: *Sozialisten in der Adenauer-Zeit. Die Zeitschrift „Funken“. Von der heimatlosen Linken zur innerparteilichen Opposition in der SPD; Hamburg 1986*

⁵ Vgl. dazu z.B.: Wolfgang Abendroth: *Ein Leben in der Arbeiterbewegung; S. 266-269, S. 277-278.*

⁶ Wolfgang Abendroth: *Die Europa-Wahlen und das Problem der gegenwärtigen innenpolitischen und weltpolitischen Funktion der west-*

deutschen Sozialdemokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1979, Heft 4, S. 407

⁷ Joachim Perels: *Arbeiterklasse, Staat und Verfassung. Materialien zur Verfassungsgeschichte und Verfassungstheorie der Bundesrepublik/Wolfgang Abendroth (Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1977, S. 8-9*

⁸ *Gespräch mit Wolfgang Abendroth; in: Dialektik, Beiträge zu Philosophie und Wissenschaften [Hrsg. von Bernhard Heidtmann, Hans Heinz Holz und Hans-Jörg Sandkühler], Bd.3, Köln 1981, S. 152-153*

Erste kritisch-solidarische Darstellung der Geschichte der PDS

Manfred Behrend, einer der profiliertesten Parteienforscher der DDR, analysierte nach der Wende und dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik den schweren Weg der Erneuerung von der SED zur PDS. Er tat dies zusammen mit Helmut Meier schon 1991 in einer Dokumentation im Dietz Verlag, aber auch in den folgenden Jahren in regelmäßigen Berichten in der *Arbeiterstimme*. Im Wettlauf mit seiner schweren Erkrankung fasste Behrend im Jahre 2005 anhand auch des von der PDS selbst publizierten Materials seinen Erkenntnisstand zur Geschichte der PDS von 1989 bis zum Vereinigungsprozess mit der WASG zusammen. Hanna Behrend, seine Frau, vollendete nach dessen Tod am 14. Januar 2006, die technischen Arbeiten, so dass das Buch noch im März erscheinen konnte.

Die Publikation konzentriert sich auf drei Schwerpunkte. Im ersten wird der schwierige Prozess zu einer „modernen demokratischen sozialistischen Partei“ (1989-1993) beleuchtet. Dabei finden auch die Reformkonzepte 1988/89 innerhalb der SED-Führung Berücksichtigung, die elitäre Kreise um Dieter Klein, Prorektor an der Humboldt-Universität, und die Gebrüder Brie im Pro-

jekt „Moderner Sozialismus“ im „stillen Kämmerlein“ erarbeiteten. Erst der für 1990 anberaumte XII. Parteitag sollte darüber Entscheidungen treffen. Trotz der kurzzeitig wirksamen Maßnahmen gegen „Aufweichungstendenzen“, der Fälschung der Kommunalwahlen im Mai 1989, der Solidarisierung mit dem blutigen Massaker der Pekinger Führung einen Monat später und der Unnachgiebigkeit gegenüber der verstärkt hervortretenden Bürgerbewegung blieb Erich Honecker keine Zeit mehr für Reformmanöver. Die allgemeine Unzufriedenheit entlud sich in einem Abwanderungsstrom vor allem junger DDR-Bürger, die durch die Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich im August 1989 ermöglicht wurde. Die Führung der SED reagierte mit einer „Schweigsamkeitsperiode“. Aber auch danach wurde es nicht besser. Honecker goss mit allem, was er nunmehr zu sagen hatte, nur noch Öl ins Feuer. Höhepunkt des Fehlverhaltens war der Honecker-Befehl zum „offensiven Vorgehen“ gegen die Demonstranten in Leipzig, der auf Veranlassung anderer Kräfte der SED-Spitze am 9. Oktober 1989 durch einen Befehl ersetzt wurde, der die Anwendung von Schusswaffen verbot. In einer Palast-

revolution wurden Erich Honecker, Joachim Herrmann und Günter Mittag am 18. Oktober gestürzt. Neuer Generalsekretär, Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Verteidigungsrates wurde Egon Krenz, der allerdings als oberster Wahlleiter der DDR bei den gefälschten Kommunalwahlen und durch seine Peking-Reise diskreditiert war. Seine vagen Reformversprechen wurden konterkariert durch die Behauptung, die SED habe das Verdienst, die „Wende“ eingeleitet zu haben. Erst am 8. November traten, zur Zeit der 10. ZK-Tagung, endlich Teile der Berliner Parteimitgliedschaft offen dem Zentralkomitee in einer eigenen Demonstration entgegen. Gefordert wurde ein Sonderparteitag, der eine neue, nicht diskreditierte Parteiführung wählen sollte. Für den Verfasser ist dies eine entscheidende Zäsur: „Damit leiteten sie die mehrere Etappen umfassende Wandlung der SED zur nichtstalinistischen, demokratisch-sozialistischen Partei ein.“ (S. 23) Der Sonderparteitag der SED am 8. und 16. Dezember vollzog den „Bruch mit dem Stalinismus“. Er wurde dadurch für die SED/PDS zu einem „tröstlichen Anfang“. Dadurch sei es der Partei möglich gewesen, trotz zahlreicher und gewichtiger Gegner fortzubestehen und

nach einer Phase des Rückgangs unter Bundesrepublik-Bedingungen erneut Einfluss zu gewinnen.

Ein zweiter Schwerpunkt wird vom Verfasser mit der Etablierung zur Parlamentspartei im Bundestag (1990-2005) und die Politik des „Ankommens“ in der bürgerlichen Gesellschaft gesetzt. Obwohl die Sozialistenpartei in der ersten Hälfte der 90er Jahre schlank geworden war, wirkte sie unter dem Motto „Kopf hoch, und nicht die Hände“ lebendig. Die PDS agierte in dieser Zeit als ernstzunehmende Opposition. Sie wurde zunehmend attraktiv für die Millionen Opfer des staatlich dirigierte Raub- und Vernichtungszuges gegen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesundheitswesen der DDR. Sie zog zahlreiche inner- und außerparlamentarische Hetzjagden auf sich. Im Februar 1992 wurde der Bundestagsabgeordnete Gerhard Riege, ein Kritiker der SED-Politik schon 1956, in den Selbstmord getrieben.

In der Abwehr der hemmungslos vorangetriebenen Anti-Stasi-Kampagne reagierte die PDS nach Meinung des Verfassers teilweise unklug: „Zwar war es richtig, von den eigenen Genossinnen und Genossen Offenheit zu erheischen. Zugleich hätte aber die Partei den Standpunkt vertreten und gegen reaktionäre Hetze durchhalten müssen, dass niemand allein wegen bloßer Kontakte zum Geheimdienst seines Landes, für Gutachtertätigkeit und dergleichen belangt werden dürfe, die keinem anderen Staatsbürger schaden.“ (S.41)

In dieser Zeit traten vermeintlich linke Kräfte mit dem Ziel in Erscheinung, den Grundkonsens von 1989 auszuhebeln. Der Verfasser spricht von einer „prostalinistischen Kampagne“, bei der der Historiker Kurt Gossweiler, Sahra Wagenknecht von der Kommunistischen Plattform, Brigitte Hering als langjähriges Redaktionsmitglied des „Neuen Deutschland“ und der „Weißenseer Arbeitskreis-Kirchliche Bruderschaft in Berlin“ in Erscheinung traten.

Parallel dazu attackierten der Parteiführung der PDS nahestehende Kreise den Grundkonsens von 1989 von rechts. Sie träumten von einer Juniorpartnerschaft zur SPD und priesen den Kapitalismus als „dynamisch, reformierbar und entwicklungsfähig“. Dietmar Keller, einstiger Kultur-

minister der DDR und Bundestagsabgeordneter der PDS hielt am 21. Januar 1993 vor der Eppelmann-Kommission eine Rede, in der er der SED vorhielt, dass sie im Unterschied zur SPD „zu keinem Zeitpunkt einen echt zivilisatorischen Charakter“ gehabt habe. 1993 wurde ein neues PDS-Programm erforderlich, weil das von 1990 wegen seiner Orientierung, die DDR zu reformieren, gegenstandslos geworden war. Das 1993 beschlossene, neue Programm wertet der Verfasser wegen seiner antikapitalistischen und sozialistischen Akzente als die „beste programmatische Leistung in der Geschichte der PDS: „Gegenüber...früheren Dokumenten waren Opportunismus und Verwaschenheit in der Ausdrucksweise geringer geworden, hatte eine klare Diktion zugenommen.“ (S.52)

Bedeutsam für die PDS waren die Kommunalwahlen vom Dezember 1993, weil diese den Abwärtstrend stoppten. Erstmals seit der Volkskammerwahl von 1990 hatte die PDS wieder Stimmengewinne. Der in Konstituierung befindlichen „Ostdeutsche Partei“ wurde ein Dämpfer versetzt, was der Verfasser zu erwähnen vergaß. Die Brandenburger Wähler befanden, dass die Ostpartei die PDS ist. Die erste Wahl zum Europäischen Parlament unter Beteiligung der PDS im Juni 1994 brachte mit 4,7 Prozent noch keinen durchschlagenden Erfolg. Aber die Ende Juni stattfindenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt erbrachten für die PDS und die SPD enorme Stimmengewinne, während CDU und FDP schwere Verluste erlitten. Im Ergebnis dieser Wahl kam es zum „Magdeburger Modell“, einer von der PDS tolerierten „rot-grünen“ Minderheitsregierung. Giftig reagierte Peter Hintze, Pfarrer und Generalsekretär der CDU: „Auf in die Zukunft - aber nicht auf roten Socken!“ Die geplante Boykotthetze geriet auch dank einfallreicher Gegenpropaganda - der PDS-Mitarbeiter Walter Grenzbach hatte rote Socken im Kleinformat stricken lassen, die reißenden Absatz fanden- „zur ungewollten Sympathiewerbung“. Die Wahlen zum 13. Deutschen Bundestag im Oktober 1994 brachte die PDS noch nicht über die 5-Prozent-Hürde. Jedoch durch das Erringen

von vier Direktmandaten in Ostberlin kam die PDS erneut in den Bundestag, diesmal mit 30 und nicht wie bis dahin mit 15 Sitzen. Neben ehemaligen Mitgliedern der SED wie Gregor Gysi, der früheren stellvertretenden DDR-Ministerpräsidentin Christa Luft, dem Rechtswissenschaftler Uwe-Jens Heuer, Rolf Kutzmutz, Dagmar Enkelmann, Petra Bläss und Petra Pau gehörten der Abgeordnetengruppe u.a. der einstige Vorsitzende der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, Günther Maleuda, der Bischofferöder Streikführer Gerhard Jüttemann, Gewerkschaftssekretär Manfred Müller, der „trotzkistische“ Verkehrsexperte Winfried Wolf, die Feministin Christina Schenk, die innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke, die Bremer Sozialwissenschaftlerin Heidi Knake-Werner sowie die Schriftsteller Heinrich Graf von Einsiedel und Gerhard Zwerenz. Trefflich bewertete Behrend diese Abgeordnetengruppe, die noch keinen Fraktionsstatus hatte: „Sie stellte aber die interessanteste und intellektuell höchststehende Vereinigung im Parlament dar.“ (S. 60)

Im dritten Schwerpunkt wird die programmatische Rechtsentwicklung hin zu sozialdemokratischen Positionen und die praktische Anpassung an neoliberale Konzepte durch die Teilnahme an Landesregierungen (ab 1998) im Osten beleuchtet. Bei den Wahlen im September 1998 zum 14. Deutschen Bundestag erhielt die PDS 5,1 Prozent der Stimmen. Erstmals zog sie mit 36 Mandaten in Fraktionsstärke in den Bundestag. Petra Bläss wurde gegen eine CSU-Kandidatin Bundestags-Vizepräsidentin. Die parteinahe, künftig nach Rosa-Luxemburg benannte Stiftung bekam erstmals Geld vom Bund. Die seit 1990 vorenthaltenen Beträge wurden jedoch nicht nachgezahlt.

Im November 1998 wurde die PDS mit drei Ministern Partner in der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern. Die Koalitionsvereinbarung wies allerdings für die PDS „mehr Mängel als Vorteile“ auf. Der PDS-eigene Opportunismus hatte auch Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt, wo nach dem Ausfall der Grünen als Koalitionspartner ein von der PDS toleriertes sozialdemokratisches Minderheitskabinett regierte. Die Forderung nach einem Tolerie-

rungsvertrag liess sich die PDS ausreden. Bald schluckte sie auch die Verschlechterung der Kinderbetreuung. In dem von einer absoluten SPD-Mehrheit regierten Brandenburg brach die SPD-Fraktion mit dem Kurs gegenseitiger Toleranz. Der parteilosen Kandidatin Daniela Dahn wurde unter falschen Beschuldigungen entgegen vorheriger zugesagter Unterstützung die Wahl zur Verfassungsrichterin versagt.

In dieser Zeit liebäugelte Gregor Gysi mit der Vorstellung, demnächst in Berlin mit der SPD zusammenzugehen. Ein künftiges Koalieren sollte durch Gespräche über die Vergangenheit vorbereitet werden.

In einem eigenen Abschnitt behandelt der Verfasser die Rolle der „Gysi-Gruppe“ im Streit für rechte Korrekturen. Vor allem Gysi bemühte sich um Anerkennung vornehmlich durch die SPD-Spitze, obwohl sich deren Politik vollends neoliberalen Prinzipien zuneigte. Gravierende Änderungen schwebten der „Gysi-Gruppe“ auch in der Programmatik und Politik der PDS vor. In diese Zeit fiel eine Verlautbarung von „Vordenker“ André Brie in der Fernsehsendung „Kontraste“ und in der „Frankfurter Rundschau“ (16.01.1999). Der Sozialismus der DDR sei es nicht wert gewesen, verteidigt zu werden. Dieser Staat sei zwar „nicht verbrecherischer als der Nationalsozialismus“, wohl aber totalitärer gewesen; denn die Nationalsozialisten hätten Zustimmung im Volk gehabt, während sich die Sowjetunion und in vielen Zügen auch die DDR Zustimmung erzwingen mußten. Bald forderte Brie die PDS auf, deutlich zu machen, „dass wir 2002 zu einem Mitte-Links-Block dazu gehören wollen“.

An zahlreichen Beispielen verdeutlicht der Verfasser, dass nach Jahren der Diskriminierung, aber auch unübersehbaren Wahlerfolgen „sich manche Mandatsträger der PDS (sich) massiv für Belange der bundesdeutschen ‘guten Gesellschaft’ ins Zeug legten.“ (S. 96) Das Partei-Establishment wurde allerdings kurzfristig durch die Abstimmungsniederlage auf dem Parteitag in Münster verunsichert. 219:126 Abgeordnete stimmten für einen von Sylvia-Yvonne Kaufmann begründeten Beschlusssentwurf, der gegen die Betei-

ligung an internationalen Militäreinsätzen jeglicher Art gerichtet war. Gregor Gysi gab wie schon am Beginn des Parteitags Lothar Bisky seinen bevorstehenden Amtsverzicht bekannt. André Brie und Gabi Zimmer sprachen von einem „Debakel“.

Im Oktober 2000 wurde Gabi Zimmer mit einem Bekenntnis zum „guten Deutschland“ zur Vorsitzenden gewählt. Kurz davor waren Roland Klaus zum Bundestagsfraktionsvorsitzenden, Petra Pau zur stellvertretenden Vorsitzenden, gewählt worden. Im April 2001 entschuldigte sich die neue PDS-Führung für die „Zwangsvereinigung“ 1946 zur SED. Ende des Monats übergab Zimmer der Öffentlichkeit ein von Dieter Klein und den Gebrüdern Brie verfasstes Papier „Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus“, das unter Umgehung der zuständigen Programmkommission entstanden war. Zum 40. Jahrestag des Mauerbaus erklärte der Bundesvorstand im Juli 2001, wie der Verfasser pointiert zusammenfasste, „ein sozialistischer Staat dürfe sich nicht durch Grenzsicherungen wehren.“ (S. 192)

Im Dezember desselben Jahres vereinbarten Klaus Wowereit (SPD) und Gregor Gysi die „rote-rote Koalition“ in Berlin. In unüblicher Art wurde der Koalitionsvereinbarung eine Präambel vorangestellt, die die westlichen Positionen zu Berlin in einseitiger Weise festschrieb. Treffend kommentiert der Verfasser: „Tatsächlich war der Text die vollständige ideologische Kapitulation vor den westlichen Siegern im Kalten Krieg und ein Höhepunkt an geschichtsverfälschendem Opportunismus. Insgesamt bedeutete die Koalitionsvereinbarung, die Gysi, Heide Knaack-Werner und Thomas Flierl Senatorenposten eintrug, die Verpflichtung zu unsozial-neoliberaler Politik und damit einen Wortbruch gegenüber den eigenen Mitgliedern und Wählern, den keiner von ihnen dieser Partei zugetraut hatte.“ (S.117)

Die PDS erhielt die Quittung für die Teilnahme an der neoliberalen Politik in Schwerin und Berlin und für die fortgesetzte Anbiederung an die SPD bei den Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag im September 2002. Der Wähleranteil verringerte sich von 5,1 auf vier Prozent. Allein dank zweier Direktmandate

gelangte die Partei wieder in den Bundestag.

Abschließend betrachtet der Verfasser die Entstehung der WASG als Protest-Reaktion auf den forcierten Hartz-IV-Sozialabbau und die Chancen einer Fusion mit der PDS zu einer gesamtdeutschen Linkspartei: „Mit zwei erstmals oder erneut expandierenden Parteien, die sich auf den Zusammenschluß vorbereiten, mehr als vier Millionen Wählern und der stärksten linken Bundestagsfraktion seit dem DDR-Anschluss verfügt die Linke der erweiterten BRD über ihr bisher größtes Potential. Die mit ihr konkurrierende neoliberale SPD unterliegt einem Erosionsprozess, der sie schon jetzt erheblich geschwächt hat und unter Merkel-Müntefering weiter schwächen wird. Die Chancen einer gesamtdeutschen Linkspartei sind demnach groß. Sie können aber nur genutzt werden, wenn die neue Partei die Erwartungen ihrer Wähler und Wählerinnen erfüllt und - gemeinsam mit den außerparlamentarischen Bewegungen operierend - den Herrschenden und ihrer Politbürokratie ernstlich Paroli bietet.“ (S. 176)

Eine Chronik mit den wichtigsten Ereignissen der PDS-Geschichte schliesst den Band ab. Die Klarheit der Darlegungen von Manfred Behrend ist auch darauf zurückzuführen, dass er sich nicht einer vorgegebenen „political correctness“ unterwarf. Für ihn gibt es selbstverständlich solche Begriffe wie „Klassenkampf“, „rechts“ und „links“, „sozialistisch“ und „kapitalistisch“, „progressiv“ und „reaktionär“ noch. Ebenso wie Franz-Josef-Strauss (Behrend veröffentlichte 1995 eine Strauss-Biographie) empfand er sich als Mitglied des „Vereins für deutliche Aussprache“. Er will politischen Streit provozieren und dadurch zur Aufklärung beitragen. Kein Zweifel, dieses Ziel wird er erreichen.

Siegfried Prokop

Manfred Behrend: Eine Geschichte der PDS. Von der zerbröckelnden Staatspartei zur Linkspartei. Neuer ISP Verlag Köln 2006, 217 S.

Ausschluss, Ausschuss

Ein dünnes und ein dickes Buch über die Zumutungen einer globalen Gesellschaft „mit begrenzter Haftung“. Zum furiosen Gedankenflug das einen liefert das andere Alltagsbeispiele aus Deutschland.

Zum neuen Buch von Zygmunt Bauman, das die weltweit wachsenden Müllhalden und den „menschlichen Abfall“ unserer spätmodernen Lebensart beleuchtet, hatte ich zwei Rezensionen gehört: Eine befand seine Gesellschaftskritik als zu wenig durch Fakten fundiert, die andere bemängelte das Fehlen von Vorschlägen für einen Ausweg aus der beklagten Misere. Nach dem Lesen kann ich beide Kritiken verstehen, aber nicht teilen. Muss einer Auswege kennen, wenn er uns die Sackgasse zeigt? Und an Detailanalysen sowie Beispielen für den im Überblick skizzierten Befund mangelt es ja wahrlich nicht. Wem die täglichen Medien noch zu wenig davon liefern, der oder die nehme „Gesellschaft mit begrenzter Haftung“ zur Hand.

Unbequem, aber nie zynisch

Es ist unbequem, was Bauman als alter Mann mit soziologisch geschultem Blick und prägnanten Sprachbildern festhält: Der spektakuläre Reichtum auf der einen Seite hat nach wie vor mit der bitteren Armut auf der anderen zu tun, und wir alle werden die Verzweiflung der Ausgeschlossenen zunehmend zu spüren bekommen. Schon immer gab es das Unbehagen gegenüber „Fremden in unserer Mitte“. Flüchtlinge brachten als besondere Außenseiter „fernen Kriegslärm, den Gestank verbrannter Häuser und zerstörter Dörfer mit“. Heute werden wir im Zuge der kaum einzudämmenden globalen Mobilität auf vielfältige Weise konfrontiert „mit dem Abfall des weltweiten Triumphs der Moderne, aber auch mit einer neuen, sich weltweit entwickelnden Unordnung“.

Zwar scheint bei uns zur Zeit selbst für Arbeitslose ein Platz in der Gesellschaft der Produzierenden gesichert. Doch ein Gefühl des Über-

flüssigseins breitet sich aus, „der Verdacht, dass einem so etwas jederzeit widerfahren kann“. Asylsuchende, aber auch sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge, die sich in unserer Nachbarschaft niederlassen wollen, eignen sich vorzüglich für die Rolle der Strohpuppe, welche als Symbol für das Schreckgespenst der „globalen Marktkräfte“ verbrannt wird – dies anstelle der neuen globalen Machtelite, „die allgemein (und zu Recht) als wahrer Schurke des Stückes verdächtigt wird“. Gleich dieser Elite sind sie nicht an bestimmte Orte gebunden, unstet und unberechenbar. Aber die Elite bewegt sich außerhalb der Reichweite menschlicher Kontrolle, ist zu mächtig, um sich herausfordern zu lassen. Darum wird die verbliebene Staatsmacht gegenüber Schwächeren demonstriert; „man wendet sich von den Dingen ab, an denen man nichts ändern kann“. Während, sich der Staat leise seiner wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben entledigt, wird lautstark eine „Politik der Sicherheit“ propagiert. Hier lässt der Reststaat unter allgemeinem Beifall der Bürgerinnen und Bürger, „die verzweifelt nach den Ursachen für ihre lähmenden Ängste suchten“, seine Muskeln spielen. Er entwickelt strengere und schärfere Konzepte der „harten Hand“, führt spektakuläre Kampagnen zur Verbrechensbekämpfung durch, die sich etwa „auf den menschlichen Abfall ausländischer Herkunft konzentrierte, der in den Vororten französischer Großstädte abgeladen worden war“. Braucht es dazu Belege? Auch an die aktuelle SVP-Politik hierzulande lässt sich denken.

Natürlich lässt einen der Begriff vom „menschlichen Abfall“ zuerst zusammenzucken. Hoffentlich! Doch der Essay kreist ihn so vielfältig ein, begründet die Formulierung auf eine Weise, die in der Analyse harth, aber nie zynisch wirkt. Ganz im Gegenteil. Es wird dahinter eine zutiefst wertkonservative Weltansicht spürbar. Auch wir fallen der flüchtigen modernen „Kasinokultur“ zum Opfer. Verführung und Zwänge, der Wirbel der Moden, das Tempo des Wandels ver-

wirren uns. Was nützen da Lernfähigkeit und Gedächtnis? Heute proklamierte Schönheit kann morgen hässlich sein. In der marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaft bewegen wir uns alle „im und auf dem Markt, in austauschbaren Rollen oder als Kunden und Waren zugleich“. Aber wenn Menschen zur Ware werden, liegen die Müllhalden nahe. „Menschen sind vielleicht zu Konsumgütern recycelt worden, aber Konsumgüter können niemals in Menschen verwandelt werden.“ Jedenfalls nicht in „die Art von Mensch, die das Vorbild liefert für unsere verzweifelnde Suche nach Wurzeln, Verwandtschaft, Freundschaft und Liebe“.

Eigentlich lässt sich aus solchen Passagen herauslesen, wie Alternativen aussehen könnten oder müssten. Vieles davon steckt in schweifenden Exkursen, die vom Abfall weg ins Universum, in die Ewigkeit führen, zu Kunst und Schönheit oder zum Sterben. Oft sind es literarische Texte, in denen die Kernaussagen stecken. Dem ersten Kapitel ist ein KafkaZitat zur Gemeinschaft vorangestellt. „Wir fünf haben früher einander auch nicht gekannt, und wenn man will, kennen wir einander auch jetzt nicht, aber was bei uns fünf möglich ist und geduldet wird, ist bei jenem sechsten nicht möglich und wird nicht geduldet. Außerdem sind wir fünf und wir wollen nicht sechs sein.“ Wie das dem sechsten beibringen? Sie verzichten auf die Begründung, denn eine lange Erklärung käme schon fast einer Aufnahme in den Kreis gleich.

Gesellschaft ohne Menschen?

Bauman schreibt, die in Lager abgeschobenen Flüchtlinge würden zu „Menschen ohne Eigenschaften“ gemacht, abgesetzt „in einem Gebiet ohne Namen“ und ohne Rückweg zu „den Orten, an denen sozial belangvolle Bedeutungen entstehen können und auch täglich geschaffen werden“. Bald darauf begegnete ich ähnlichen Bildern: Im Nachwort zur eindrücklichen Dokumentation einer „Gesellschaft mit begrenzter Haftung“, die eine Gruppe von Soziologinnen und Soziologen mit Blick auf Deutschland vorlegt. Franz Schultheis als Mitherausgeber beschreibt eine „Gesellschaft ohne Eigenschaften“, die ge-

genüber den von Armut und Ausschluss bedrohten Menschen bereits „ein hohes Maß an Abstumpfung“ zeige. Dies wohl auch deshalb, weil „die soziale Wirklichkeit kein Gesicht mehr zu haben scheint“, nur als eine Menge unverknüpfter Daten und Diskurse daherkommt.

Dem soll mit thematisch gebündelten, an rund fünfzig Personen und ihrer Lebenslage festgemachten Fallbeispielen begegnet werden. In der Tradition von Pierre Bourdieu wollen die Autorinnen und Autoren mit ihren sorgfältig aufgezeichneten und engagiert kommentierten Gesprächen denen eine Stimme geben, die durch eine „Entpolitisierung des Politischen“ aus dem Blickfeld zu verschwinden drohen. Wo sind die vor wenigen Jahren gängigen Begriffe wie „Klassen“ oder „Elite“ in der öffentlichen Debatte noch zu finden? Sie wirken heute hohl, von der Geschichte überholt, werden peinlich vermieden. Dafür werden „Kategorien wie arm oder reich, privilegiert und prekär, erfolgreich und ausgegrenzt, aufsteigend und absteigend“ produziert, aber sie bleiben blutleer und isoliert, „als wäre ihnen ihr gesellschaftlicher Zusammenhang abhanden gekommen“. Hier erzählen Betroffene über die Wirklichkeit hinter solchen Worten. Ziel des an der Studie beteiligten Teams war es darüber hinaus, „dass diese Stimmen sich zu einem Chor verdichteten“. Die „hierbei anklingende Melodie“ sollte Zugänge zu kollektiven Lagen und Befindlichkeiten eröffnen. Mir scheint, das sei gelungen.

Strampeln in der Sanduhr

In den Interviews werden meist Menschen gezeigt, die gerade noch nicht Abfall sind. Michael Vester, der Deutschland in seinem brandaktuellen Vorwort als „Wohlfahrtsstaat in der Krise“ vorführt, bringt das starke Bild von der Sanduhr ins Spiel. Seit den 1970er Jahren habe sich die Lage der Menschen in einer großen, „respektablen“ Mitte, die zwei Drittel der Bevölkerung umfasst, spürbar verändert. Ihr schienen Beschäftigung und wachsende Konsumstandards lange Zeit sicher. Heute jedoch heben sich „die sozialen Standards der privilegierten bürgerlichen Oberschicht“ zunehmend von den Durch-

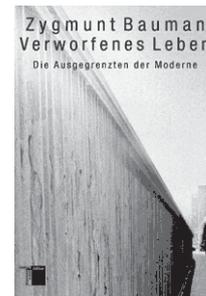
schnittswerten ab, während sie in der „Arbeitnehmermitte“ stagnieren. Bereits spielen Elemente wie Knappheit, Unsicherheit und Belastung hinein; es droht gar ein „Abrutschen in manifestes materielles und moralisches Elend“. Wer nicht zu den unterprivilegierten Verlierergruppen absteigen will, jenen rund 15 Prozent, die von sozialer Teilhabe weitgehend ausgeschlossen bleiben, kommt unter dem stets wachsenden Druck hilflos ins Strampeln. Vielleicht kann das ein fast zufällig herausgegriffenes Beispiel ansatzweise zeigen. R., eine sogenannte Leiharbeiterin, die erste Porträtierte im Kapitel über die „brüchige Arbeitswelt“, wollte „eigentlich nie zu einer Zeitarbeitsfirma“. Nun führt sie, immer noch hoffend, am Einsatzort einen festen Vertrag zu bekommen, unter harten Bedingungen nicht zuletzt einen Kampf um Anerkennung und Würde. „Also, ich fühle mich auch nicht als Mensch zweiter Klasse, ich weiß, was ich bin.“ Aber „es ist im Prinzip schon ein bisschen jeder gegen jeden“. Wenn es „wirklich drauf ankommt, ist es Leiharbeiter gegen Festangestellte.“ Sobald die Stückzahlen zurückgehen „drohen Entlassungen und so was“. Dann werden eher Festangestellte bleiben. „Das ist ja auch logisch.“ Deutlich setzt sie sich von Kolleginnen und Kollegen ab, die „immer zu spät kommen“. Unter jenen, welche die Leiharbeitsfirmen vermittele, „ist auch viel Schrott dabei“. Leute, die „auf dem normalen Arbeitsmarkt“ kaum eine Chance hätten. „Es gibt wirklich hier Leute, die nicht arbeiten wollen.“ Sie selbst komme motiviert an die Arbeit, habe nie gefehlt, „außer da, wo ich krank war. Ich habe immer meinen Arbeitsplatz sauber verlassen. Ich habe nie irgendwas geklaut, es gibt nichts, was man mir in dem Fall nachweisen könnte. Also, vor was muss ich Angst haben?“

haste/P.S.-Zürich

*Zygmunt Bauman: Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne
Hamburger Edition, Hamburg 2005,
196 Seiten, ISBN 978-3-936096-57-6,
20,00 Euro*

Gesellschaft mit begrenzter Haftung Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag

*Herausgegeben von Franz Schultheis und Kristina Schulz, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz 2005, 592 Seiten,
ISBN 3-89669-537-1, 29,00 Euro*



Nachdruck aus: Vorwärts, Zürich, 26. Mai 2006

Wahlsiege der Kommunisten in Indien

In zwei der dichtbesiedelten Indischen Bundesstaaten regiert künftig ein Linksbündnis unter kommunistischer Führung. Die regionalen Wahlerfolge der Linken dürften sich auch national auswirken, da die von der KongressPartei geführte Zentralregierung mangels absoluter Mehrheit auf die Unterstützung der Kommunisten angewiesen ist.

Als „glänzenden Sieg“ bewertete das Politbüro der Kommunistischen Partei Indiens-Marxisten (KPI-M) das Ergebnis der jüngsten Wahlen in vier indischen Bundesstaaten und das zweifellos aus gutem Grund. Denn die von den Kommunisten angeführten Linksbündnisse konnten ihre Positionen dabei erheblich verstärken.

Am sensationellsten ist der Erfolg im Bundesstaat Westbengalen. Hier wurde die von der KPI-M angeführte „Linksfront“ zum siebten Mal in Folge von den Wählern als Regierungspartei bestätigt. Sie erreichte mit rund 230 von insgesamt 294 Abgeordnetensitzen eine Dreiviertelmehrheit im Regionalparlament. Trotz der gewaltigen Probleme in diesem Bundesstaat, der mit der Millionenstadt Kalkutta der am dichtesten besiedelte indische Staat ist und zu den ärmsten gehört, konnte das regierende Linksbündnis unter ihrem Chefminister Bhattacharjee ihre Wählerbasis nicht nur erfolgreich verteidigen, sondern noch neue Bevölkerungsteile hinzugewinnen, was auch in der Vergrößerung der Zahl ihrer Parlamentssitze um etwa 30 seinen Ausdruck findet. Die nationalistische Hindu-Partei landete mit 27 % auf dem zweiten, die KongressPartei, die seit Mai 2004 die Zentralregierung in Neu Delhi führt, mit 16% nur auf dem dritten Platz.

Die KPI-M unterstreicht in ihrer Erklärung zum Wahlergebnis, dass damit auch alle verleumderischen Anschuldigungen über angebliche „Wahlmanipulationen“ durch die linke „Verwaltung“ widerlegt worden sind. Unter dem Druck derartiger Behauptungen hatte die unabhängige Wahlkommission nämlich für diese Wahlen besondere „Sicherungsmaßnahmen“ eingeführt, die von der Opposition mit großem Beifall begrüßt worden waren. Unter anderem gehör-

te dazu die Durchführung der Wahlen an fünf verschiedenen Tagen im Zeitraum von Anfang April bis Anfang Mai. Offensichtlich hatten sich die Wähler aber davon nicht irritieren lassen. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, dass es sich bei dem Bundesstaat Westbengalen nicht um eine „kleine Provinz“ handelt. Immerhin hat dieser Bundesstaat im Osten des indischen Subkontinents an der Grenze zu Bangladesch rund 80 Millionen Einwohner fast genau so viel wie Deutschland, allerdings auf einem wesentlich kleineren Territorium von nur 88 000 qkm, was etwa der doppelten Größe der Schweiz entspricht.

Kaum weniger beeindruckend ist der Wahlerfolg der „Linksdemokratischen Front“ im Bundesstaat Kerala an der westlichen Südspitze Indiens, bei der die Kommunisten ebenfalls die stärkste Kraft sind. Dort gelang es, mit 98 von 140 Mandaten eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Regionalparlament zu erringen und die bisher regierende Kongress-Partei abzulösen, die auf nur noch 42 Sitze kam. Die „Linksfront“ konnte die Zahl ihrer Parlamentssitze gegenüber der letzten Wahl von 2001 mehr als verdoppeln. Damit wird der Bundesstaat Kerala mit seinen fast 32 Millionen Einwohnern (mehr als Belgien und die Niederlande zusammen, flächenmäßig aber nur so groß wie Belgien) wieder von einer linken Koalition regiert werden, wie das auch schon früher, in der Zeit vor 1989/90, der Fall gewesen war.

In dem neben Kerala liegenden südindischen Bundesstaat Tamil Nadu konnte eine von der bürgerlich-demokratischen Partei DMK geführte „Demokratische FortschrittsAllianz“ mit 45 % der Stimmen gegen ihren regionalistischen Hauptkonkurrenten AJADMK die Wahl gewinnen. Die DMK ist auf gesamtindischer Ebene mit der regierenden Kongress-Partei verbunden und eine wichtige Stütze der Regierungskoalition. Die KPI-M hatte sich in Tamil Nadu ein Wahlabkommen mit der „Demokratischen Allianz“ verständigt. Sie ist mit 9 Abgeordneten im Regionalparlament vertreten.

Auch im nordindischen Bundesstaat Assam verlor die KongressPartei

ihre bisherige Mehrheit. Dennoch wird sie in einer Koalition mit kleineren regionalen Partnern wahrscheinlich diesen Bundesstaat weiter regieren können. Die KPI-M erlangte hier zwei Mandate.

In der eingangs erwähnten Stellungnahme der KPI-M-Führung zum Wahlergebnis wurde betont, dass die Wahlen insgesamt die Rolle der Linken auch auf der gesamt nationalen Ebene gestärkt haben. Es wird erwartet, dass sich damit der Druck auf die von der KongressPartei geführte Zentralregierung in Richtung einer stärker sozial orientierten und weniger dem Druck des Auslandskapitals und der USA nachgebenden Politik verstärken wird. Denn diese Regierung verfügt im indischen Gesamtparlament nur über 217 von insgesamt 543 Mandaten. Sie ist deshalb bei entscheidenden Abstimmungen von der Zustimmung bzw. Tolerierung der 43 Abgeordneten der KPI-M und der 10 Abgeordneten der mit der KPI-M kooperierenden, aber politisch und organisatorisch selbständigen KPI abhängig.

Vor allem geplante Privatisierungen im Bereich der Zivilluftfahrt, der Telekommunikation, der Elektrizitätswirtschaft und der staatlichen Banken sowie die seit 2005 praktizierte verstärkte militärische Zusammenarbeit mit den USA, einschliesslich der erst kürzlich vereinbarten Kooperation im Bereich der Atomtechnologie, hatten in der jüngsten Zeit zur einer Belastung des Verhältnisses zwischen den Linken und der KongressRegierung geführt.

Dirk Grobe

vorwärts
die sozialistische Wochenzeitschrift

Herausgeberin: Verlagsgenossenschaft
Vorwärts, PdAS und ihre Deutschschweizer Sektionen. Postfach 2469,
8026 Zürich.
administration@vorwaerts.ch



Literaturliste

- Sonderheft China:** Langer Marsch in den Kapitalismus? u. a. Die politische Kehrtwende, Das „Rennen auf Leben und Tod“, Deng Xiao-pings zu großer Sprung nach rechts, Revisionismus- oder schöpferische Anwendung des Marxismus? 1985, 50 Seiten A4, 3,00 €
- Vorwort von Paul Frölich zum Werk von **Rosa Luxemburg:** Gegen den Reformismus (z. Zt. vergriffen) 42 Seiten, 1,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 6,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 5,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 2,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 3,50 €
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 2,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 2,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 2,00 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 8,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 1,50 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,50 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 5,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 15,00 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 10,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
 € 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema unzähliger Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

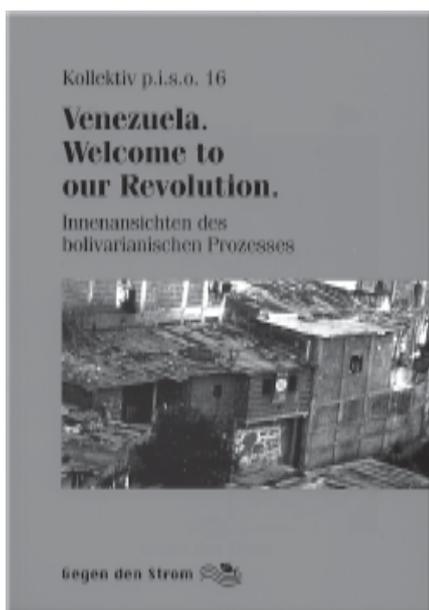
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
 € 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bisher) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
 Gegen den Strom
 Schwanthalerstraße 139
 80339 München
 gds-verlag@gmx.de

oder:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg



624 Seiten,
 Paperback,
 € 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
 T. Gradl
 Postfach 910307
 90261 Nürnberg